

Situations- und Ressourcen- analyse

Partnerschaft für Demokratie



**Landkreis
Gifhorn**

Impressum

Dezember 2025

erstellt durch

Ibis Institut

Bismarckstraße 120

47057 Duisburg

Autor*innen:

Diplom-Soziologe Frank Jessen und Mareike Schmidt (M.A. Sozialwissenschaften)

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Autorinnen und Autoren dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

finanziell unterstützt durch das

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**

Inhalt

1. Einleitung	5
1.1 Untersuchungsdesign	5
1.2 Online-Bürger*innenbefragung	6
2. Hintergrund	10
3. Problemlagen und Herausforderungen	13
3.1 Zentrale Problemlagen und Herausforderungen	13
3.2 Diskriminierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	33
3.3 Spannungs- und konfliktreiche Orte im Landkreis	39
3.4 Demokratiefeindliche bis extremistische Vorfälle	45
4. Ressourcenanalyse	50
4.1 Präventions- und Sicherheitsnetzwerke	50
4.2 Lokale Demokratiebündnisse	50
4.3 Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen	51
4.4 Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten	52
4.5 Kirchen, Vereine und Ehrenamt	53
4.6 Migrant*innenorganisationen	54
4.7 Kitas, Schulen und Schulsozialarbeit	54
4.8 Kommunalpolitik	55
4.9 Dorfgemeinschaftshäuser im Landkreis	56
4.10 Ressourcen in der Bevölkerung	56
4.11. Soziale Netze	58
4.12 Zusammenfassung und Zwischenfazit	59
5. Exkurs „Neurechte Argumentationslinien“	60
6. Handlungsansätze	62
6.1 Partnerschaft für Demokratie in die Fläche bringen	62
6.2 Kitas und Schulen als Orte der Demokratiebildung weiterentwickeln	62
6.3 Vereine unterstützen und sensibilisieren	63
6.4 Begegnung und Austausch zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts fördern	64
6.5 Kreative, wohnortnahe Angebote zur Überwindung der Demokratieskepsis für alle Altersgruppen durchführen	65
6.6 Ganzheitliche Öffentlichkeitsarbeit umsetzen	66
6.7 Vernetzung relevanter Akteur*innen im Kreisgebiet stärken	66

4 | Situations- und Ressourcenanalyse PfD LK Gifhorn

6.8 Transparenz der kommunalpolitischen Entscheidungen und Erläuterung des Verwaltungshandelns erhöhen 66

6.9 Umgang mit stadträumlichen Konfliktorten und subjektivem Sicherheitsempfinden 67

6.10 Besondere Zielgruppen 68

7. Fazit und Ausblick 69

Anhang 72

Literaturverzeichnis 72

Abbildungsverzeichnis 74

Weiterführende Abbildungen Kapitel 1 76

Weiterführende Abbildungen Kapitel 3 79

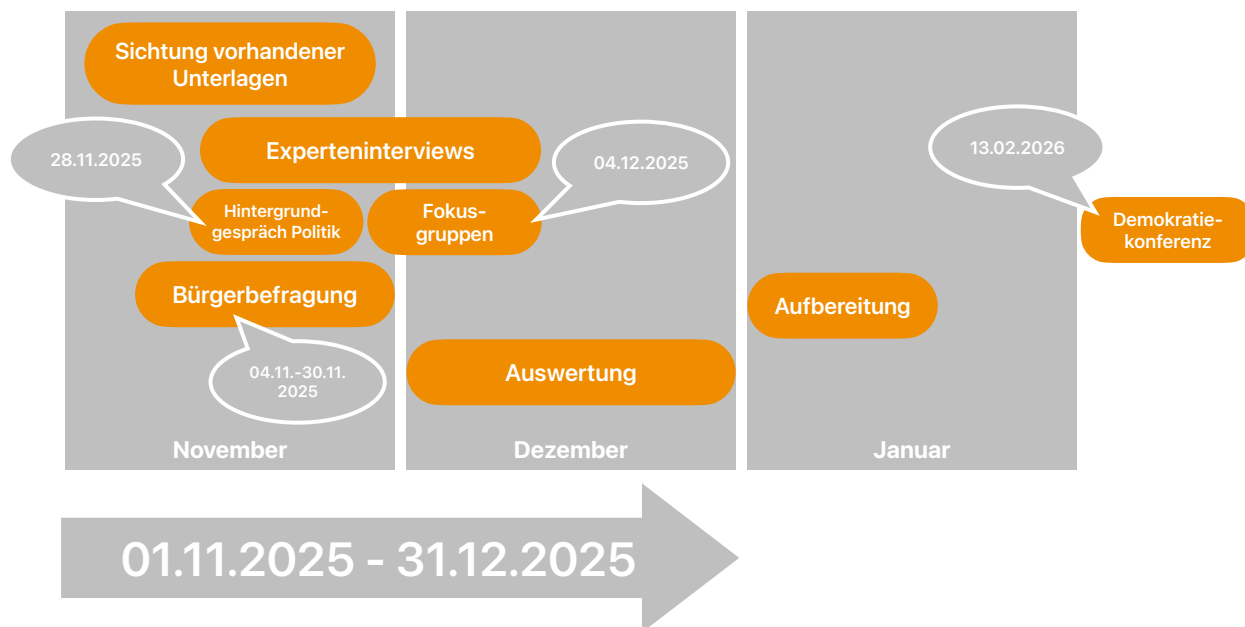
1. Einleitung

Der Landkreis Gifhorn ist mit der aktuellen Förderphase neuer Träger einer Partnerschaft für Demokratie (PfD). Der Situations- und Ressourcenanalyse kommt daher die Aufgabe zu, zur Grundausrichtung der PfD im Landkreis Gifhorn beizutragen.

1.1 Untersuchungsdesign

Das Untersuchungsdesign der Analyse basiert auf einem Methodenmix aus fünf Elementen. Zum einen wurden vorhandene Statistiken, Analysen und Hintergrundinformationen gesichtet und ausgewertet. Zum zweiten wurde ein Hintergrundgespräch mit Vertreter*innen der Politik durchgeführt. In zwei Fokusgruppen wurden mit Fachleuten besondere Aspekte der Demokratiestärkung und Diskriminierungsprävention beleuchtet. In der einen Fokusgruppe wurde mit Vertreter*innen der acht Bündnisse/ Initiativen für Demokratie im Landkreis gesprochen und in der anderen stand die Jugendarbeit mit Expert*innen aus diesem Bereich im Zentrum (im Folgenden genannt: Fokusgruppe "Zielgruppe Jugendliche"). Dann wurde eine Online-Bürgerbefragung erarbeitet, an der insgesamt 1.421 Personen aus dem Kreisgebiet im Zeitraum 03.11. – 30.11.2025 teilgenommen haben¹. Als fünfte Methode im Methodenmix wurden neun Expert*inneninterviews durchgeführt. Die Expert*innen stammten aus den Bereichen Kreisverwaltung, Schulen, Beratungs- und Bildungseinrichtungen².

Zeitstrahl Situations- und Ressourcenanalyse PfD LK Gifhorn



Quelle: Eigene Darstellung

¹ 2.124 Personen haben den Fragebogen begonnen. 1.580 haben den Fragebogen bis zum Ende beantwortet, davon wohnen 1.421 im Kreisgebiet. Letztere Gruppe wird im Zentrum der Auswertung stehen.

² Den einzelnen Expert*innen wurde Anonymität zugesichert, so dass alle Zitate und Verweise auf die Expert*innen ohne Namensnennung verwendet wurden.

Die Situations- und Ressourcenanalyse wurde im Zeitraum vom 01.11.2025 bis 31.12.2025 erstellt. Nach der Sichtung vorhandener Unterlagen, wurden das Hintergrundgespräch, die beiden Fokusgruppen und Expert*inneninterviews durchgeführt. Parallel wurde die Online-Befragung beworben. Die Ergebnisse wurden auf der Demokratiekonferenz am 13.02.2026 vorgestellt.

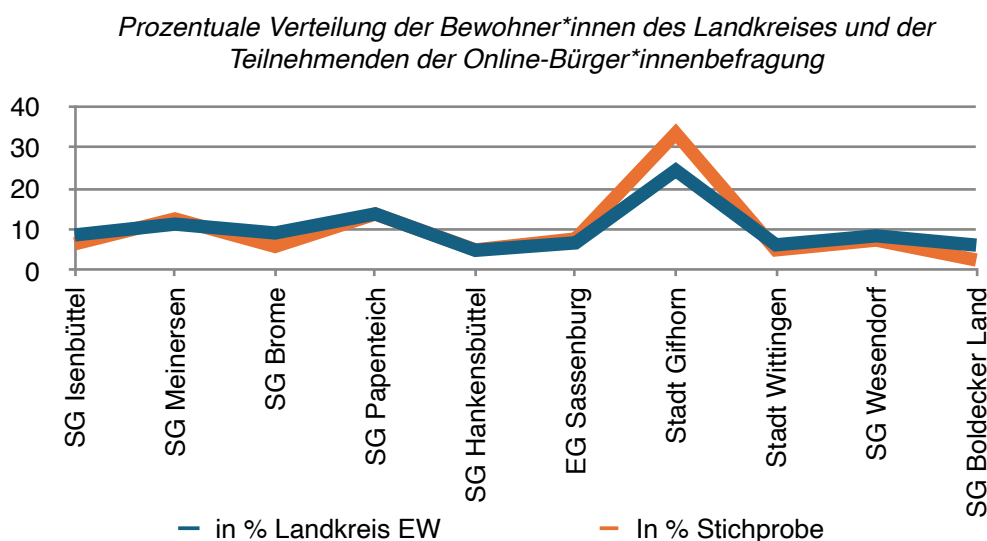
1.2 Online-Bürger*innenbefragung

Die Online-Bürger*innenbefragung bietet aufgrund der hohen Teilnehmendenzahl eine gute Grundlage, um vor allem die vorfindlichen zentralen Problemlagen und die Ressourcen zu erfassen, die in der Bevölkerung vorhanden sind.

Befragte nach Wohnort

Insgesamt haben 1.580 Personen die Befragung abgeschlossen. Die Abschlussquote lag bei über 74 %. Von diesen 1.580 Personen leben 1.421 im Landkreis. Über 33 % leben in der Stadt Gifhorn, fast 14 % in der Samtgemeinde Papenteich, fast 13 % in der Samtgemeinde Meinersen, fast 8 % in der Einheitsgemeinde Sassenburg, mehr als 7 % in der Samtgemeinde Wesendorf, fast 7 % in der Samtgemeinde Isenbüttel, knapp 6 % in der Samtgemeinde Brome, etwas mehr als 5 % jeweils in der Samtgemeinde Hankensbüttel und der Stadt Wittingen; in der Samtgemeinde Boldecker Land leben 2,6 % der Teilnehmenden.

Während ein Drittel der Befragten in der Stadt Gifhorn leben, sind zwei Drittel aus den weiteren Regionen des Landkreises. Somit kann hier von einem flächendeckenden Bild zu den Problemlagen gesprochen werden. Wir haben vor allem in den Samtgemeinden Isenbüttel, Brome und Boldecker Land relativ deutliche Abweichungen des Anteils der Teilnehmenden aus diesen Orten zum Anteil der Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Landkreis. Hier haben deutlich weniger an der Befragung teilgenommen. Vor allem in der Stadt Gifhorn lag der Anteil der Teilnehmenden deutlich über dem Anteil der Einwohnendenzahl an der Gesamtzahl im Landkreis. Hierdurch kann von einer leichten Verzerrung der Ergebnisse in Bezug auf die Stadt/Land-Verteilung gesprochen werden. In der Analyse wird darauf durch die Betrachtung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Ergebnissen im Nord- und Südkreis sowie in Gifhorn eingegangen.



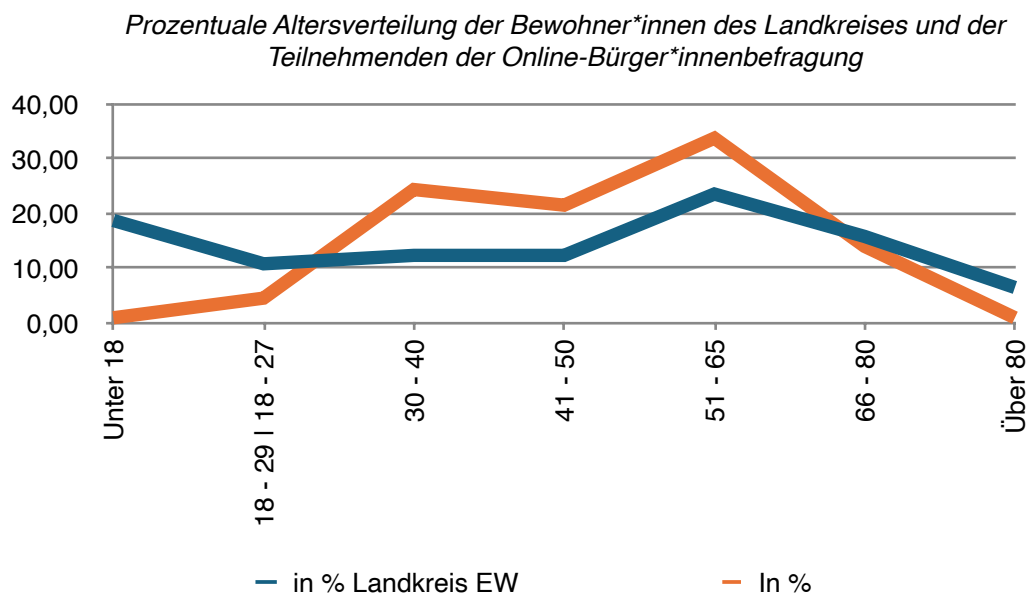
Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, Online-Bürger*innenbefragung, eigene Berechnung

Befragte nach Geschlecht

Von den Befragten sind knapp 53 % männlich, über 46 % weiblich und knapp 1 % divers. Im Vergleich zur Verteilung im Landkreis ergibt sich so ein höherer Anteil männlicher gegenüber weiblicher Teilnehmende³. Die Kategorie „Divers“ wird bei den Vergleichsdaten des Landesamts für Statistik nicht verwendet.

Befragte nach Altersgruppen

Die Befragung hat nur wenige Jugendliche erreicht. Weniger als 1 % der Befragten sind unter 18 Jahre alt. Diese Akteursgruppe ist gegenüber dem Kreisdurchschnitt deutlich unterrepräsentiert. Die Perspektive der Jugendlichen und Jugendarbeit wurden für die Analyse noch durch die Fokusgruppe "Zielgruppe Jugendliche" angereichert. Ebenfalls weniger Teilnehmende als im kreisweiten Durchschnitt wurden in der Altersgruppe der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 27 erreicht. Deutlich höher ist der Anteil jedoch bei den Altersgruppen 30 bis 40 Jahre, 41 bis 50 Jahre und 51 bis 65 Jahre. Die Befragung hat prozentual etwas weniger Menschen in der Altersgruppe 66 bis 80 Jahre und deutlich weniger in der Altersgruppe über 80 Jahre erreicht.



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, Online-Bürger*innenbefragung, eigene Berechnung

Die absolute Zahl der Teilnehmenden lässt bei den unter 18jährigen und den über 80jährigen keine repräsentativen Schlüsse zu. Während die unter 18jährigen als Teilgruppe nicht weiter untersucht werden, werden die über 80jährigen in die Altersgruppe 66+ aufgenommen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Verteilung der Altersgruppen insbesondere im Altersspektrum von 30 bis 80 Jahren weitgehend der Verteilung im Landkreis entspricht und daher keine starken Verzerrungen der Ergebnisse für diese Altersspanne unter Berücksichtigung einer Teilgruppe 66+ in der die geringe absolute Zahl der Teilnehmenden über 80 aufgeht, zu erwarten sind.

³ vgl. Tabelle im Anhang

In der Analyse wird auf die verschiedenen Altersgruppen zudem dahingehend Rücksicht genommen, dass diese bei stärkeren Abweichungen vom Gesamttrend gesondert ausgewertet werden⁴.

Befragte nach Wohn-/ Aufenthaltsdauer

Von den Befragten sind über 41 % im Landkreis geboren, fast 36 % leben länger als 20 Jahre hier, über 12 % leben 10 bis unter 20 Jahre und fast 7 % leben 5 bis unter 10 Jahre im Landkreis Gifhorn. Weniger als fünf Jahre leben knapp 4 % der Befragten im Landkreis. Hier wird deutlich, dass die Befragung vor allem Alteingesessene erreicht hat. Da es keine Referenzdaten auf Landkreisebene zur Wohn-/ Aufenthaltsdauer im Landkreis gibt, kann hier kein Vergleich zur Verteilung angestellt werden.

Zusammenfassung und Zwischenfazit

Die Befragung kann als weitgehend repräsentativ gelten, da

1. die Stichprobe von 1.421 in Bezug auf die Größe des Landkreises ausreichend groß ist.
2. das Geschlechterverhältnis mit leichten Abweichungen dem Verhältnis im Landkreis entspricht.
3. die Stichprobe für die Altersgruppen mit Ausnahme der unter 18jährigen und der über 80jährigen weitestgehend den Anteilen im Landkreis entspricht.
4. aus allen Regionen des Landkreises, mit leichten Abweichungen vor allem in Gifhorn⁵, Personen entsprechend dem Anteil an der Gesamtbevölkerung teilgenommen haben.

Nicht geprüft wurden aufgrund der sehr persönlichen Fragen, auf die zugunsten einer höheren Teilnehmendenzahl verzichtet wurde, der Bildungsabschluss, der Beruf und die Einkommensklasse.

Einschränkend ist festzustellen, dass die Stichprobe keine komplette Zufallsauswahl ist, da die Befragten nicht zufällig aus dem Melderegister ausgewählt und angeschrieben wurden. Die Befragung wurde mehrmals in der Zeitung beworben sowie online (z.B. auf der Webseite des Landkreises) und über soziale Medien bekannt gemacht und geteilt. Da die Teilnahme ausschließlich digital erfolgte, können insbesondere bestimmte Bevölkerungsgruppen mit geringerer digitaler Erreichbarkeit unterrepräsentiert sein.

Die Mängel in der Repräsentativität werden in der Gesamtanalyse durch eine bivariate Analyse nach Region (Nordkreis, Gifhorn, Südkreis), Alter (18 - 27, 27 - 65 und 66+), Geschlecht (weiblich und männlich)⁶ und Aufenthaltsdauer (u5 Jahre, 6 - 10, 11 - 19, 20+ und im Landkreis geboren) sowie vor allem den oben dargestellten Methodenmix ausgeglichen wird. So wurde eine Fokusgruppe gezielt zur Zielgruppe der Jugendlichen durchgeführt, um dieses Manko der Online-Bürger*innenbefragung auszugleichen.

⁴ In die Auswertung werden an gegebener Stelle die Teilgruppen nach Alter 18 - 26, 27 - 65 und 66+ unterschieden, um unterschiedliche Lebensphasen mit jeweils spezifischen Perspektiven auf gesellschaftliche und demokratische Prozesse differenziert abbilden zu können.

⁵ In Gifhorn haben mehr Menschen teilgenommen als es dem Anteil der EW der Stadt Gifhorn im Verhältnis zum Landkreis entspricht.

⁶ Die geringe Zahl der Teilnehmenden, die sich als divers bezeichnen, lässt keine Auswertung als Teilgruppe zu.

1.3 Aufbau der Analyse

Zunächst wird im **Hintergrund** der Landkreis soziodemografisch beleuchtet und die Wahlbeteiligung betrachtet. Darauf aufbauend werden die **Problemlagen und Herausforderungen** erarbeitet. Die **Ressourcen** werden im darauf folgenden Kapitel benannt. Zudem werden in einem Exkurs spezifische demokratiefeindliche und rechtsextrem beeinflusste Argumentationsmuster untersucht, die sich in Teilen der Antworten der Online-Bürger*innenbefragung gezeigt haben. Aus den Problemlagen und Herausforderung sowie den vorhandenen Ressourcen lassen sich **Handlungssätze** ableiten. Die Analyse schließt mit einem **Fazit und Ausblick**.

Hinweise zur Darstellung der Ergebnisse:

Grundsätzlich werden Zitate eingerückt und kleiner dargestellt und mit Fußnoten als Quellenangabe versehen. Die Zitate aus der Online-Bürger*innenbefragung sind jeweils eingerückt und kleiner ohne gesonderte Quellenangabe gesetzt. Zitate aus den Expert*inneninterviews sind eingerückt, kleiner und kursiv gesetzt. Zitate aus den Fokusgruppen werden eingerückt und kleiner mit Quellenangabe in der Fußnote gesetzt.

Die Auswertung erfolgt zu großen Teilen in Teilgruppen nach Region und Geschlecht. Oftmals wird auch das Alter nach Altersgruppen und die Aufenthaltsdauer im Landkreis hinzugenommen.

Die Regionen unterteilen sich in

- den Nordkreis (n = 333): SG Brome, SG Hankensbüttel, SG Wesendorf, Stadt Wittingen
- Stadt Gifhorn (n = 474)
- den Südkreis (n = 615): SG Meinersen, SG Isenbüttel, SG Papenteich, Gemeinde Sassenberg, SG Boldecker Land

Die Kategorie Aufenthalt wird in den folgenden Ausprägungen untersucht:

- unter fünf Jahre (n = 52)
- Zwischen fünf und unter 10 Jahren (n = 97)
- Zwischen 11 und unter 20 Jahren (n = 171)
- Über 20 Jahre (n = 498)
- Im Landkreis geboren (n = 578)

Die untersuchten Altersgruppen unterteilen sich folgendermaßen:

- 18 - 26 (n = 63)
- 27 - 65 (n = 1.110)
- 66 und älter (n = 208)

Eine gesonderte Untersuchung der Teilgruppe der Jugendlichen unter 18 Jahren erscheint aufgrund der geringen Zahl der Teilnehmenden (n = 13) nicht zielführend.

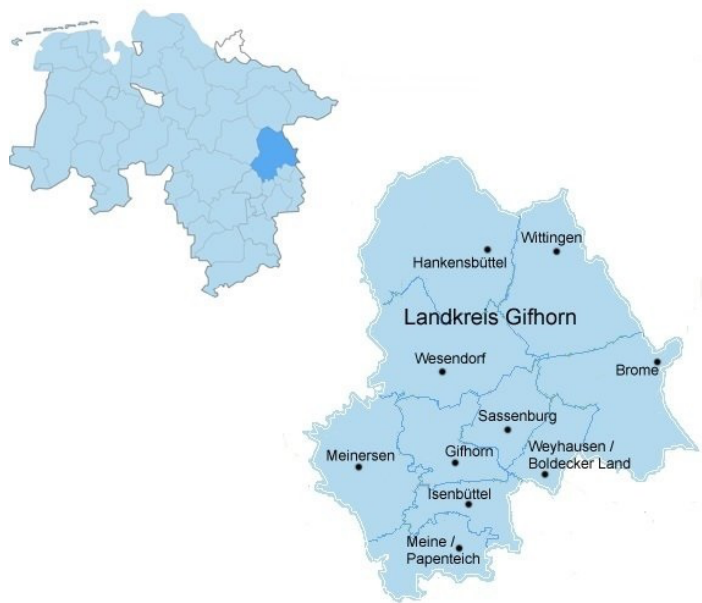
Bei den Teilgruppen nach Geschlecht wurde in der Online-Bürger*innenbefragung männlich, weiblich und divers abgefragt. Da nur zwölf Personen die letztere Ausprägung gewählt hat, wurde auch auf eine Auswertung als Teilgruppe aufgrund der geringen Anzahl verzichtet.

2. Hintergrund

Raumkontext

Der Landkreis Gifhorn mit 175.878 Einwohner*innen (EW) liegt im Osten Niedersachsens an der Grenze zu Sachsen-Anhalt und gliedert sich in die Stadt Gifhorn mit 42.860 EW, die Einheitsgemeinde (EG) Sassenburg (11.894 EW) und die Stadt Wittingen (11.057 EW) sowie die Samtgemeinden (SG) Boldecker Land (10.918 EW), Brome (16.113 EW), Hankensbüttel (8.710 EW), Isenbüttel (15.258 EW), Meinersen (19.896 EW), Papenteich (24.277 EW) und Wesendorf (14.895 EW). In den Samtgemeinden sind jeweils Orte zwischen 812 und 8.226 EW als eigene Gebietskörperschaften zusammengefasst⁷. Deutlich wird eine sehr ländliche Struktur jenseits der Stadt Gifhorn und ggf. Wittingen.

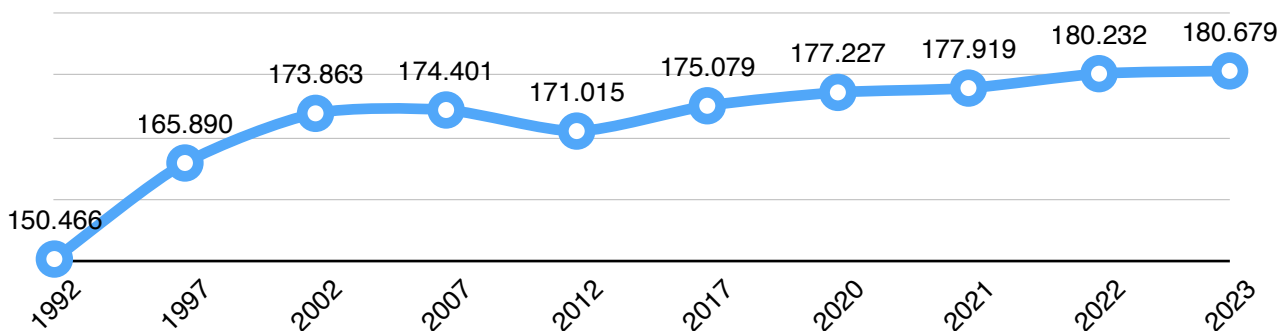
Landkreis Gifhorn und seine Mitgliedsgemeinden



Quelle: Landesamt für Statistik des Landes Niedersachsen 2025

Seit 1992 ist die Einwohnerzahl insgesamt von 150.466 auf 180.679 angestiegen. Ein erster deutlicher Anstieg von 1992 bis 2002 und ein zweiter von 2017 bis 2022 sind zu beobachten.⁸

Bevölkerungsentwicklung LK Gifhorn 1992 - 2024



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen 2025 Stichtag 31.12.

Die Entwicklung der Wanderungsstatistik zeigt, dass Phasen des Bevölkerungswachstums jeweils mit positiven Wanderungssalden zusammenfallen. So verzeichnete der Landkreis beispielsweise im Jahr 2022 einen Wanderungsgewinn von +2.795 Personen, der sich unmittelbar in einem deut-

⁷ Landesamt für Statistik Niedersachsen 2025: Regionaldatenbank zum Stichtag 30.09.2025: <https://t1p.de/if6ul>

⁸ Statista 2024: Entwicklung der Gesamtbevölkerung im Landkreis Gifhorn: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/981636/umfrage/entwicklung-der-gesamtbevoelkerung-im-landkreis-gifhorn/>

und der dort ansässigen Automobilindustrie sowie den im Landkreis angesiedelten Zulieferbetrieben. Kaufkraftdaten bestätigen diese räumlichen Unterschiede und zeigen im Südkreis überdurchschnittliche Werte im Vergleich zu anderen Teilregionen des Landkreises.¹³

Ein weiterer Indikator für das sozio-ökonomische Süd-Nord-Gefälle ist der Anteil der Jugendlichen unter 18 im SGB II-Bezug. Die Grafik zeigt deutlich die erhöhte Armutsquote im Nordkreis und der Stadt Gifhorn im Gegensatz zur geringen bis sehr geringen im Südkreis.

Wahlbeteiligung

Bei der Kommunalwahl am 12.09.2021 lag die Wahlbeteiligung kreisweit bei 60,6 %. Während die Wahlbeteiligung in der Stadt Gifhorn mit 54,4 % am niedrigsten war, nahmen in der Samtgemeinde Papenteich 68 % ihr Wahlrecht wahr. Bei der vergangenen Bundestagswahl am 23.02.2025 lag die Wahlbeteiligung im Landkreis im Durchschnitt bei 84,7 %. Hiervon entfielen 29,5 % der Erststimmen auf die CDU, 31,1 % auf die SPD, 22,8 % auf die AfD, 6,6 % auf die Grünen und 4,8 % auf Die Linke. 5,3 % wählten andere Parteien. Die Wahlbeteiligung war insgesamt hoch und lag zwischen 80,4 % in Gifhorn und 89,4 % in Papenteich. Während in sieben Gemeinden die SPD die meisten Erststimmen erhalten hat, wurden in drei Gemeinden die meisten Stimmen an die CDU gegeben. In Wesendorf hat die AfD die meisten Stimmen auf sich vereinigen können.

Bundestagswahl 23.02.2025

Gemeinde	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	AfD	Grüne	Die Linke	Übrige
Gifhorn	80,4 %	26,9	33,0	23,3	6,7	5,5	4,6
Sassenburg	83,7 %	26,7	29,5	29,4	5,1	4,3	5,0
Wittingen	83,4 %	31,4	33,0	20,2	4,6	4,5	6,2
Boldecker Land	86,0 %	31,3	29,8	21,6	7,3	4,8	5,2
Brome	85,9 %	31,9	26,1	26,1	5,9	5,1	4,8
Harkensbüttel	84,9 %	33,5	30,6	20,4	5,7	4,2	5,7
Isenbüttel	87,4 %	27,4	34,4	21,2	7,3	4,2	5,5
Meinersen	86,2 %	29,6	30,0	22,5	7,1	5,3	5,5
Papenteich	89,4 %	31,3	34,1	15,7	9,0	4,2	5,7
Wesendorf	83,0 %	29,0	25,0	32,2	4,0	4,5	5,2
Gesamt	84,7 %	29,5	31,1	22,8	6,6	4,8	5,3

Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen 2025

Das letzte Stimmungsbild war die vorgezogene Landratswahl am 26.10.2025. Hier lag die Wahlbeteiligung bei 48,54 %. Gewählt wurde mit 53,6 % der Stimmen Philipp Raulfs (SPD). Die weiteren Stimmen verteilten sich mit 25,4 % auf Frau Telse Dirksmeyer-Vielhauer (CDU) und 19 % auf Stefan Marzischewski-Drewes (AfD) sowie 2 % auf Marion Mäding (BSW Niedersachsen)¹⁴.

¹³ Nexiga GmbH: Kaufkraft in Deutschland 2025, Kaufkraftberechnungen auf Basis von Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), des Statistischen Bundesamtes sowie der Bundesagentur für Arbeit, <https://www.arcgis.com/apps/dashboards/5c4c0c11df974da3be529424a5cbdd2f>.

¹⁴ vgl.: LK Gifhorn 2025: Wahlbekenntmachung: <https://t1p.de/xflq8>

3. Problemlagen und Herausforderungen

3.1 Zentrale Problemlagen und Herausforderungen

Dieses Kapitel bündelt die zentralen Problemlagen, die im Landkreis Gifhorn mit Blick auf Zusammenleben, Teilhabe und demokratische Kultur benannt werden. Zunächst werden die wichtigsten Herausforderungen aus den Expert*inneninterviews dargestellt (3.1.1). Daran anschließend folgen die Ergebnisse der Online-Bürger*innenbefragung, die die Einschätzungen in der Breite quantifiziert und nach Teilgruppen differenziert (ab 3.1.2).

3.1.1 Hauptherausforderungen aus Expert*innensicht

Politische Polarisierung und Angst vor politischem Engagement

Aus Sicht der Expert*innen gibt es im Landkreis Gifhorn zwar „keine auffälligen extremen Gruppen“, zugleich wird jedoch eine deutliche politische Polarisierung wahrgenommen.

Mehrere Expert*innen berichten zudem davon, dass es immer mehr rechte Jugendliche im Landkreis Gifhorn gäbe. Diese träten sehr selbstbewusst auf und äußerten offen rechtsextreme Selbstzuschreibungen wie „Ich bin Nazi“. Teilweise werde dieses Auftreten auch durch das familiäre Umfeld gestützt: „Die Eltern stehen da noch dahinter.“

In diesem Kontext wird die Stimmung im Landkreis in Teilen als von Angst geprägt beschrieben, politisch „Gesicht zu zeigen“:

„Es gibt viele Menschen, die sich eigentlich engagieren würden, aber lieber nicht Gesicht zeigen, weil sie Angst vor Anfeindungen haben.“

Zudem wird häufig von Alltagsanfeindungen und Mikroaggressionen berichtet (z.B. Alltagsrassismus, Queerfeindlichkeit). Viel geschehe im Dunkelfeld und werde nicht öffentlich gemacht. Insgesamt jedoch wird eine abnehmende gegenseitige Toleranz wahrgenommen.

Der Diebstahl von Regenbogenfahnen und der Anschlag auf das Queere Zentrum zeigen die geringer werdende Toleranz insbesondere gegen die LGBTQI*+-Szene. Die Regenbogenflagge als Symbol für Vielfalt führt auch an anderer Stelle zu Konflikten:

„Die Regenbogenflagge vorm Rathaus ist riesengroßer Aufhänger im Internet für bestimmte Gruppen.“

Fehlendes Wissen und Transparenz bei politischen Entscheidungen

Während auf der einen Seite die Toleranz gegenüber anderen Meinungen mangle, fehle auf der anderen Seite vielfach das Wissen, um bestimmte Argumente einschätzen zu können, so die Expert*innen. Dies führe dazu, dass politische Debatten fehlgeleitet werden oder eskalieren. Um dies zu verhindern, solle mit Fakten und Erläuterungen „aufgeheizte Stimmungen wieder“ beruhigt werden. Hier wird neben der Vermittlung von Wissen und Hintergründen zu bestimmten Argumentationslinien auch die Notwendigkeit von transparenter Erläuterung und Fakten zu politischen Entscheidungen angesprochen. Wichtig sei zu „erklären, dass es Sachzwänge gibt bei bestimmten Dingen“. Insgesamt gibt es aus Sicht der Expert*innen „Luft nach oben beim Thema Transparenz“ und ein Bedarf an verständlicher Kommunikation politischer Entscheidungsprozesse.

Spätaussiedler*innen leben sehr zurückgezogen

Nach Einschätzung der befragten Expert*innen leben Teile der Spätaussiedler*innen im Landkreis vergleichsweise zurückgezogen. Insbesondere freikirchliche Gemeinden „schotten sich sehr ab“

und nähmen am „gemeinschaftlichen Leben in Vereinen (...) eigentlich gar nicht teil“. Einzelne Expert*innen sehen in diesem Zusammenhang innerhalb bestimmter sozialer Milieus mögliche Anschlussstellen für vereinfachende oder polarisierende politische Deutungsangebote. Diese Einschätzungen werden jedoch nicht als gruppenspezifische Eigenschaft verstanden, sondern im Zusammenhang mit sozialen Erfahrungen, Zugehörigkeitsfragen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen eingeordnet. Eine mögliche Erklärung wird von den Befragten in Identitätsfragen insbesondere der zweiten und dritten Generation gesehen:

„In Deutschland sind wir Russen, in Russland sind wir Deutsche.“

Ergänzend berichten Lehrkräfte aus Sozialräumen mit einem hohen Anteil an Spätaussiedler*innen „von sehr traditionellen Rollenbildern und Werten“.

Verunsicherung und Verlustängste

Als weitere zentrale Herausforderung benennen die Expert*innen zunehmende Verunsicherung und Angst vor dem sozialen Abstieg in der Bevölkerung. Diese zeigten sich nicht nur in sozio-ökonomisch benachteiligten, sondern auch in vergleichsweise besser gestellten Haushalten. Dabei werde eine diffuse Wahrnehmung gesellschaftlicher Entwicklungen beschrieben, in der „pauschal alles schlecht“ erscheine. Ein Gespräch sei oftmals gar nicht richtig möglich und „wenn man fragt: warum ist denn alles schlecht? Dann kommt nur: weiß ich nicht, aber es ist alles schlecht.“

Diese vage Unsicherheit werde von bestimmten Gruppen ausgenutzt.

„Die bieten zwar auch keine Lösungen, aber die schaffen es, die Menschen zu sich rüberzuziehen und diese Unsicherheit zu nutzen.“

ÖPNV als große Herausforderung

Mehreren Expert*innen bezeichneten den ÖPNV gerade im Nordkreis als Problem, das vielfältige Auswirkungen sowohl auf die gesellschaftliche als auch politische Teilhabe von Menschen im Landkreis habe.

„Einfache Mobilität ist ganz wichtig für Demokratie. Denn wenn die nicht da ist, dann scheitert Teilhabe.“

Der ÖPNV sei in erster Linie auf Schülerbeförderung ausgelegt.

„Manche Geflüchtete sind nicht in der Lage an einem Tag von ihrem Wohnsitz zu einer Behörde und wieder zurück zu kommen und müssen sich ein Hotel buchen.“

Auch für Senior*innen, die nicht mehr am Individualverkehr teilnehmen können, habe die unzureichende Anbindung Folgen. Sie würden zunehmend „vereinsamen in ihren großen Häusern und den großen Gärten“. Einsamkeit wird von den Expert*innen auch im Zusammenhang mit weiteren Problemlagen wie Demenz oder (Kinder-)Armut benannt.

Konservativ-traditionelle Geschichte des Landkreises

Die befragten Expertinnen beschreiben den Landkreis Gifhorn insgesamt als politisch und gesellschaftlich eher konservativ geprägt. In diesem Zusammenhang wurden vereinzelt auch historische Kontinuitäten thematisiert, die aus Sicht der Gesprächspartnerinnen bis in die Nachkriegszeit hineinwirken könnten. Dabei wurde unter anderem auf personelle Kontinuitäten in kommunalpolitischen Strukturen nach 1945 verwiesen:

„Es gab viele Personen auch in Kommunalpolitik, die eine Nazi-Vergangenheit hatten.“

Diese Einschätzung verweist auf ein bundesweites Phänomen der frühen Nachkriegszeit, in der ehemalige NSDAP-Mitglieder vielfach weiterhin öffentliche Funktionen übernahmen. Für den Landkreis Gifhorn selbst liegen hierzu jedoch keine systematischen wissenschaftlichen Unter-

suchungen vor; die Aussagen sind daher als subjektive Einordnungen einzelner Expert*innen zu verstehen.

Darüber hinaus werden insbesondere aus dem ländlichen Raum historische Bezüge benannt. Teile der bäuerlichen Bevölkerung hätten die NSDAP früh unterstützt; auf einzelnen Höfen seien nationalsozialistische Symbole auch nach Kriegsende noch lange sichtbar gewesen:

„Da gab es viele Höfe, wo auch noch nach 1945 Symbole zu sehen waren.“

Zudem wird darauf verwiesen, dass die Nachfolgeparteien der NSDAP auch in der Nachkriegszeit noch hohe Wahlergebnisse erzielt hätten. Auch die NPD habe insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren relevante Stimmenanteile erhalten.

Nach Einschätzung der Expert*innen bestanden auch personelle Überschneidungen zwischen rechtsextremen Parteien und etablierten gesellschaftlichen Strukturen:

„Bis in die 80er waren in den Vertriebenenverbänden Vorsitzende aus der Region gleichzeitig auch in der NPD.“

Hier gäbe es wiederum Verbindungen zu lokalen Vereinsstrukturen wie insbesondere Schützenvereinen, so eine Expert*innenmeinung.

Insgesamt ordnen die Expert*innen diese Hinweise in einen breiteren historischen Kontext ein, in dem sich ablehnende Haltungen gegenüber Migration auch auf kommunalpolitischer Ebene niedergeschlagen hätten. Unter anderem wurde in diesem Zusammenhang von einer Kampagne gegen die Aufnahme von „Boat-People“ aus Vietnam sowie Menschen aus Sri Lanka um das Jahr 1990 berichtet, die der damalige Stadtdirektor der Stadt Gifhorn gestartet habe.¹⁵

Kurz zuvor im Juni 1989 bei der Europawahl erhielten die Republikaner unter Franz Schönhuber kreisweit 6 % der Stimmen, in einigen Regionen bis zu 22 %¹⁶.

3.1.2 Hauptherausforderungen aus der Online-Bürger*innenbefragung

Im Folgenden werden die zentralen Problemlagen aus der Online-Bürger*innenbefragung dargestellt. Die Befragung ermöglicht einen quantitativen Überblick darüber, welche Herausforderungen im Landkreis am häufigsten benannt werden und wie sich Einschätzungen zwischen Teilgruppen unterscheiden (Region, Geschlecht, Alter, Aufenthaltsdauer).

¹⁵ <https://www.spiegel.de/politik/asylanten-verstopfen-alles-a-fa5bcb60-0002-0001-0000-000013497876>

¹⁶ bgl. Ebd.

Fünf größten Herausforderungen; n = 1.416



Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

Eklatanter Vertrauensverlust in Politik und Behörden

Die Ergebnisse der Onlineumfrage zeigen, dass von fast 80 % aller Befragten der **Vertrauensverlust in Politik und Behörden** als zentrale Problemlage im Zusammenleben im Landkreis Gifhorn benannt wurde. Besonders häufig – mit über 83 % – wurde dieses Item von Teilnehmenden aus

dem sozio-ökonomisch besser gestellten Südkreis¹⁷ benannt. Es waren deutlich mehr Männer (fast 81 %) gegenüber Frauen (fast 78 %), die den Vertrauensverlust in Politik und Behörden als besondere Herausforderung benannten. Bei der Unterscheidung der Teilgruppe nach Aufenthaltsdauer ergaben sich nur bei der Gruppe derjenigen, die 10 bis 19 Jahre im Landkreis leben, eine deutliche Abweichung; von diesen sehen knapp 75 % den Vertrauensverlust als wichtigstes Problem an. Mit über 81 % sind hier die Teilnehmenden, die im Landkreis geboren wurden, die nach Aufenthaltsdauer den höchsten Zustimmungswert für diese Herausforderung aufweisen. Gerade die jungen Erwachsenen sehen mit etwas mehr als 66 % deutlich weniger das Problem im Vertrauensverlust als die große Altersgruppe zwischen 27 und 64¹⁸.

Viele Menschen haben das Vertrauen in Politik und Behörden verloren. Auswertung nach Teilgruppen

		N =	In %
Gesamt		1.416	79,24
Region	Nordkreis	331	78,55
	Gifhorn	471	74,52
	Südkreis	615	83,41
Geschlecht	Weiblich	616	76,79
	Männlich	697	80,77
Aufenthaltsdauer	Aufenthalt u5	52	78,85

		N =	In %
Aufenthaltsdauer	Aufenthalt 5 - 9	97	79,38
	Aufenthalt 10 - 19	171	74,85
	Aufenthalt ü20	496	79,23
	i. LK geboren	575	81,22
Alter	Alter 18 - 26	62	66,13
	Alter 27 - 65	1.106	81,83
	Alter 66 +	208	70,67

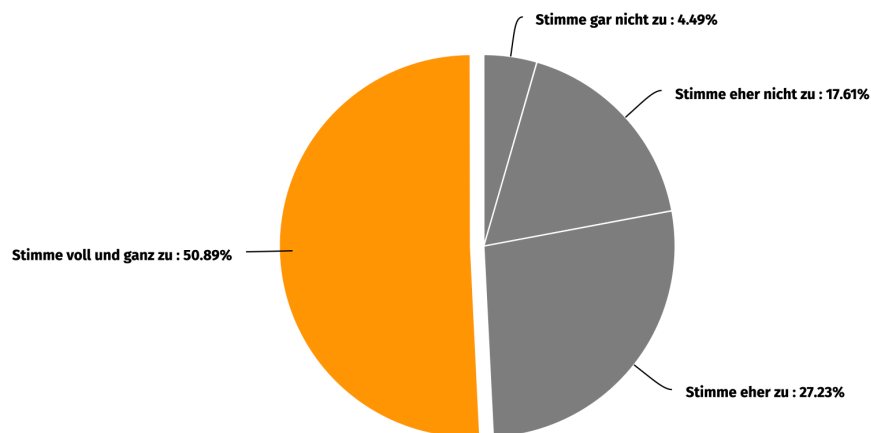
Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

Die Ergebnisse bei der Einstellungsfrage zu der Aussage „**Die Regierung trifft viele Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg.**“ bestätigt dieses Bild weitgehend. So stimmen über die Hälfte der Befragten dieser Aussage voll und ganz zu; weitere gut 27 % stimmen ihr eher zu. In den Expert*inneninterviews wurde auf fehlendes Wissen und nicht ausreichende Transparenz bei politischen Entscheidungen verwiesen, was eine Ursache für die Zustimmungswerte sein könnte.

¹⁷ vgl. Kapitel 2: Raumkontext.

¹⁸ Ein Großteil der Befragten ist dieser Teilgruppe zuzurechnen. Diese Frage haben aus dieser Altersgruppe 1.106 Menschen beantwortet, die im Landkreis Gifhorn leben.

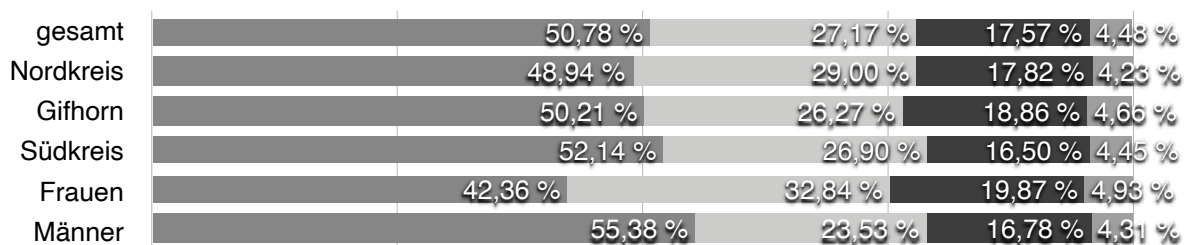
Aussage: Die Regierung trifft viele Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg. N = 1.403



Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

Regional ergibt sich bei dieser Frage nur im Südkreis eine relevante Abweichung. So stimmen im Südkreis mit etwas mehr als 52 % mehr als in den anderen Regionen dieser Aussage voll und ganz zu. Dafür stimmen etwa ein Prozent weniger eher nicht zu.

Aussage: Die Regierung trifft viele Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg. nach Teilgruppen



■ stimme voll und ganz zu ■ stimme eher zu ■ stimme eher nicht zu ■ stimme gar nicht zu

Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

In den offenen Antwortmöglichkeiten zur Frage nach den zentralen Problemstellungen werden die „Verschwendung von Steuergeldern“ ebenso wie die unzureichende Einhaltung von „Recht und Ordnung“ benannt. Der Vertrauensverlust in Politik und Demokratie wird dabei teilweise sehr zuge-spitzt formuliert:

„Unsere Regierung besteht nur noch aus Lügner*innen, die Deutschland zu Grunde wirtschaften.“

Als konkrete Beispiele wurden unter anderem Defizite in der Steuerung der Wohnungspolitik oder auch die mangelnde Durchsetzung der Straßenreinigungssatzung benannt.

Zudem wurde der Vertrauensverlust in die Demokratie in einigen offenen Antworten auch mit der Ausgrenzung anderer politischer Meinungen verknüpft und die Demokratie dadurch als „dysfunktional“ bewertet.¹⁹

Die Transparenz des politischen Entscheidungsprozesses wurde sowohl in der Online-Bürger*innenbefragung als auch von Expert*innen als wichtig für das Vertrauen in Politik und Verwaltung benannt.

„Menschen die sich in ihrem Landkreis sicher und gut informiert fühlen, vertrauen auch der Verwaltung und der Politik.“

Zugleich wird aus Expert*innensicht darauf hingewiesen, dass sich Entscheidungsprozesse im Vergleich zu früheren Zeiten bereits verändert hätten. Während früher „viel nach Gutsherrenart an der Bevölkerung vorbei entschieden“ wurde, habe sich das heute schon gebessert.

Rückgang einer sachlichen Diskussionskultur

Die Herausforderung einer **sachlichen Diskussionskultur** („Es wird immer schwieriger, sachlich miteinander zu reden und sich auf gemeinsame Fakten zu einigen.“) wurde von über 67 % der Befragten als zentral bezeichnet.

Die vertiefte Auswertung macht deutlich, dass die Einschätzung einer erschwerten sachlichen Diskussionskultur zwar mehrheitlich geteilt wird, jedoch zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen variiert. Einen deutlichen Unterschied zum kreisweiten Durchschnitt findet sich regional bei den Teilnehmenden, die den Wohnort „Gifhorn“ angaben. Von diesen sind mit nur knapp 66 % weniger Befragte der Ansicht, dass eine sachliche Diskussionskultur eine besondere Herausforderung im Landkreis sei. Die deutlichste Abweichung von allen Teilgruppen findet sich bei den Männern, die dieses Item mit über 71 % deutlich häufiger gewählt haben. Interessant ist zudem, dass die Menschen, die weniger als zehn Jahre im Landkreis leben, hier mit unter 60 % dieses Item seltener ausgewählt haben als der Durchschnitt im Kreis. Im Vergleich dazu sehen Menschen, die im Landkreis geboren sind, mit über 68 % deutlich häufiger ein Problem im Rückgang der sachlichen Diskussionskultur. In der Differenzierung nach Altersgruppen zeigt sich lediglich bei den Teilnehmenden ab 65 Jahren eine deutliche Abweichung. In dieser Altersgruppe wird die sachliche Diskussionskultur mit etwas mehr als 63 % vergleichsweise seltener als besondere Herausforderung wahrgenommen.

¹⁹ vgl. auch 5.4

Es wird immer schwieriger, sachlich miteinander zu reden und sich auf gemeinsame Fakten zu einigen
Auswertung nach Teilgruppen

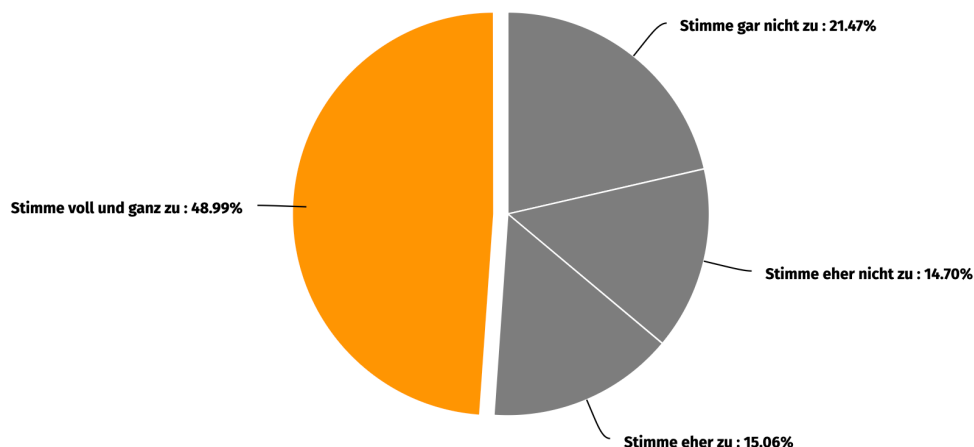
		N =	In %
Gesamt		1.416	67,09
Region	Nordkreis	331	67,98
	Gifhorn	471	65,61
	Südkreis	615	67,97
Geschlecht	Weiblich	616	62,34
	Männlich	697	71,02
Aufenthaltsdauer	Aufenthalt u5	52	59,62

		N =	In %
Aufenthaltsdauer	Aufenthalt 5 - 9	97	59,79
	Aufenthalt 10 - 19	171	67,84
	Aufenthalt ü20	496	67,94
	i. LK geboren	575	68,35
Alter	Alter 18 - 26	62	66,13
	Alter 27 - 65	1.106	67,54
	Alter 66 +	208	63,46

Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

Mit der Aussage „**Ich habe das Gefühl, dass man heute nicht mehr offen sagen kann, was man denkt.**“ wird die subjektive Wahrnehmung von Einschränkungen der freien Meinungsäußerung abgefragt. Diese Aussage ist ein weiterer Indikator für die „politischen Polarisierung“ wie es in den Expert*inneninterviews benannt wurde. In jedem Fall zeigen die Antworten deutlich, dass eine offene Gesprächs- und Diskussionskultur im Landkreis nur von einer Minderheit empfunden wird. So stimmen der Aussage fast 49 % voll und ganz und noch einmal über 15 % eher zu. Nur 36 % stimmen dieser Aussage eher nicht oder gar nicht zu.

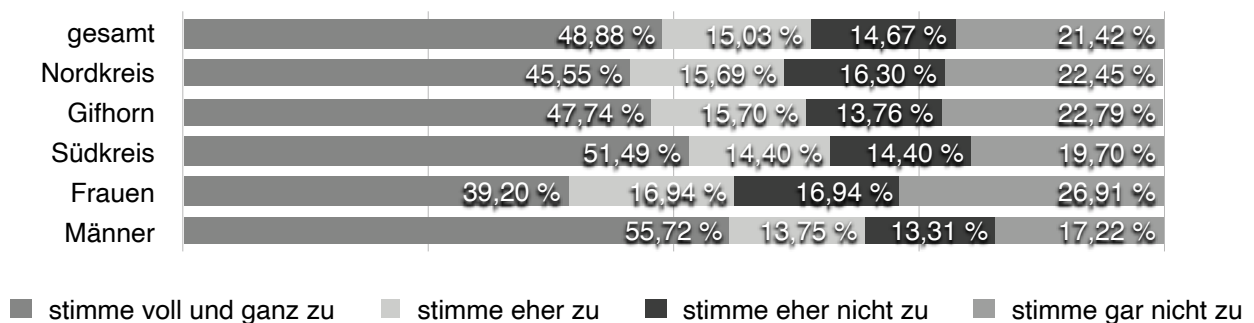
Aussage: Ich habe das Gefühl, dass man heute nicht mehr offen sagen kann, was man denkt. N = 1.388



Quelle: Online-Bürger*innenbefragung LK Gifhorn 2025

Betrachtet man die Antworten nach Teilgruppen ergeben sich deutliche Abweichungen. Regional im Nordkreis ist die Zustimmung zu dieser Aussage mit knapp 46 % geringer als im Durchschnitt und den anderen Teilregionen. Während Gifhorn nahe an der Gesamtverteilung liegt, ist der Südkreis mit über 51 % voller Zustimmung und über 14 % weitgehender Zustimmung klarer Spitzenreiter nach Regionen. Im Landkreis scheint also aus Sicht der Menschen, die im Südkreis leben, eine besonders kritische Stimmung. Bei der Unterscheidung nach Geschlecht ist die Zustimmung bei Männern deutlich höher als bei den Frauen. Zudem ist bei dieser Teilgruppe die höchste Ablehnung dieser Aussage zu verzeichnen.

Aussage: Ich habe das Gefühl, dass man heute nicht mehr offen sagen kann, was man denkt. nach Teilgruppen



Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

In der offenen Antwortmöglichkeiten zur Frage der Herausforderungen wurde von 28 Personen die Ausgrenzung anderer aufgrund von anderen – insbesondere politischen – Meinungen benannt.

„Wenn man eine andere Meinung hat, wird man beschimpft.“

„Laute Minderheiten versuchen der schweigenden Masse, ihre Ideologien aufzuzwingen - an beiden Rändern des politischen Spektrums.“

Insbesondere konservative Meinungen scheinen aus Sicht einiger Befragter schnell als „rechts“ diffamiert zu werden. So berichten einzelne Rückmeldungen von einer vermeintlichen Verschiebung des Meinungsspektrums nach links:

„Deutsch sein wird schon als rechts betitelt, Antimainstream ist schon rechts, eine gesunde Mitte ist schon rechts, Demokratie und Antidemokratie wird vertauscht (ich bin nicht in Deutschland geboren) es wird oft zu extrem links gehandelt, und jeder gleich als rechter diffamiert, der sich Ungerechtigkeit nicht gefallen lässt.“

„Konservative und rechte Meinungen werden unterdrückt bzw. wenn man sie ausspricht wird man ins Abseits gestellt, als Extremist oder Nazi beschimpft o.ä.“

Insgesamt gaben 308 Befragte an, bereits Ausgrenzung oder Diskriminierung aufgrund ihrer politischen Meinung erfahren zu haben.²⁰ Hier wurde in der offenen Antwortmöglichkeit die Ausgrenzung politisch linker Positionen als auch dezidiert die Mitgliedschaft in der AfD als Anlass für Ausgrenzung genannt.²¹ Darüber hinaus wurde in sieben Fällen berichtet, aufgrund der Ablehnung der Corona-Maßnahmen ausgegrenzt worden zu sein.

²⁰ Die Frage nach Ausgrenzung aufgrund politische Meinung wurde in der Onlinebefragung im Rahmen der allgemeinen Erhebung von Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen gestellt. Siehe hierzu ausführlicher Kapitel 3.2.

²¹ vgl. 5.

Die Auswertung nach Teilgruppen zeigt deutliche Unterschiede. Bei Männern stellt die Ausgrenzung aufgrund politischer Meinung den am häufigsten genannten Grund dar. Zudem wurde die Form der Ausgrenzung aufgrund von politischer Meinung mit über 49 % besonders häufig von Teilnehmenden aus dem Nordkreis ausgewählt. Ebenfalls überdurchschnittlich ist dieser Wert auch in der Teilgruppe Südkreis mit fast 48 %. Unterdurchschnittlich wurde diese Ausprägung von Teilnehmenden aus der Stadt Gifhorn benannt (36,4 %). Während die Teilnehmenden über 65 nur zu knapp 33 % diesen Diskriminierungsgrund genannt haben, taten dies fast 47 % der jungen Erwachsenen. Insgesamt wird damit deutlich, dass die Wahrnehmung politischer Ausgrenzung vor allem bei männlichen Befragten aus eher ländlichen Teilregionen bis zum Alter von 65 Jahren ausgeprägt ist.

Ausgrenzung wegen politischer Meinung. Auswertung nach Teilgruppen

		N =	In %
Gesamt		743	41,45
Region	Nordkreis	174	49,43
	Gifhorn	253	36,36
	Südkreis	317	47,63
Geschlecht	Weiblich	357	33,89
	Männlich	338	41,64

		N =	In %
Alter	Alter 18 - 26	45	46,67
	Alter 27 - 65	589	41,94
	Alter 66 +	88	32,95

Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

Abdriften in antidemokratische Denkweisen

Fast 55 % der Umfrageteilnehmer*innen sehen das **Abdriften in antidemokratische Denkweisen** als große Herausforderung an. Unter antidemokratischen Denkweisen werden dabei Einstellungen verstanden, die grundlegende Prinzipien der demokratischen Ordnung infrage stellen oder ablehnen, wie beispielsweise die Gleichwertigkeit aller Menschen, politische Pluralität, rechtsstaatliche Verfahren oder die Legitimität demokratischer Institutionen und Entscheidungsprozesse. Diese Herausforderung korrespondiert mit dem bereits beschriebenen Vertrauensverlust in Politik und Behörden.

Mit Blick auf die Regionen ergeben sich keine deutlichen Abweichung vom kreisweiten Durchschnitt. Deutliche Unterschiede ergeben sich jedoch nach Geschlecht: Während fast 64 % der Frauen das Abdriften in antidemokratische Denkweisen als Herausforderung benennen, liegt der Anteil bei Männern mit etwas mehr als 48 % deutlich darunter. Auch in Bezug auf die Antworten nach Aufenthaltsdauer zeigen sich deutliche Abweichungen: Personen, die weniger als fünf Jahre im Landkreis leben, stimmen dieser Einschätzung unterdurchschnittlich zu, während Befragte mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als 20 Jahren das Item mit über 56 % überdurchschnittlich häufig auswählen.

Bei jungen Erwachsenen wird das Abdriften in antidemokratische Denkweisen mit fast 63 % fast so

Immer mehr Menschen driften in antidemokratische Denkweisen ab. Auswertung nach Teilgruppen

		N =	In %
Gesamt		1.416	54,52
Region	Nordkreis	331	55,29
	Gifhorn	471	54,56
	Südkreis	615	54,31
Geschlecht	Weiblich	616	63,64
	Männlich	697	48,06
Aufenthaltsdauer	Aufenthalt u5	52	55,77

		N =	In %
Aufenthaltsdauer	Aufenthalt 5 - 9	97	52,58
	Aufenthalt 10 - 19	171	51,46
	Aufenthalt ü20	496	56,45
	i. LK geboren	575	54,26
Alter	Alter 18 - 26	62	62,90
	Alter 27 - 65	1.106	52,35
	Alter 66 +	208	64,9

Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

hoch eingeschätzt wie von den weiblichen Teilnehmenden der Befragung. Die höchste Sorge äußern jedoch Befragte ab 65 Jahren; hier liegt der Zustimmungswert bei fast 65 %.

Die Auswertung der offenen Antwortmöglichkeit zeigt, dass Demokratie von einigen Befragten weniger als Wert an sich angesehen, sondern ggf. selbst als Problem wahrgenommen wird. Ein Aspekt hierbei ist das Framing der Demokratie als grundsätzlich defizitär oder antidemokratisch, ein Argumentationsmuster, das auch in demokratiefeindlichen und rechtsextrem beeinflussten Diskursen anzutreffen ist.²² Ein weiteres, sehr prägnantes Zitat aus den offenen Antworten der Online-Bürger*innenbefragung zeigt die Ablehnung von Demokratie sehr deutlich:

„Demokratie ist nur ein Wort um Zwiespalt herbeizuführen. Leben tut es keiner mehr.“

In anderen offenen Antworten werden antidemokratische Tendenzen zudem bestimmten gesellschaftlichen oder kulturellen Gruppen zugeschrieben, etwa durch Verweise auf „Islamismus“ im Zusammenhang mit Muslim*innen oder durch die Annahme einer Nähe zu rechtem Gedankengut bei Personen mit russlanddeutscher Migrationsgeschichte. Hier müsse aus Sicht der Befragten eine differenzierte Auseinandersetzung erfolgen.

Sozialer Zusammenhalt vs. Konfliktlinien im Landkreis bzgl. der Vielfalt der Bevölkerung

Knapp 49 % der Befragten sehen den **Kontakt und Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft** als wichtige Herausforderung.

„Menschen unterschiedlicher Herkunft, Bildung und Ansichten haben zu wenig Kontakt untereinander, Toleranz anderen gegenüber kann nur durch gemeinsamen Kontakt erzielt werden.“

²² vgl. Kapitel 5.

Bei Betrachtung der regionalen Teilgruppen ergeben sich zum Teil deutliche Abweichungen. Während im Nordkreis knapp 47 % diese Antwortmöglichkeit gewählt haben, liegt der Anteil in der Stadt Gifhorn bei etwas über 52 %. Im Südkreis wird diese Herausforderung von knapp 48 % der Befragten gesehen. Auch zwischen männlichen und weiblichen Teilnehmenden zeigen sich deutliche Unterschiede: Während knapp 59 % der Frauen den Kontakt und Austausch als besondere Herausforderung benennen, sind es bei den Männern nur etwas mehr als 42 %.

Auch nach Aufenthaltsdauer der Befragten im Landkreis Gifhorn ergeben sich deutliche Abweichungen vom kreisweiten Durchschnitt. Personen, die weniger als fünf Jahre im Landkreis leben, wählen dieses Item mit etwas mehr als 44 % vergleichsweise selten. Deutlich häufiger wird es von Personen benannt, die seit fünf bis neun Jahren im Landkreis leben (knapp 54 %). Etwas geringer, aber weiterhin überdurchschnittlich, ist der Anteil bei den seit zehn bis 19 Jahren im Landkreis lebenden Befragten mit etwas über 52 %. Die im Landkreis Geborenen sehen den Kontakt und Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft mit etwas mehr als 48 % leicht unterdurchschnittlich als Herausforderung.

Gerade Neuzugezogene in den Landkreis könnten – sofern sie frühzeitig in bestehende Gemeinschaften einbezogen werden – eine wichtige Ressource für den sozialen Zusammenhalt darstellen. Gleichzeitig wird jedoch in Gesprächen mit Expert*innen darauf hingewiesen, dass das Ankommen im Landkreis nicht immer einfach ist:

„Im Landkreis Gifhorn ist das aber nicht so einfach, ‚anzukommen‘.“

Als eine Ursache wird dabei gesehen, dass gewachsene soziale Netzwerke und Vereinsstrukturen für Neuzugezogene teilweise schwer zugänglich sind.

Bei der Betrachtung nach Alter zeigt sich, dass die Altersgruppen der 18- bis 26-Jährigen sowie der 27- bis 64-Jährigen dieses Item unterdurchschnittlich häufig auswählen. Deutlich über dem kreisweiten Durchschnitt liegt hingegen der Anteil bei den Teilnehmenden ab 66 Jahren mit über 58 %. Damit wird der fehlende Kontakt und Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft insbesondere von älteren Befragten als relevante Herausforderung wahrgenommen.

Zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft fehlt oft der Kontakt und der Austausch

		N =	In %
Gesamt		1.416	48,87
Region	Nordkreis	331	46,53
	Gifhorn	471	52,02
	Südkreis	615	47,54
Geschlecht	Weiblich	616	58,60
	Männlich	697	42,47
Aufenthaltsdauer	Aufenthalt u5	52	44,23

		N =	In %
Aufenthaltsdauer	Aufenthalt 5 - 9	97	53,61
	Aufenthalt 10 - 19	171	52,05
	Aufenthalt ü20	496	48,39
	i. LK geboren	575	47,65
Alter	Alter 18 - 26	62	45,16
	Alter 27 - 65	1.106	47,65
	Alter 66 +	208	58,17

In den offenen Antworten der Befragung wurde darauf hingewiesen, dass im Landkreis sehr viele Spätaussiedler*innen aus der ehemaligen Sowjetunion leben, von denen sich ein Teil in verschiedenen freikirchlichen Gemeinden organisiert. Wiederum ein Teil dieser Gemeinden gestaltet ihr Gemeindeleben sehr zurückgezogen.

„Es gibt eine große Anzahl Russlanddeutscher (z.B. Baptisten und religiöse Gruppen), die in einer ‚Parallelgesellschaft‘ leben. Sie sehen russisches Staatsfernsehen und werden dadurch stark beeinflusst. Obwohl sie selbst große Unterstützung durch den deutschen Staat erlebt haben, sind viele von ihnen gegen Zuwanderung.“

Diese Einschätzung wird auch von Seiten der Expert*innen bestätigt.

Die Frage des Kontakts und des Austausches hängt eng zusammen mit dem **sozialen Zusammenhalt im Landkreis**, der von knapp 42 % der Umfrageteilnehmenden als eine große Herausforderung gesehen wird. In einer Gesellschaft mit hoher Kohäsion²³ gelingt der Kontakt und Austausch zwischen allen Gruppen leichter. Deutlich werden in der Betrachtung nach Teilgruppen zum Teil deutliche Abweichungen vom kreisweiten Durchschnitt. Während gerade von Teilnehmenden aus dem Nordkreis hier ein großes Problem gesehen wird, wird dies auch in ähnlicher prozentualer Verteilung von Frauen, Menschen die zwischen fünf und neun Jahren im Landkreis wohnen, den im Landkreis Geborenen gesehen. Besonders hoch ist das Item bei den jungen Erwachsenen ausgeprägt, aber auch die Teilnehmenden zwischen 27 und 65 Jahren sehen hier überdurchschnittlich häufig eine Herausforderung. Besonders selten wird der schwächer werdende soziale Zusammenhalt von den Teilnehmenden ab 66 als Problem gesehen.

Der Zusammenhalt der Menschen im Landkreis wird schwächer. Auswertung nach Teilgruppen

		N =	In %
Gesamt		1.416	41,53
Region	Nordkreis	331	45,02
	Gifhorn	471	40,13
	Südkreis	615	40,81
Geschlecht	Weiblich	616	44,19
	Männlich	697	37,82
Aufenthaltsdauer	Aufenthalt u5	52	30,77

		N =	In %
Aufenthaltsdauer	Aufenthalt 5 - 9	97	44,33
	Aufenthalt 10 - 19	171	38,60
	Aufenthalt ü20	496	39,52
	i. LK geboren	575	44,87
Alter	Alter 18 - 26	62	46,77
	Alter 27 - 65	1.106	43,67
	Alter 66 +	208	29,33

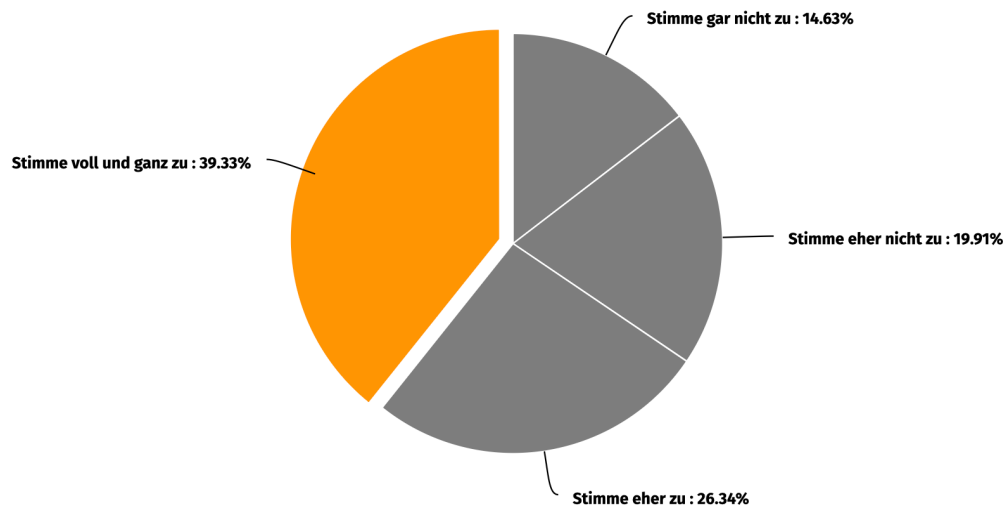
Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

Ein weiterer Indikator für ein gelingendes Zusammenleben ist die Toleranz gegenüber Vielfalt in einer Gesellschaft. In der Einstellungsabfrage „**Ich finde es gut, dass in Deutschland Menschen mit vielen verschiedenen Hintergründen zusammenleben.**“ wurde der Grad der Zustimmung zu dieser Aussage abgefragt. Knapp 66 % stimmen der Aussage „voll und ganz zu“ oder „eher zu“.

²³ hier verstanden als ein „innerer Zusammenhalt von Mitgliedern eines sozialen Gebildes“ (Reinhold 1997: 337)

Etwas mehr als ein Drittel der Befragten stimmen dieser Aussage im Umkehrschluss gar nicht oder eher nicht zu.

Aussage: Ich finde es gut, dass in Deutschland Menschen mit vielen verschiedenen Hintergründen zusammenleben. n = 1.401

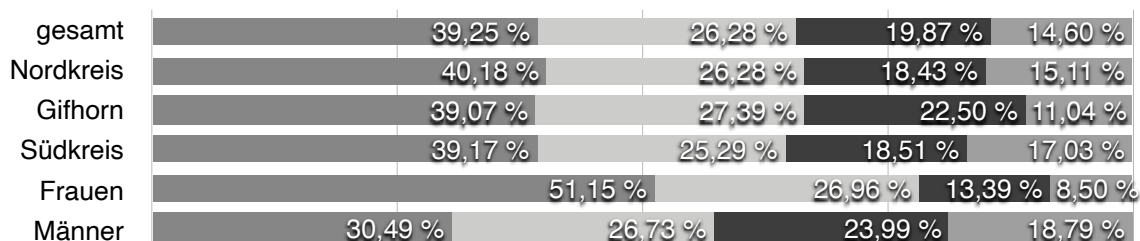


Quelle: Online-Bürger*innenbefragung LK Gifhorn 2025

Deutliche Unterschiede zeigen sich hier beim Blick auf das Geschlecht. Während Frauen der Aussage überwiegend zustimmen, ist die Ablehnung bei Männern deutlich stärker ausgeprägt. So stimmen über 51 % der weiblichen Befragten der Aussage voll und ganz und weitere knapp 27 % eher zu. Bei den männlichen Teilnehmenden liegt der Anteil der vollen Zustimmung hingegen bei rund 30 %, weitere knapp 27 % stimmen eher zu. Die insgesamt stärkste Ablehnung findet sich bei den männlichen Teilnehmenden, von denen fast 43 % der Aussage eher nicht oder gar nicht zustimmen.

Zudem fällt auf, dass der Anteil der ablehnenden Haltungen im Südkreis regional am ausgeprägtesten ist: Die Befragten aus dieser Region des Landkreises stimmen diese Aussage zu knapp 36 % eher nicht oder gar nicht zu.

Aussage: Ich finde es gut, dass in Deutschland Menschen mit vielen verschiedenen Hintergründen zusammenleben. nach Teilgruppen



■ stimme voll und ganz zu ■ stimme eher zu ■ stimme eher nicht zu ■ stimme gar nicht zu

Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

Vor dem Hintergrund eines Anteils von 26,8 % an Menschen mit Migrationsgeschichte im Landkreis kommt der Frage der Akzeptanz unterschiedlicher Hintergründe für den sozialen Zusammenhalt in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft eine besondere Bedeutung zu.

In den offenen Antworten wird der Begriff „Vielfalt“ insgesamt neunmal aufgegriffen. Dabei zeigt sich häufig eine Verschränkung mit dem Diskurs um Recht und Ordnung.

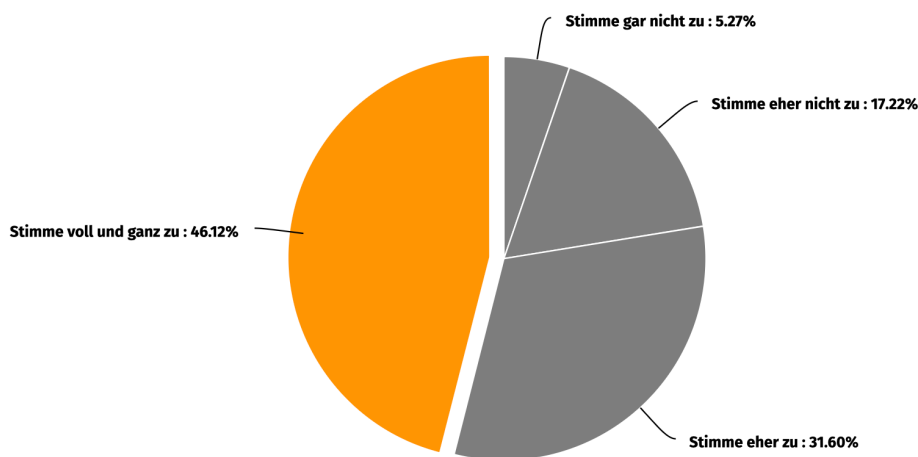
„Zu wenige Menschen setzen sich für die Durchsetzung und Einhaltung geltender Gesetze und stattdessen für ‚Vielfalt‘ ein.“

„Zur Vielfalt gehört auch, dass unsere Gesetze eingehalten werden.“

Gerade Befragte, die der zuvor genannten Aussage eher nicht oder gar nicht zustimmen, verbinden mit gesellschaftlicher Vielfalt möglicherweise die Erwartung einer (vollständigen) Anpassung zugewanderter Menschen an die eigene Kultur- und Lebensweise. Diese Haltung wurde mit der Aussage **„Wer in Deutschland lebt, sollte sich an unsere Kultur und Lebensweise vollständig anpassen.“** erhoben.

Fast 78 % der Befragten stimmen dieser Aussage voll und ganz oder weitgehend zu. Umgekehrt lehnen 22 % der Teilnehmenden – und damit etwas mehr als ein Fünftel – die Vorstellung einer vollständigen Anpassung eher ab oder stimmen ihr gar nicht zu. Somit stellt für die große Mehrheit der Befragten eine vollständige Anpassung an die in Deutschland vorherrschende Kultur- und Lebensweise einen geeigneten Ansatz dar, um die Kohäsion in der Gesellschaft zu verbessern.

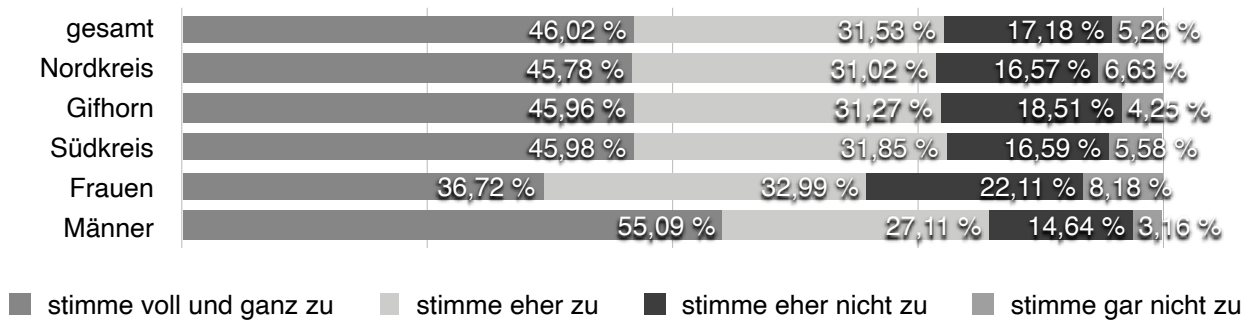
Aussage: Wer in Deutschland lebt, sollte sich an unsere Kultur und Lebensweise vollständig anpassen. n = 1.405



Quelle: Online-Bürger*innenbefragung LK Gifhorn 2025

Regional zeigen sich kaum Abweichungen vom Gesamtdurchschnitt. Deutliche Unterschiede bestehen hingegen nach Geschlecht: Männer stimmen der Aussage zu 82 % voll und ganz oder eher zu, während die Zustimmung bei Frauen deutlich geringer ausfällt.

Aussage: Wer in Deutschland lebt, sollte sich an unsere Kultur und Lebensweise vollständig anpassen. nach Teilgruppen



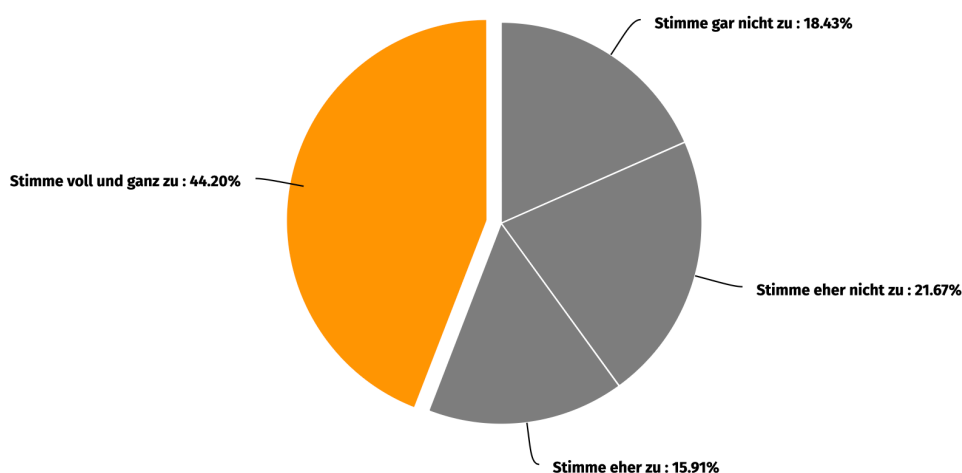
Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

In 17 offenen Antworten findet sich neben einem Bezug auf die Sprache und einer räumlichen Segregation vor allem Verschränkungen mit der Wertedebatte. So wird von mehreren Befragten in der offenen Antwortmöglichkeit beklagt, dass sie ihre eigenen Werte nicht mehr leben könnten oder ihre Werte zu verschwinden drohen.

„Wir müssen uns zunehmend anpassen und werden in unseren Werten eingeschränkt. Integration schlägt fehl.“

Bei der Bewertung der Aussage **„Ich habe Angst, dass sich Deutschland durch Zuwanderung zu sehr verändert.“** wird die Sorge der Bevölkerung im Landkreis Gifhorn vor einer zu starken Veränderung der Gesellschaft deutlich. So stimmen dieser Aussage über 60 % der Befragten voll und ganz bzw. eher zu.

Aussage: Ich habe Angst, dass sich Deutschland durch Zuwanderung zu sehr verändert. n = 1.389



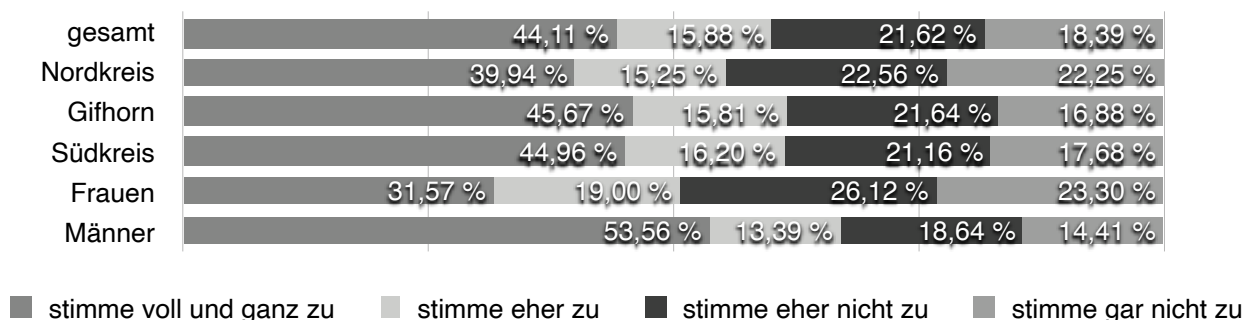
Quelle: Online-Bürger*innenbefragung LK Gifhorn 2025

29 | Situations- und Ressourcenanalyse PfD LK Gifhorn

In den Teilgruppen nach Regionen zeigen sich im Nordkreis deutliche Abweichungen vom Kreisdurchschnitt. Dort stimmen nur etwas mehr als 55 % der Befragten der Aussage voll und ganz oder eher zu; entsprechend ist der Anteil ablehnender Haltungen überdurchschnittlich hoch.

Auch nach Geschlecht zeigen sich erneut Unterschiede. Frauen stimmen der Aussage deutlich seltener zu als Männer. Während der Anteil der Zustimmung (eher + voll und ganz) bei den Frauen bei knapp 51 % liegt, beträgt er bei den Männern rund 67 %. Die Sorge vor einer Veränderung Deutschlands durch Zuwanderung ist damit bei männlichen Befragten deutlich stärker ausgeprägt als bei weiblichen.

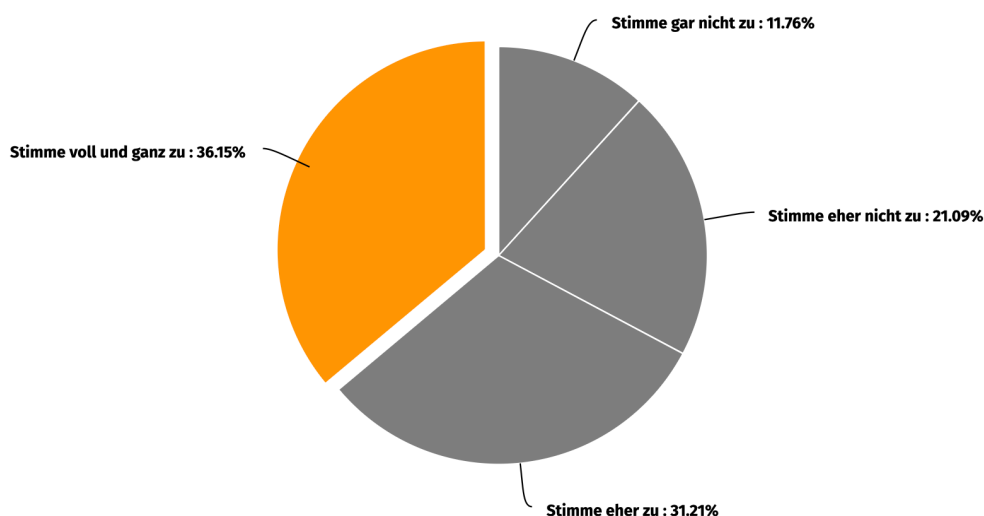
Aussage: Ich habe Angst, dass sich Deutschland durch Zuwanderung zu sehr verändert. nach Teilgruppen



Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

Die Einstellungsfrage „**Ich finde es wichtig, dass Minderheiten in unserer Gesellschaft gezielt unterstützt werden.**“ zeigt eine mehrheitliche Zustimmung aber um Umkehrschluss auch eine nicht unbedeutende Ablehnung. So stimmen dieser Aussage über zwei Drittel der Befragten voll und ganz bzw. eher zu. Allerdings stimmen ein Drittel der Bevölkerung dieser Aussage eher nicht oder gar nicht zu.

Aussage: Ich finde es wichtig, dass Minderheiten in unserer Gesellschaft gezielt unterstützt werden. N = 1.394

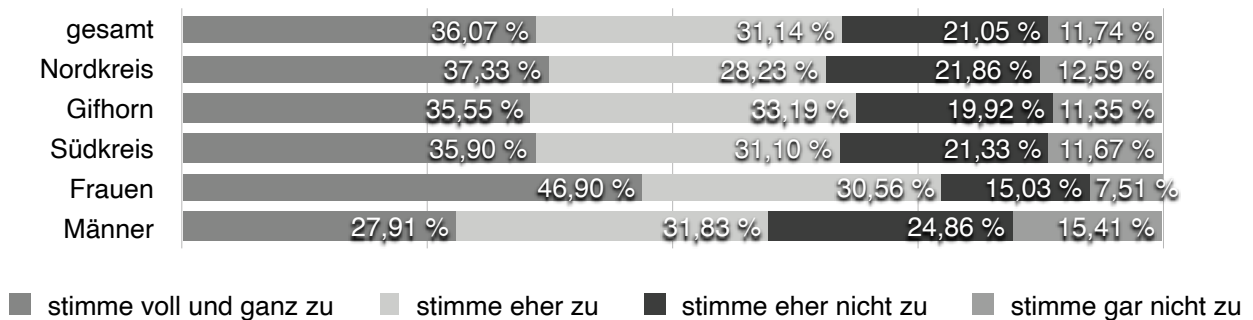


Quelle: Online-Bürger*innenbefragung LK Gifhorn 2025

30 | Situations- und Ressourcenanalyse Pfd LK Gifhorn

Betrachtet man die Antworten nach Teilgruppen, so ergeben sich regional kaum größere Unterschiede. Der Anteil der Befragten aus Gifhorn stimmt dieser Aussage etwas häufiger voll und ganz bzw. eher zu. Während die Frauen zu etwas mehr als 77 % der Aussage voll und ganz bzw. eher zustimmen, liegt dieser Anteil bei den Männern mit knapp 60 % deutlich darunter. Vor allem der Anteil derjenigen Männer, die dieser Aussage voll und ganz zustimmen liegt mit knapp 28 % sehr deutlich unter dem kreisweiten Durchschnitt und noch deutlicher unter dem Anteil der Frauen, die dieser Aussage voll und ganz zustimmen.

Aussage: Ich finde es wichtig, dass Minderheiten in unserer Gesellschaft gezielt unterstützt werden. nach Teilgruppen

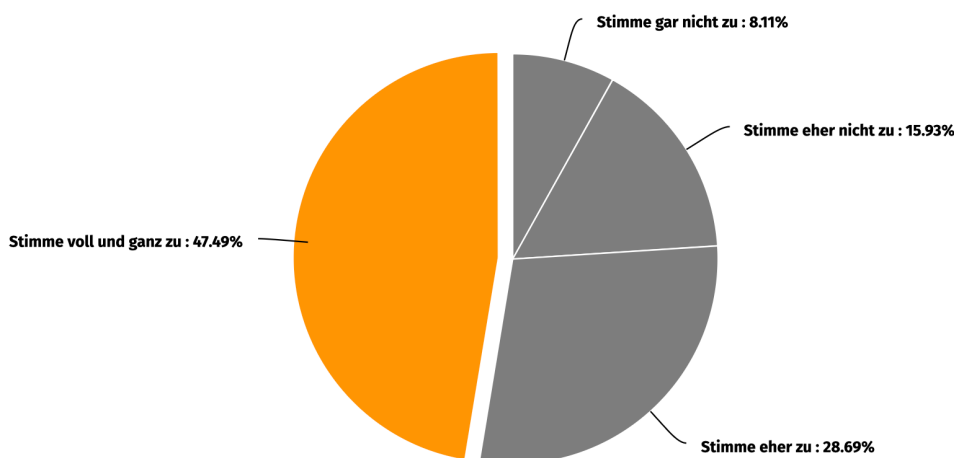


Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

Der Aussage „**Alle Menschen, die hier leben, sollen die gleichen Chancen und Rechte haben - egal woher sie kommen.**“ stimmen über 76 % der Befragten voll und ganz oder eher zu.

Damit wird insgesamt ein hoher Grad an Zustimmung zu gleichberechtigter Teilhabe und formaler Gleichstellung deutlich. Gleichzeitig lehnt etwa ein Viertel der Befragten diese Aussage eher ab oder stimmt ihr gar nicht zu.

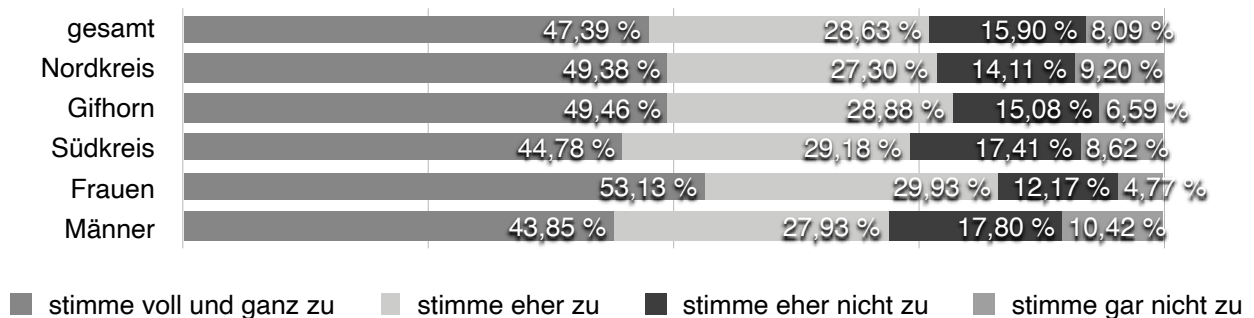
Aussage: Alle Menschen, die hier leben, sollen die gleichen Chancen und Rechte haben - egal woher sie kommen. N = 1.394



Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

Regional ausgewertet, ergeben sich hier überdurchschnittliche Zustimmungswerte im Nordkreis (etwas mehr als 76 %) und in der Stadt Gifhorn (rund 78 %). Deutliche Unterschiede zeigen sich zudem nach Geschlecht: Frauen stimmen der Aussage mit etwas über 83 % deutlich häufiger voll und ganz oder eher zu als Männer, bei denen der Zustimmungsanteil bei knapp 72 % liegt.

Aussage: Alle Menschen, die hier leben, sollen die gleichen Chancen und Rechte haben - egal woher sie kommen. nach Teilgruppen



Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

In den offenen Antworten wird die Ablehnung einer Gleichstellung aller Menschen häufig im Zusammenhang mit Verlustängsten thematisiert. In mehreren Rückmeldungen wird das Zusammenleben explizit vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Unsicherheiten beschrieben, insbesondere im Zusammenhang mit der aktuellen Entwicklung der Automobilindustrie:

„Die Menschen verarmen zunehmend und nehmen nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teil. Hinzu kommt individueller Rückzug aus Frustration, Wut und Enttäuschung.“

Die starke Abhängigkeit vom Volkswagen-Konzern – sowohl durch direkte Beschäftigung bei VW als auch durch Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie – wird vor diesem Hintergrund als Auslöser erheblicher Zukunftsängste beschrieben. Diese Unsicherheiten würden nach Einschätzung der Befragten von Akteur*innen aus dem rechtspopulistischen bis rechtsextremen Spektrum aufgegriffen und verstärkt.²⁴

Entsprechend bestätigt sich dieser Zusammenhang auch in der Auswertung der Teilgruppe Südkreis.

In einigen Aussagen wird zudem ein Zusammenhang zur Zuwanderung hergestellt. In 18 Antworten wird eine hohe Belastung der Sozialsysteme durch Zuwanderung beobachtet:

„Man gibt Geld lieber für Fremde aus als für Einheimische.“

„Man sollte erstmal ans eigene Volk denken, dann wollen und können die eigenen Bürger auch helfen.“

Darüber hinaus wird in einzelnen offenen Antworten die (gefühlte) innere Sicherheit angesprochen, die aus Sicht der Befragten „wiederhergestellt“ werden müsse.

²⁴ vgl. Expert*inneninterviews

3.1.3 Zusammenfassung und Zwischenfazit

In der Zusammenschau aus Expert*inneninterviews und Online-Bürger*innenbefragung zeigen sich mehrere wiederkehrende Muster: Ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber politischen und administrativen Institutionen, eine als zunehmend polarisiert wahrgenommene Debattenkultur sowie Spannungen im Kontext von Vielfalt und Zugehörigkeit.

Als häufigste Problemlage wird in der Online-Befragung der Vertrauensverlust in Politik und Behörden benannt. Diese Einschätzung wird durch Einstellungssitems gestützt, die auf eine verbreitete Wahrnehmung politischer Entscheidungen „über die Köpfe hinweg“ hinweisen. In den offenen Antworten wird dieser Vertrauensverlust teils stark zugespitzt und mit Erwartungen an „Recht und Ordnung“, mit der Verwendung öffentlicher Mittel sowie mit konkreten lokalen Beispielen (z. B. Wohnungspolitik, Durchsetzung kommunaler Regelungen) verknüpft. Expert*innen bestätigen diesen Befund insofern, als sie einen Bedarf an verständlicher Information, an nachvollziehbarer Begründung politischer Entscheidungen und an mehr Transparenz im politischen Entscheidungsprozess hervorheben.

Eng damit verbunden ist der von vielen Befragten wahrgenommene Rückgang einer sachlichen Diskussionskultur. In der Online-Befragung wird mehrheitlich beschrieben, dass es schwieriger werde, sich auf gemeinsame Fakten zu einigen und respektvoll miteinander zu sprechen. Expert*innen rahmen diese Entwicklung als Ausdruck einer politischen Polarisierung. Diese gehe mit einem Klima einher, in dem Menschen zögern, sich öffentlich zu engagieren oder „Gesicht zu zeigen“, weil Anfeindungen befürchtet werden. Damit deutet sich eine Problemlage an, die nicht nur die Qualität öffentlicher Debatten betrifft, sondern auch konkrete Folgen für Engagement und Teilhabe haben kann.

Eine weitere, häufig benannte Sorge ist das Abdriften in antidemokratische Denkweisen. In offenen Antworten zeigt sich, dass Demokratie teilweise nicht mehr als selbstverständlicher Wert, sondern als dysfunktional oder konflikterzeugend wahrgenommen wird. Diese Einschätzungen korrespondieren mit einer insgesamt hohen Verunsicherung sowie mit Verlust- und Kontrollängsten, die sowohl von Expert*innen als auch von Befragten beschrieben werden. Besonders in wirtschaftlich unsicheren Zeiten scheinen diese Unsicherheiten einen Resonanzraum für vereinfachende Deutungen gesellschaftlicher Entwicklungen zu bieten. Diese Beobachtungen decken sich mit sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen, wonach wahrgenommene Krisen-, Bedrohungs- oder Kontrollverlusterfahrungen das Bedürfnis nach Orientierung, Zugehörigkeit und klaren Erklärungsmustern verstärken können und die Anfälligkeit für vereinfachende Schuldzuschreibungen sowie autoritäre oder ausgrenzende Deutungsangebote zunimmt.²⁵

Im Themenfeld Vielfalt, Zugehörigkeit und sozialer Zusammenhalt ergibt sich ein ambivalentes Bild. Einerseits stimmen große Teile der Befragten Aussagen zu, die auf Gleichberechtigung und eine grundsätzlich positive Haltung zu Vielfalt hinweisen (z.B. gleiche Rechte und Chancen). Andererseits ist die Ablehnung gegenüber Vielfalt und Minderheitenanliegen deutlich sichtbar: Ein nicht unerheblicher Teil lehnt Vielfalt in Einstellungssitems ab oder befürwortet die vollständige Anpassung an die deutsche Kultur. In offenen Antworten wird „Vielfalt“ zudem wiederholt mit dem Diskurs um Recht, Ordnung und Regelbefolgung verknüpft. Auch die Expert*innen verweisen auf eine abnehmende gegenseitige Toleranz und beobachten Anfeindungen im Alltag, insbesondere

²⁵ Greenberg, Pyszczynski & Solomon (2015): *The Worm at the Core. On the Role of Death in Life*. New York: Random House.

gegenüber LGBTQI+-Personen; Symbole wie die Regenbogenflagge werden als sichtbare Konfliktmarker beschrieben.

Auffällig sind zudem systematische Unterschiede zwischen Teilgruppen. Über mehrere Einstellungssitems hinweg zeigen sich bei männlichen Befragten deutlich häufiger ablehnende oder skeptische Haltungen gegenüber Vielfalt, höhere Zustimmung zu Assimilationsvorstellungen sowie stärkere Sorgen vor gesellschaftlicher Veränderung durch Zuwanderung. Dieses Muster tritt nicht nur punktuell auf, sondern wiederholt sich in verschiedenen Themenfeldern. Regional lassen die Ergebnisse auf unterschiedliche Schwerpunktlagen schließen: Der Südkreis weist in mehreren Items eine stärkere Problemanzeige beim Vertrauensverlust sowie häufiger ablehnende Haltungen gegenüber Vielfalt auf; zugleich werden in offenen Antworten wirtschaftliche Unsicherheiten und Zukunftsängste – insbesondere im Kontext der Automobilindustrie – als Deutungsrahmen genannt. Der Nordkreis fällt demgegenüber in mehreren Vielfalt-Items eher durch geringere Veränderungsängste auf, während hier der nachlassende soziale Zusammenhalt häufiger als Problem benannt wird. Altersbezogen zeigen ältere Befragte häufiger Sorgen vor antidemokratischen Entwicklungen sowie vor fehlendem Austausch zwischen Gruppen; junge Erwachsene nehmen Vertrauensverlust seltener als Hauptproblem wahr, benennen jedoch überdurchschnittlich häufig einen schwächer werdenden sozialen Zusammenhalt.

Darüber hinaus wird in den Erhebungen wiederholt auf die russlanddeutsche Community im Landkreis verwiesen. Von Seiten der Expert*innen wird insbesondere auf eine ausgeprägte soziale Abschottung einzelner freikirchlicher Gemeinden hingewiesen. In diesem Zusammenhang wird darauf aufmerksam gemacht, dass Teile dieser Bevölkerungsgruppe als empfänglicher für rechtspopulistische Deutungsmuster wahrgenommen werden. Als mögliche Erklärung werden unter anderem verunsicherte Identitätslagen insbesondere in der zweiten und dritten Generation sowie stark traditionalisierte Rollenbilder benannt.

Insgesamt legt die vorliegende Datenlage nahe, Demokratieförderung stärker zielgruppenspezifisch und sozialräumlich zu denken: Transparenz und nachvollziehbare Kommunikation politischer Entscheidungen sollten gestärkt, niedrigschwellige Dialog- und Kontaktformate ausgebaut und insbesondere Männer als zentrale Zielgruppe in der Ansprache stärker berücksichtigt werden. Gleichzeitig sollten wirtschaftliche Zukunftsfragen als eigenständige Strukturthemen bearbeitet werden, damit gesellschaftliche Unsicherheiten nicht einseitig auf Zuwanderung oder Vielfalt projiziert werden.

3.2 Diskriminierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Diskriminierung ist eine Ungleichbehandlung oder Abwertung bestimmter Menschengruppen, die zu einer gesellschaftlichen Benachteiligung führt²⁶. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) geht darüber hinaus von einer Ungleichwertigkeit von Menschen aus und zeigt sich nach Andreas Zick „in Stereotypen, Vorurteilen, rassistischen Ideologien und Feindseligkeiten gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten – Gruppen mit wenig Einfluss, die oft herabgewürdigt, herabgesetzt und ausgegrenzt werden.“²⁷

²⁶ vgl. Scherr: 2016: Diskriminierung/ Antidiskriminierung - Begriffe und Grundlagen: <https://t1p.de/sn2lg>

²⁷ Zick, Andreas, Beate Küppers, Nico Mokros, Marco Eden (Hg.) 2025: 34

Das empirische Modell der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nach Zick u.a. formuliert vier zentrale sogenannte GMF-Facetten²⁸:

- **Rassismus:** „Der Rassismus umfasst negative, verallgemeinernde Einstellungen gegenüber Sinti:ze und Rom:nja, Muslimen, Flüchtlingen und Schwarzen Menschen, die als ‚hinzukommende Fremde‘ markiert und in Bezug auf vermeintlich ethnische, religiöse, nationale und kulturelle Merkmale und Motive ‚ihres‘ Handelns und Seins abgewertet werden.“²⁹
- **Antisemitismus:** „Der klassische Antisemitismus, wie er im GMF-Konzept erfasst wird, bezieht sich vor allem auf alte und tief verankerte Vorurteile gegen Jüdinnen und Juden, denen eine Mitschuld an den an ihnen begangenen Verfolgungen und Verbrechen gegeben wird.“^{30 31}
- **Hetero-/Sexismus:** „Darunter fallen Einstellungen, die Menschen allein aufgrund des ihnen zugeschriebenen oder sozialen Geschlechts beziehungsweise ihrer Sexualität benachteiligen und abwerten.“³²
- **Klassismus:** „Der Klassismus umfasst die Herabsetzung sowie Ausgrenzung bestimmter Gruppen aufgrund ihrer sozialen wie ökonomischen Lage, Position oder Herkunft.“³³

3.2.1 Einschätzung der Expert*innen

Zunahme des Alltagsrassismus

Mehrere Expert*innen berichten von einer Zunahme von Alltagsrassismus, der sich auch gegen Menschen richtet, die bereits in der dritten oder vierten Generation im Landkreis leben. Offene Anfeindungen im öffentlichen Raum würden zwar vergleichsweise selten beobachtet, diskriminierende Erfahrungen fänden jedoch häufig unterschwellig statt:

„Es wird viel von Alltagsanfeindungen und Mikroaggressionen berichtet (z.B. Alltagsrassismus, Queerfeindlichkeit), Viele Dinge die gar nicht an die Öffentlichkeit kommen. Die Menschen fühlen sich aber zunehmend unwohler.“

Aus Expert*innensicht treten Alltagsanfeindungen und Mikroaggressionen insbesondere im ländlichen Raum verstärkt auf. Die Abwanderung betroffener Personen in größere Städte sowie der gleichzeitige Verbleib eher konservativ eingestellter Bevölkerungsgruppen könnten dazu beitragen, dass sich konservative Sichtweisen in diesen Räumen weiter verfestigen. Darüber hinaus wird von den Expert*innen insgesamt ein hohes Maß an antimuslimischem Rassismus im Landkreis beobachtet.

²⁸ a.a.O.: 130

²⁹ a.a.O.: 131

³⁰ a.a.O.: 135

³¹ Darüber hinaus wird noch der sekundäre Antisemitismus und der israelbezogene Antisemitismus unterschieden, der für diese Untersuchung nur eine untergeordnete Rolle spielt.

³² a.a.O.: 136

³³ a.a.O.: 137

Strukturelle Diskriminierung von Geflüchteten

Aus Expert*innensicht sind Geflüchtete im Landkreis Gifhorn in besonderem Maße von struktureller Diskriminierung betroffen. Diese äußert sich weniger in offenen Ablehnungen als vielmehr in einem fehlenden Problembewusstsein für die Bedarfe von Geflüchteten, insbesondere von Kindern und Jugendlichen. So weist eine Expert*in darauf hin, dass unzureichende Investitionen in frühe Förderung, Bildung und Integration erhebliche soziale Folgewirkungen entfalten können, die bislang unterschätzt würden. Konkret wird kritisiert, dass relevante Grundlagen für eine bedarfsgerechte Planung teilweise nicht systematisch erhoben werden, etwa im Hinblick auf vorhandene Angebote für Deutsch als Fremdsprache an Schulen. Dies verkenne die demografischen und gesellschaftlichen Realitäten der kommenden Jahrzehnte. Zwar existieren einzelne Projekte, etwa im vorschulischen Bereich oder im Übergang Schule, diese seien jedoch stark von externer Förderung abhängig und könnten strukturelle Defizite nicht dauerhaft kompensieren.

Als problematisch wird zudem eine verbreitete Haltung beschrieben, die Migration primär als Problemursache begreife und dadurch notwendige Investitionen blockiere. Zentrale gesellschaftliche Herausforderungen – z.B. auf dem Wohnungsmarkt, im Bildungswesen, in der Gesundheitsversorgung oder im Rentensystem – würden verkürzt auf Migration zurückgeführt, anstatt sie als eigenständige strukturelle Aufgaben zu bearbeiten. In dieser Gemengelage entstünden Formen struktureller Benachteiligung, die die gleichberechtigte Teilhabe von Geflüchteten langfristig erschweren.

Wenige Migrant*innen in der Kommunalpolitik und im öffentlichen Dienst

Zudem gebe es eine Unterrepräsentation von Migrant*innen sowohl in der Kommunalpolitik als auch im öffentlichen Dienst. Als eine mögliche Ursache werden hohe sprachliche Anforderungen genannt, die insbesondere für politische Mandate sowie für bestimmte Tätigkeiten und Führungspositionen im öffentlichen Dienst vorausgesetzt werden und für potenzielle Interessierte Zugangshürden darstellen.

Darüber hinaus wird auf strukturelle Rahmenbedingungen im ländlichen Raum hingewiesen. Die eingeschränkte Taktung des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere in den Abendstunden, erschwert die Teilnahme an politischen Gremien, Sitzungen und weiteren Beteiligungsformaten. Dies wirkt sich insgesamt hemmend auf die politische Teilhabe aus und verstärkt bestehende Repräsentationsdefizite.

LGBTQI*+

Nach Ansicht der Expert*innen zeigt sich darüber hinaus eine zunehmende Intoleranz gegenüber der LGBTQI*+-Community. Als Beispiel wird unter anderem das Anbringen eines Hakenkreuzes am Schaufenster des queeren Zentrums genannt. Diese Einschätzung wird durch verschiedene offene Antworten der Online-Bürger*innenbefragung sowie durch Rückmeldungen aus den beiden Fokusgruppen „Jugendliche“ und „Bündnisse/Netzwerke“ gestützt.

3.2.2 Ergebnisse der Online-Bürger*innenbefragung

Die Online-Bürger*innenbefragung orientierte sich konzeptionell am Modell der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) nach Zick, beschränkt sich jedoch nicht ausschließlich auf dessen vier zentrale Facetten. Um Diskriminierungserfahrungen im Alltag möglichst umfassend

abzubilden, wurden darüber hinaus weitere Diskriminierungsgründe erhoben, die die klassischen GMF-Facetten inhaltlich erweitern. Hierzu zählen unter anderem Ausgrenzungen aufgrund politischer Meinung, Alter oder Behinderung (Ableismus). Diese zusätzlichen Items ermöglichen eine breitere Erfassung von Diskriminierungserfahrungen im Landkreis Gifhorn.

In der Online-Bürger*innenbefragung gaben insgesamt 645 Personen – und damit rund 45 % der Befragten – an, Diskriminierung selbst erlebt oder im eigenen Umfeld beobachtet zu haben. Weitere 151 oder knapp 11 % waren sich unsicher, ob es sich bei ihren Erfahrungen um Diskriminierung handelte.

Exkurs: Eigene Diskriminierungserfahrung

Diskriminierungserfahrungen gehören für viele Menschen in Deutschland zum Alltag. Der NaDiRa-Monitoringbericht 2025 zeigt, dass insbesondere rassistisch markierte Personen in hohem Maße von Diskriminierung betroffen sind. Damit sind Personen gemeint, die aufgrund zugeschriebener Merkmale wie Hautfarbe, Name, Sprache, Religion oder vermuteter Herkunft als „anders“ wahrgenommen werden und dadurch potenziell rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sind. Hierzu zählen beispielsweise Personen, die sich selbst als schwarz, asiatisch, muslimisch oder osteuropäisch beschreiben. Nicht rassistisch markierte Personen sind demgegenüber Personen, die solchen Zuschreibungen in der Regel nicht ausgesetzt sind. Sie können jedoch ebenfalls Diskriminierung erfahren, etwa aufgrund von Geschlecht, sozialer Lage, Alter, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Der NaDiRa-Bericht zeigt, dass unter rassistisch markierten Personen mehr als jede zweite Person (54 %) angibt, mindestens einmal im Monat Diskriminierung zu erfahren. Bei nicht rassistisch markierten Personen liegt dieser Anteil mit 32 % ebenfalls auf einem hohen Niveau.³⁴

Auch eine repräsentative Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes aus dem Jahr 2017 kommt zu dem Ergebnis, dass 35,6 % der Befragten in den letzten zwei Jahren Opfer von Diskriminierung geworden sind³⁵.

Die Online-Bürger*innenbefragung hatte den Fokus, die Sichtweise und Erfahrungen mit Diskriminierung im Landkreis Gifhorn zu ermitteln. Aus diesem Grund wurden im Folgenden die Ausprägungen „selbst erlebt“ oder „im Umfeld beobachtet“ zusammen ausgewertet. So kann ein Bild gezeichnet werden, wie Diskriminierung in der Gesellschaft stattfindet ohne auf Einzelfälle zu rekurrieren. Der Vergleich von Einzelfällen würde hier zu falschen Schlussfolgerungen verleiten, wenn in der Online-Bürger*innenbefragung 210 Personen oder fast 15 % eine eigene Diskriminierungserfahrung angegeben haben. Dieser Anteil liegt deutlich unterhalb der Ergebnisse der repräsentativen Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes von 2017 und dem NaDiRa Monitoringbericht aus 2025, die dezidiert nach Diskriminierungserfahrungen gefragt haben, als das in der Online-Bürger*innenbefragung möglich gewesen wäre.

Darüber hinaus sind eigene Diskriminierungserfahrungen stets subjektiv und methodisch schwer zu erfassen. Zum einen existiert bei den Befragten kein einheitliches Verständnis darüber, was als Diskriminierung gilt oder als solche empfunden wird. Zum anderen bleibt Diskriminierung häufig im Dunkelfeld, da sie mit Scham besetzt ist oder nicht offen thematisiert wird. Dies trägt dazu bei, dass unterschiedliche Studien zu Diskriminierungserfahrungen teils deutlich voneinander abweichende Ergebnisse aufweisen und nur begrenzt vergleichbar sind.

³⁴ NaDiRa Monitoringbericht 2025: 8

³⁵ vgl. Beigang u.a. 2017

Bei der vertiefenden Frage nach dem Diskriminierungsgrund wurden insgesamt 743 Nennungen in einer Mehrfachauswahl getätigt.

Ausgrenzungsgrund in absoluten Zahlen und Prozentwerten, n = 743

Ausgrenzungsgrund	Abso- lute Zahl	In %
Rassismus - wegen Herkunft oder Hautfarbe	398	53,57
Ausgrenzung wegen politischer Meinung	308	41,45
Ausgrenzung wegen Aussehen oder Kleidung	272	36,31
Sexismus - weil jemand eine Frau, ein Mann oder nicht-binär ist	231	31,09
Klassismus - weil jemand arm ist oder wenig Geld hat	219	29,48
Queer- und Transfeindlichkeit - wegen sexueller Orientierung oder weil jemand trans* ist	195	26,42
Ableismus - weil jemand eine körperliche oder geistige Beeinträchtigung hat	182	24,50
Islamfeindlichkeit - wegen der Zugehörigkeit zum Islam	142	19,11
Ausgrenzung wegen des Alters	141	18,98
Ausgrenzung von Wohnungslosen	123	16,55
Ausgrenzung von Arbeitslosen	87	11,71
Antisemitismus - wegen der Zugehörigkeit zum Judentum	50	6,73
Antiziganismus - weil jemand zur Gruppe der Roma oder Sinti gehört	40	5,38
Ich weiß nicht genau	54	7,27
Anderer Grund	73	9,83

Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

GMF-Facette Rassismus

Betrachtet man die Diskriminierungsgründe vor dem Hintergrund der Facetten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, lassen sich Diskriminierungen aufgrund von Herkunft und Hautfarbe, der Zugehörigkeit zum Islam sowie Antiziganismus der GMF-Facette Rassismus zuordnen.

Das Item Diskriminierung aufgrund von **Herkunft und Hautfarbe** wurde von 398 Personen bzw. 53 % derjenigen ausgewählt, die Diskriminierung selbst erfahren oder im Umfeld beobachtet haben. Auffällige Abweichungen zeigen sich insbesondere bei den Teilnehmenden aus dem Nordkreis, von denen über 56 % dieses Item benannten und damit deutlich über dem kreisweiten Durchschnitt liegen. Auch junge Erwachsene wählten dieses Item mit über 71 % überdurchschnittlich häufig, wobei aufgrund der geringen Fallzahl Vorsicht bei der Interpretation geboten ist.

Insgesamt deuten sowohl die Expert*inneninterviews als auch die offenen Antworten der Online-Befragung auf eine Zunahme von Alltagsrassismus hin. Zudem griffen etwa 30 Rückmeldungen im

Rahmen der offenen Antworten auf Narrative der neuen Rechten zurück und reproduzieren gruppenbezogene menschenfeindliche Deutungsmuster.

Islamfeindlichkeit wurde von knapp 19 % der Befragten benannt. Hier zeigen sich insgesamt nur geringe Abweichungen zwischen den Teilgruppen. **Antiziganismus** wurde mit 5,38 % vergleichsweise selten als Diskriminierungsgrund genannt und stellt im Landkreis Gifhorn ein Randphänomen dar.

GMF Facette Antisemitismus

Die GMF-Facette **Antisemitismus** wurde von rund 7 % der Befragten ausgewählt und kann auf Grundlage der vorliegenden Daten ebenfalls als Randphänomen betrachtet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass antisemitische Einstellungen und Erfahrungen aufgrund von Tabuisierung und geringer Sichtbarkeit im Alltag häufig schwerer zu erfassen sind. Inwiefern der klassische, sekundäre und israelbezogene Antisemitismus – über die Antworten der Befragten hinaus – im Landkreis ausgeprägt ist, müsste ggf. vertiefend untersucht werden.

GMF-Facette Klassismus

Deutlich häufiger wurde die GMF-Facette des **Klassismus** als Diskriminierungsgrund benannt. 36 % berichteten von Ausgrenzung aufgrund von Aussehen oder Kleidung, etwas mehr als 29 % aufgrund von Armut, fast 12 % aufgrund von Arbeitslosigkeit und knapp 17 % aufgrund von Wohnungslosigkeit. Klassistische Diskriminierung stellt damit ein weit verbreitetes Phänomen im Landkreis Gifhorn dar. Besonders häufig wurde Ausgrenzung wegen Aussehen oder Kleidung sowie wegen Armut von Teilnehmenden aus dem Nordkreis und von jungen Erwachsenen benannt. Diskriminierung aufgrund von Arbeitslosigkeit wurde insbesondere von Teilnehmenden aus der Stadt Gifhorn, von Personen mit kürzerer Aufenthaltsdauer im Landkreis sowie wiederum von jungen Erwachsenen ausgewählt.

GMF-Facette Hetero-/Sexismus

Die GMF-Facette **Hetero-/Sexismus** umfasst die Items Sexismus (31 %) sowie **Queer- und Transfeindlichkeit** (über 26 %) und wurde ebenfalls von vielen Befragten gewählt. Frauen sind mit über 40 % deutlich häufiger von Sexismus betroffen als Männer. Auch hier zeigt sich mit über 42 % eine überdurchschnittliche mittelbare oder unmittelbare Betroffenheit junger Erwachsener, während ältere Befragte ab 66 Jahren dieses Item mit 19 % deutlich seltener auswählten. Queer- und Transfeindlichkeit wird insbesondere von Teilnehmenden aus dem Nordkreis überdurchschnittlich häufig benannt.

In der Zusammenschau zeigen sich insbesondere für die GMF-Facetten Rassismus sowie Hetero-/Sexismus deutliche Schwerpunkte im Nordkreis. Zudem weist die Altersgruppe der jungen Erwachsenen über mehrere Facetten hinweg eine erhöhte Betroffenheit bzw. Sensibilität für Diskriminierung auf. Deutlich wird auch, dass männliche Befragte Diskriminierung insgesamt seltener benennen oder sie im Umfeld weniger wahrnehmen, was auf unterschiedliche Wahrnehmungs- und Sensibilisierungsniveaus hindeutet.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, diskriminierungssensible Angebote und Formate weiter auszubauen. Neben expliziten Bildungs- und Workshop-Angeboten können auch niedrigschwellige, antidiskriminierend gestaltete Maßnahmen dazu beitragen, Wahrnehmungen zu schär-

fen, Betroffene zu stärken und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Alltag entgegenzuwirken.

3.3 Spannungs- und konfliktreiche Orte im Landkreis

Im Rahmen der Erhebungen wurden verschiedene Orte und soziale Räume im Landkreis Gifhorn identifiziert, in denen gesellschaftliche Spannungen und Konflikte besonders sichtbar werden. Im Folgenden werden diese Orte und Räume auf Grundlage der Ergebnisse aus den Expert*inneninterviews, der Online-Bürger*innenbefragung³⁶ sowie der durchgeführten Fokusgruppen gemeinsam betrachtet.

3.3.1 Schulen als Orte des Zusammentreffens verschiedener Milieus und Kulturen

Schulen werden in allen Erhebungsformaten als zentrale Orte beschrieben, an denen Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Milieus, kulturellen Hintergründen und politischen Prägungen aufeinandertreffen. Sie gelten damit einerseits als „funktionierende Räume“ des Alltags, zugleich aber auch als besonders spannungs- und konfliktreiche Orte im Landkreis Gifhorn.

Aus Sicht der Expert*innen und der Fokusgruppe "Zielgruppe Jugendliche" sind Schulen Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und der im Landkreis beobachteten politischen Polarisierung. Extremistische Tendenzen und Vorfälle waren immer wieder in „Wellen“ beobachtet – so z.B. von Hakenkreuzschmierereien oder dem Teilen von „Hitlerbildchen“ in Klassenchats.

Auffällig sei, dass sich diese Phänomene zuletzt bei immer jüngeren Schüler*innen zeigten; in der aktuellen „Welle“ seien die beteiligten Kinder häufig erst elf oder zwölf Jahre alt. Beschrieben werden dabei Jugendliche, die „sehr einfache Lösungen für alles Mögliche suchen und finden“, wobei Einstellungen nicht selten aus dem familiären Umfeld übernommen würden. Diese Jugendlichen träten häufig „sehr laut, aggressiv und dominierend“ auf, während andere Schüler*innen eher eingeschüchtert wirkten.

Gleichzeitig betonen die Expert*innen, dass diese Gruppe nicht die Mehrheit darstelle. So gebe es:

*„(...) auch ganz viel andere Jugendliche. Die Mehrheit denkt anders, ist tolerant etc. Ein großer Teil tendiert eher nach links. Deswegen haben die Schulen aber auch so große Probleme, weil die unterschiedlichen politischen Strömungen [in den Schulklassen und auf den Schulhöfen; Anm. d. A.] aufeinandertreffen“.*³⁷

Dabei wird auf die strukturelle Herausforderung hingewiesen, dass die Lehrkräfte selbst „kaum Kapazitäten“ hätten, um intensiv an Themen wie Mobbing, Gewalt- oder Radikalisierungsprävention zu arbeiten. Vor diesem Hintergrund wird der Ausbau von Jugendarbeit als wichtiger Lösungsansatz gesehen:

„Da wo sie [die Angebote der Jugendarbeit; Anm. d. A.] fehlen, können rechte Gruppen Jugendliche mit Freizeitangeboten erreichen.“

³⁶ siehe Wordcloud im Anhang

³⁷ vgl. 3.3.1

Die Einschätzungen der Expert*innen werden durch die Online-Bürger*innenbefragung bestätigt und konkretisiert. Auch hier werden Schulen besonders häufig als Orte benannt, an denen Konflikte und Spannungen im Alltag deutlich sichtbar werden.

„In der Schule während den Pausen Beleidigungen und Rangeleien.“

Mehrere offene Antworten weisen zudem auf Ausgrenzungserfahrungen hin, insbesondere von Kindern und Jugendlichen mit zugeschriebener „fremder“ Herkunft:

„In den Schulen erleben Kinder mit fremder Herkunft vielfach Ausgrenzung und Ausländerfeindlichkeit. Das passiert häufig unterschwellig, so dass Lehrkräfte das gar nicht mitbekommen (z.B. Social media, außerhalb des Schulgeländes...).“

Darüber hinaus thematisieren sowohl Expert*innen als auch Befragte weitere Formen von Diskriminierung im schulischen Kontext. Genannt werden Ausgrenzung aufgrund von Herkunft, Aussehen oder Kleidung, Mobbing sowie Benachteiligungen von Schüler*innen mit Behinderung³⁸. Insbesondere die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen wird als nur schleppend vorankommend beschrieben.

Ein zentraler Verstärker dieser Dynamiken ist aus Expert*innensicht die zunehmende Bedeutung sozialer Medien für die Sozialisation junger Menschen. Insbesondere Radikalisierungsprozesse würden heute häufig über digitale Kanäle stattfinden:

„Die Sozialisierung und Radikalisierung über soziale Medien ist mittlerweile auch sehr stark ausgeprägt. Da werden die Jugendlichen berieselt mit rechtsextremen Inhalten.“

Vor diesem Hintergrund wird der Ausbau von Angeboten zur Medienkompetenz als dringend notwendig erachtet. Sowohl Schule als auch Jugendarbeit sollten Kinder und Jugendliche stärker darin unterstützen, Informationen kritisch einzuordnen, Desinformation zu erkennen und mit digitalen Konflikten umzugehen – etwa durch Angebote zu „Fake News“ oder zur Frage „Welchen Nachrichten kann ich trauen?“.

Insgesamt zeigen sich Schulen damit als Orte, an denen gesellschaftliche Konfliktlinien, Diskriminierungserfahrungen und politische Polarisierung in verdichteter Form sichtbar werden. Zugleich wird deutlich, dass Schulen diese Herausforderungen nicht allein bewältigen können, sondern auf ergänzende, gut verzahnte Strukturen – insbesondere im Bereich der Jugendarbeit – angewiesen sind.

3.3.2 Vereine und Ehrenamt als Austragungsorte von Haltungsfragen

Sowohl aus Expert*innensicht als auch in der Online-Bürger*innenbefragung werden Vereine und ehrenamtliche Strukturen im Landkreis Gifhorn als zentrale Orte des sozialen Zusammenhalts beschrieben. Gerade im ländlichen Raum übernehmen sie wichtige Funktionen für Gemeinschaft, Teilhabe und Austausch. Zugleich zeigen sich jedoch auch in diesen Räumen zunehmend Spannungen im Hinblick auf gesellschaftliche und politische Haltungen.

Viele Vereine positionieren sich aus Sicht der Expert*innen ausdrücklich gegen Rechtsextremismus und übernehmen Verantwortung für ein respektvolles Miteinander. Hervorgehoben wird in diesem Zusammenhang die vom Kreissportbund initiierte Kampagne „Fairplay“, die gezielt Diskriminierung und Gewalt im Vereinssport (insbesondere im Fußball/Spielfeldrand) thematisiert.

³⁸ vgl. 3.2.6

Gleichzeitig wird jedoch berichtet, dass aggressive Verhaltensweisen und verbale Entgleisungen zunehmen:

„Die Ausschreitungen und Aggressionen gegenüber Schiedsrichtern und gegenüber Spielern der gegnerischen Mannschaft nehmen ein Ausmaß an, das uns Sorgen macht. Es passiert immer wieder, dass Zuschauer ausrasten und beleidigen. [Es sind; Anm. d. A.] nicht nur Emotionen, sondern auch Hassbotschaften die da kommen.“

Auch in der Online-Bürger*innenbefragung finden sich Hinweise auf Vereine als konfliktreiche Orte. Einzelne Befragte berichten von diskriminierenden Erfahrungen im Vereinskontext:

„Ein beeinträchtigter Junge, in Deutschland geboren mit nigerianischen Eltern, wurde im Sportverein nicht ‚aufgenommen‘. Die Mutter war bildungsfern und konnte nicht gut Deutsch. Da die Verständigung schwierig war, kam es aus meiner Sicht zur Ablehnung des Sportvereins.“

Zudem benennen sieben Personen Sport- und Schützenvereine explizit als konfliktreiche Orte, drei weitere die Freiwillige Feuerwehr. Besonders Schützenfeste werden in einzelnen offenen Antworten als problematisch beschrieben:

„Schützenfeste - wenn spät abends die rechte Gesinnung besungen wird.“³⁹

Gleichzeitig betonen die Expert*innen die große integrative Kraft von Vereinen und ehrenamtlichen Strukturen. Dies gilt insbesondere für die Freiwilligen Feuerwehren, die flächendeckend in allen Orten des Landkreises vertreten sind. Hier werde sozialer Zusammenhalt gelebt und Informationen können auch über diese Strukturen geteilt werden⁴⁰.

„Wir haben die Chance, durch die Vereine an 250 Stellen im Landkreis für Demokratieentwicklung zu sorgen.“

Gerade die Integration von Neuzugezogenen wird als eine zentrale Aufgabe beschrieben, der viele Vereine aus Expert*innensicht grundsätzlich offen und engagiert begegnen. So wird betont, dass insbesondere Sportvereine in der Regel keine Zurückhaltung gegenüber neuen Mitgliedern zeigen und bereit seien, einen aktiven Beitrag zur Integration zu leisten.

Zugleich wird die Rolle traditioneller Vereine, wie insbesondere Schützenvereine, ambivalent eingeschätzt. In den Fokusgruppen- und den Expert*inneninterviews wird darauf hingewiesen, dass viele dieser Vereine „Haltung zeigen“ nicht als ihre primäre Aufgabe verstehen, da sie Konflikte befürchten und den Vereinsfrieden wahren möchten:

„Die [Schützenvereine] sind eher traditionell geprägt. Es geht da meist eher um Geselligkeit, und weniger um politische Themen. Die gesellschaftliche Integrationskraft wird da noch nicht so richtig gesehen.“

Gerade hierin wird jedoch auch ein Potenzial gesehen: Traditionelle Vereine erreichen Zielgruppen, die über klassische demokratische Bündnisse häufig nicht angesprochen werden.

Gleichzeitig warnen die Expert*innen davor, Vereine mit zu hohen Erwartungen an politische Positionierung oder Demokratiebildung zu überfordern:

„Im Moment ist das Risiko groß, dass wir die Vereine damit destabilisieren. Und deswegen sind die häufig auch nicht offen.“

Für die weitere Arbeit erscheint es daher zentral, Vereine sensibel zu begleiten, ohne sie zu überfordern, und vorhandene Potenziale gezielt zu stärken.

³⁹ Diese Aussage aus der Online-Bürger*innenbefragung wird auch aus Expert*innensicht bestätigt.

⁴⁰ vgl. 4.4

3.3.3 Stadträumlich verortete Konflikte

In der Online-Bürger*innenbefragung wie auch in den Expert*inneninterviews lassen sich bestimmte Stadträume identifizieren, in denen gesellschaftliche Spannungen und Unsicherheitsgefühle besonders häufig verortet werden. Auffällig ist dabei eine starke Konzentration auf zentrale öffentliche Orte in der Stadt Gifhorn. Am häufigsten werden der Bahnhof Gifhorn-Stadt sowie der ZOB bzw. Busbahnhof benannt. In den offenen Antworten der Online-Bürger*innenbefragung wird insbesondere ein subjektives Unsicherheitsgefühl geschildert, das vor allem zu Randzeiten auftritt und mit bestimmten Personengruppen assoziiert wird:

„Am Stadtbahnhof fühle ich mich ziemlich unsicher, weil dort immer viele betrunkene/möglicherweise unter Drogeneinfluss stehende junge Männer herumhängen. Bis jetzt haben sie nie wirklich etwas getan, aber es ist kein schönes Gefühl.“ (Zitat Online-Bürger*innenbefragung)

„An den Bahnhöfen in Gifhorn fühlt sich Frau leider zu den Randzeiten unsicher. Ich muss frühmorgens los und komme spät nach hause.“ (Zitat Online-Bürger*innenbefragung)

Die Braunschweiger Straße und die Innenstadt Gifhorns werden ebenfalls als Angstorte benannt. Die Unsicherheitswahrnehmung ist dabei in mehreren Rückmeldungen explizit mit Fremdzuschreibungen und migrationsbezogenen Deutungen verknüpft:

„Die Braunschweiger Straße wird von so vielen Gifhornern gemieden sobald es dunkel wird. Diese Kriminalität von sogenannten Flüchtlingen und arbeitslosen Hilfsarbeitern ist Mega Angst einflößend. Die werden immer mehr und die Deutschen rücken hier in die Minderheit und haben bald nichts mehr zu melden.“ (Zitat Online-Bürger*innenbefragung)

„Da brauche ich nur durch die Gifhorer Innenstadt zu gehen oder abends ab 20.00 Uhr zu Kaufland. Komme mir fremd im eigenen Land vor. Das macht mir Angst.“ (Zitat Online-Bürger*innenbefragung)

Diese Wahrnehmungen werden durch die Expert*innen teilweise eingeordnet und relativiert. So wird die Braunschweiger Straße zwar ebenfalls als konfliktreicher Stadtraum benannt, jedoch nicht als Kriminalitätsschwerpunkt, sondern vielmehr im Kontext symbolischer Auseinandersetzungen um Stadtbild, Ordnung und Zugehörigkeit:

„Es ist kein Kriminalitätsschwerpunkt aber im Sinne der Stadtbild-Debatte ist die Straße eine Straße, die das Stadtbild stört.“

„In Gifhorn haben wir die Braunschweiger Straße, das sind so Ecken, das möchte man vielleicht auch einfach nicht sehen. Da hat sich eine Subkultur ausgebreitet (mit ethnischer Ökonomie) und da gibt es auch einfach Konflikte. Das sind eher älter eingesessene Migrantengruppen.“

Deutlich wird damit die besondere Bedeutung dieses Stadtraums für die Wahrnehmung von Zuwanderung, Integration und subjektiver Sicherheit.

3.3.4 Konflikt- und Spannungsorte im ländlichen Raum

In den Erhebungen wird der ländliche Raum im Landkreis Gifhorn insgesamt ambivalent beschrieben. Einerseits wird betont, dass die dörflichen Strukturen „grundsätzlich funktionieren“ und vielerorts ein aktives Miteinander besteht. Lokale Zusammenschlüsse wie die „Jungen Gesellschaften“ tragen aus Sicht der Befragten wesentlich zum sozialen Zusammenhalt bei⁴¹.

⁴¹ vgl. Fokusgruppe "Zielgruppe Jugendliche"

„Die innere dörfliche Organisationsstruktur funktioniert.“⁴²

Insbesondere für den Nordkreis wird die ländliche Prägung vielfach als Ressource hervorgehoben. Die enge soziale Vernetzung und die Überschaubarkeit der Orte fördern ein starkes Gemeinschaftsgefühl:

„Der Landkreis ist relativ ländlich strukturiert. Der Südkreis ist dichter besiedelt, der Nordkreis landwirtschaftlich strukturiert. Da kennt jeder jeden.“

„Wir haben viele kleine Gemeinden und Orte. Da ist der Zusammenhalt so enorm, dass da im Grunde genommen jeder aus dem Haus kommt, wenn irgendwas passiert/ irgendwas gefeiert wird.“

Was auf der einen Seite eine große Ressource darstellt, ist auf der anderen Seite auch eine Herausforderung: Die geringe Anonymität im ländlichen Raum kann dazu führen, dass Konflikte vermieden oder nicht offen ausgetragen werden:

„Im ländlichen Raum gibt es wenig Anonymität, man ist aufeinander angewiesen, man trifft sich jeden Tag im Ort, in den Vereinen, da ist es schwer, in eine Auseinandersetzung zu gehen.“

Mehrere Rückmeldungen verweisen zudem auf eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung:

„Die Gesellschaft driftet auch in dörflichen Strukturen immer weiter auseinander.“⁴³

Besonders häufig werden Wesendorf sowie Regionen um Hankensbüttel und Sassenburg genannt. In der Onlineumfrage wurde unter Anderem von Ausländerfeindlichkeit, der Infragestellung von Minderheitenrechten sowie von Resignation gegenüber demokratischen Positionen berichtet:

„Im ländlichen Raum habe ich besonders viele „Meinungen“ gehört, die die Rechte von Minderheiten in Frage stellen“

„Obwohl wir in Wesendorf wenig Asylanten haben ist hier eine starke Ausländerfeindlichkeit. Weiterhin werden Demokratische Vereine z.B. Faireint beschimpft und beleidigt.“

Expert*innen verweisen ergänzend auf strukturelle Rahmenbedingungen, die diese Entwicklungen begünstigen können. Der Nordkreis wird als vergleichsweise strukturschwach beschrieben, biete jedoch im Gegensatz zum Süden noch bezahlbaren Wohnraum. Dies führe dazu, dass sich sozioökonomisch benachteiligte Menschen sowie anerkannte Geflüchtete häufiger dort ansiedeln – bei gleichzeitig geringerer Erfahrung mit Zuwanderung und einer deutlich schlechteren ÖPNV-Anbindung. Diese Konstellation verstärke bei Teilen der Bevölkerung ein Gefühl des Abgehängtseins.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass man im ländlichen Kontext „stärker in bestehende soziale Gefüge hineingeboren“ werde. Diese Geschlossenheit könne politische Polarisierung begünstigen und dazu führen, dass insbesondere Menschen, die aufgrund bestimmter Merkmale nicht der wahrgenommenen Norm entsprechen, den ländlichen Raum verlassen:

„Die Menschen fühlen sich zunehmend unwohl. Viele ziehen auch aus ländlichen Gebieten weg aus den Gründen und orientieren sich in Richtung Großstädte.“

Im sozioökonomisch besser gestellten Südkreis werden schließlich die hohen Zustimmungswerte zu rechtspopulistischen politischen Positionen, die sich unter anderem in Wahlergebnissen – insbesondere in Wesendorf und Brome – widerspiegeln, mit Sorge betrachtet. Auch der hohe Anteil von Spätaussiedler*innen wird in einzelnen Sozialräumen als Faktor benannt, der mit diesen politischen Entwicklungen in Zusammenhang gebracht wird.

⁴² Fokusgruppe "Zielgruppe Jugendliche"

⁴³ Fokusgruppe „Bündnisse/ Initiativen“

Ergänzend wird in den Expert*inneninterviews die zentrale Unterbringung von Geflüchteten als weiterer Spannungsfaktor insbesondere im ländlichen Raum benannt. Mehrere Sammelunterkünfte befinden sich außerhalb größerer Siedlungszusammenhänge, etwa in Ehra-Lessin, Kästorf, Brome oder Meinersen. Diese Form der Unterbringung wird aus Expert*innensicht als integrationshemmend bewertet, da sie sowohl den Spracherwerb als auch den Aufbau sozialer Kontakte erschwere:

„Wir haben viele Sammelunterkünfte (LAB in Ehra-Lessin, in Stadt Gifhorn haben wir zwei Unterkünfte und jeweils eine Unterkunft in Kästorf, in Brome und in Meinersen). Die zentralisierte Unterbringung ist sehr schlecht für die Integration und Spracherwerb. Es sind Orte, wo keine Nachbarschaften vorhanden sind.“

Gerade im ländlichen Raum verstarke die räumliche Absonderung das Gefühl sozialer Isolation auf Seiten der Geflüchteten und erschwere zugleich alltägliche Begegnungen mit der Aufnahmegeellschaft. Dadurch blieben Integrationsprozesse häufig abstrakt, während Vorbehalte und Zuschreibungen fortbestehen oder sich verfestigen könnten.

3.3.5 Zusammenfassung und Zwischenfazit

Die Erhebungen zeigen, dass Spannungen und Konflikte im Landkreis Gifhorn nicht auf einzelne Orte begrenzt sind, sondern sich in unterschiedlichen sozialen Räumen verdichten. Besonders Schulen und Vereine erweisen sich als zentrale Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, da hier unterschiedliche soziale Milieus, Generationen und politische Haltungen unmittelbar aufeinandertreffen. Zugleich fungieren sie als tragende Säulen des sozialen Zusammenhalts. Diese ambivalente Rolle macht sie zu Schlüsselorten für die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, frühzeitig ansetzende Angebote gezielt zu stärken – bereits in Kitas, vor allem aber in Schulen. Dazu zählen insbesondere Maßnahmen zur Förderung von Medienkompetenz (insbesondere zum kritischen Umgang mit Desinformation) sowie Angebote der Gewalt-, Diskriminierungs- und Radikalisierungsprävention. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche frühzeitig in ihrer demokratischen Haltung, ihrer Konfliktfähigkeit und ihrer Resilienz zu stärken.

Stadträumlich konzentrieren sich Unsicherheits- und Angstwahrnehmungen vor allem auf zentrale öffentliche Orte in der Stadt Gifhorn, insbesondere auf Verkehrsknotenpunkte und einzelne innerstädtische Quartiere bzw. Straßenzüge. Diese werden häufig mit Fragen von Zuwanderung, Integration und subjektiver Sicherheit verknüpft und fungieren damit als Projektionsflächen für breiter gelagerte gesellschaftliche Aushandlungsprozesse.

Der ländliche Raum wird demgegenüber zugleich als Ressource des sozialen Zusammenhalts und als Ort wachsender Spannungen beschrieben. Während dörfliche Strukturen vielerorts ein starkes Miteinander ermöglichen, begünstigen geringe Anonymität, strukturelle Benachteiligungen und fehlende Begegnungsräume in Teilen auch Polarisierung, Ausgrenzung und sozialen Rückzug.

Vereine und ehrenamtliche Strukturen, einschließlich der Freiwilligen Feuerwehren, stellen insbesondere im ländlichen Raum eine zentrale Stütze des sozialen Zusammenhalts dar. Sie bieten niedrigschwellige Zugänge zu Gemeinschaft und Teilhabe, sollten bei der Einbindung in demokratiebezogene Aufgaben jedoch nicht überfordert werden, da andernfalls die Gefahr einer Destabilisierung bestehender ehrenamtlicher Strukturen besteht.

3.4 Demokratiefeindliche bis extremistische Vorfälle

Aus Sicht der befragten Expert*innen ist im Landkreis Gifhorn insgesamt eine Zunahme rechtsextremer und demokratiefeindlicher Tendenzen zu beobachten.

„Im Bereich Rechtsextremismus erleben wir einen Aufschwung.“

„Die Vorfälle, Angriffe und Anfeindungen nehmen zu.“

Dabei wird insbesondere auf **junge Rechtsextreme** verwiesen, die versuchen würden, Strukturen von Sachsen-Anhalt und von Braunschweig her im Landkreis aufzubauen. Dies geschehe bisher durch Einzelpersonen und nicht organisiert.

Darüber hinaus berichten die Expert*innen auch von sogenannten **„versteckten Rechtsextremen“**. Gemeint sind Personen, die demokratiefeindliche oder verschwörungsideologische Positionen vertreten, sich jedoch nicht öffentlich exponieren. Teilweise seien diese Personen lokal bekannt, engagieren sich ehrenamtlich oder wirken in bestehenden Strukturen mit. Vereinzelt würden auch rechtsextreme Symbole im privaten Umfeld sichtbar, etwa auf Höfen.

Auch **Reichsbürger*innen** treten im Landkreis vereinzelt in Erscheinung. Nach Einschätzung der Expert*innen handelt es sich dabei überwiegend um nicht organisierte Einzelpersonen.

„Das sind aber Einzelpersonen, die agieren nicht gemeinsam und sind verteilt auf den ganzen Landkreis.“

Auffällig würden sie vor allem durch schriftliche Kontaktaufnahmen, etwa in Form „dubioser Schreiben“ an Verwaltungsbehörden.

Darüber hinaus wurden in der Vergangenheit einzelne ideologisch aufgeladene Aktivitäten im Landkreis verortet. So befand sich im ehemaligen Schullandheim in Lüsche zeitweise ein Forschungs- und Tagungszentrum des Vereins „Gaudium in Vita“.

„Der Verein mit Sitz in Österreich ist eng mit der ‚Internationalen Schul-, Sport- und Kultur-Akademie‘ (ISKA) verwoben. Die selbsternannte Akademie hat vom 13. bis 26. März zu einem ‚Lernleiterseminar‘ [nach Lüsche; Anm. d. A.] geladen.“⁴⁴

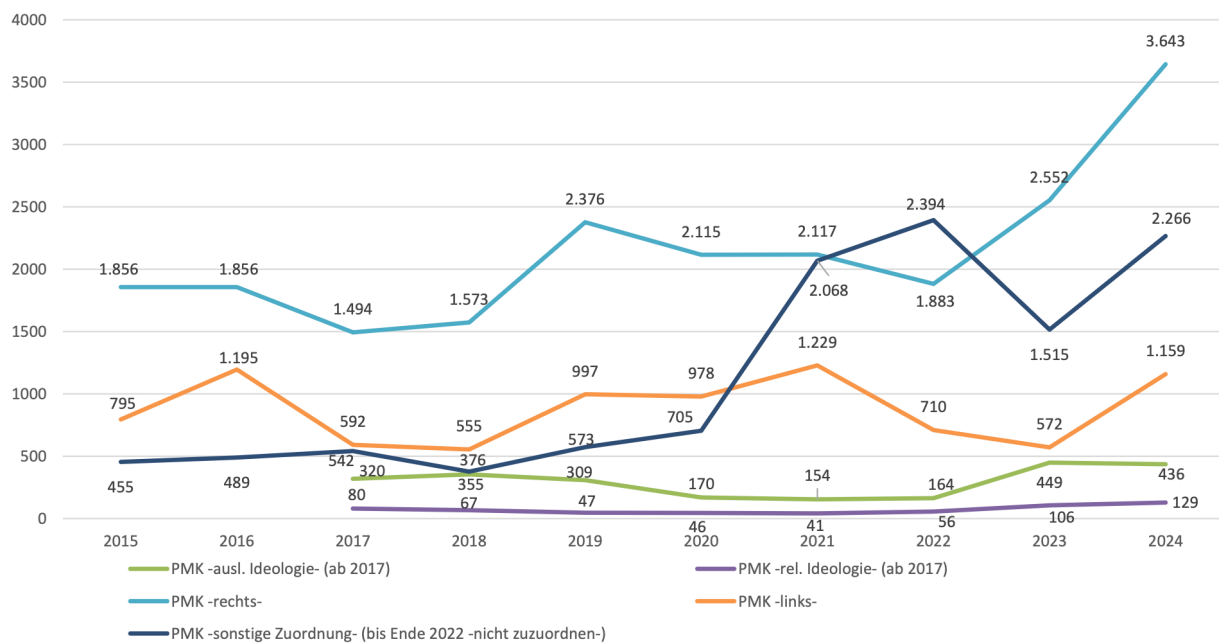
Die ISKA hat im selben Jahr einen „Bildungsforschungstag“ „auf dem Hof einer Familie des **völkisch-bündischen ‚Sturmvolgel - Deutscher Jugendbund‘** in Masendorf statt[finden lassen; Anm. d. A.]“⁴⁵. Diese Ereignisse werden als Hinweise auf punktuelle Anknüpfungsversuche rechtsextremer Milieus im Landkreis eingeordnet.

Politisch motivierte Kriminalität und Gewalt

Ein Blick auf die landesweiten Daten unterstreicht die von den Expert*innen beschriebenen Entwicklungen. Insgesamt ist die **politisch motivierte Kriminalität** in Niedersachsen in 2024 deutlich angestiegen, wie die Grafik zeigt.

⁴⁴ Speit, Andreas und Andrea Röpke 2022

⁴⁵ Teidelbaum, Lucius 2023, vgl. auch Teidelbaum, Lucius 2023b

Politisch motivierte Kriminalität in Niedersachsen 2015 - 2024 nach Phänomenbereichen

Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 2025b: 10

Die politisch-motivierte Kriminalität von links ist in 2024 auch im „Sachzusammenhang mit der Europawahl“ stark angestiegen.

„Die Fallzahl im Phänomenbereich der PMK -links- weist mit 1.159 Fällen im Berichtsjahr gegenüber dem Jahr 2023 einen Anstieg um ca. 103 Prozent auf (2023: 572). Das dafür zu Grunde liegende Kriminalitätsgeschehen wurde in ca. 79 Prozent der Fälle dem Themenfeld Konfrontation/Politische Einstellung - gegen rechts zugeordnet (942), in welchem das Fallzahlenaufkommen insbesondere im Zeitraum der Europawahl anstieg.“⁴⁶

Aber auch die politisch motivierte Kriminalität von rechts (PMK-rechts) ist in Niedersachsen in 2024 deutlich angestiegen⁴⁷:

„Die Gesamtzahl der Straftaten im Phänomenbereich der PMK-rechts- ist mit 3.643 Fällen im Vergleich zum Vorjahreswert (2.552) um 42,75 Prozent gestiegen. Im Vergleich der letzten zehn Jahre liegt die Fallzahl deutlich über dem Mittelwert (2.147 Fälle).“⁴⁸

Bei der Betrachtung der **politisch motivierten Gewalkriminalität** zeigt sich ein differenziertes Bild. Der starke Anstieg im Bereich der PMK-links ist maßgeblich durch Delikte im Kontext von Demonstrationen geprägt, darunter Widerstände gegen Vollstreckungsbeamte und Landfriedensbrüche. Demgegenüber umfasst der zahlenmäßig moderatere Anstieg der rechts motivierten Gewalkriminalität eine hohe Zahl an Körperverletzungsdelikten (77) sowie einen versuchten Totschlag und ist damit in seiner Qualität besonders schwerwiegend.

⁴⁶ a.a.O.

⁴⁷ vgl.: ebd. 379

⁴⁸ Niedersächsisches Ministerium für Inneres 2025: Verfassungsschutzbericht 2024: 375

Politisch motivierte Gewaltkriminalität 2023 und 2024

	2023	2024	Tatbestände (Häufigkeit; Fallzahlen aus 2024)
Links motiviert	38	121	51 Körperverletzungsdelikte, 49 Widerstände/Angriffe auf Vollstreckungsbeamte bei Demonstrationen; 14 Landfriedensbrüche.
Rechts motiviert	66	88	77 Körperverletzungsdelikte, 1 versuchter Totschlag.
Ausländische Ideologie	16	34	32 Körperverletzungsdelikte; 2 Landfriedensbrüche
Religiöse Ideologie	6	6	6 Körperverletzungsdelikte
Sonstige Zuordnung	78	84	45 Körperverletzungsdelikte, 18 Widerstände/Angriffe auf Vollstreckungsbeamte; 11 Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr.
Gesamt	204	333	

Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 2025b: 11

Diese Entwicklungen spiegeln sich auch in konkreten Vorfällen im Landkreis Gifhorn wider. Am 14. September 2024 wurde eine Frau durch eine Gruppe offenbar rechtsextremer Jugendlicher schwer verletzt⁴⁹.

„Am 14.09.2024 versuchten etwa 20 Personen nach einem entsprechenden Aufruf in den sozialen Medien den CSD in Braunschweig zu stören, was von der Polizei jedoch verhindert wurde. Die Gruppe fuhr anschließend nach Gifhorn, konsumierte weiteren Alkohol in einem Park und beleidigte Polizeibeamtinnen und -beamte („Scheiß Bullenschweine“). Im Rahmen der späteren Abreise eines Teils der Gruppe gerieten zehn Personen am Bahnhof Gifhorn in Streit mit Fahrgästen eines Linienbusses. Während der Streitigkeiten wurde eine 38-jährige Frau durch Tritte und einen Sturz verletzt.“⁵⁰

Ein weiterer Vorfall ereignete sich in der Nacht vom 22. auf den 23. November 2025, als das queere Jugendzentrum „Spektrum“ Ziel eines rechtsextremen Angriffs wurde. Ein aus Klebeband angebrachtes Hakenkreuz sowie weitere hassgefüllte Botschaften am Schaufenster lösten eine breite öffentliche Debatte aus.⁵¹ Gleichzeitig kam es zu einer klaren Distanzierung und Solidarisierung seitens politischer Akteur*innen und Institutionen:

„Das [das Hakenkreuz auf dem Schaufenster des Queeren Zentrums;- Anm. d. A.] wird verurteilt und die, die sich zur demokratischen Mitte hingezogen fühlen, halten dadurch noch mehr zusammen.“

Auch auf der kommunalpolitischen Ebene sind demokratiefeindliche Dynamiken spürbar. **Kommunalpolitiker*innen** sind zunehmend **von Hass und Anfeindungen betroffen**.⁵² Der „Kriminalpolizeiliche Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) konstatiert hier von 2019 bis 2024 einen Anstieg für Niedersachsen bei der PMK-links von 44 auf 55 nach 59 in 2023. Bei den PMK-rechts ist der Anstieg allerdings von 66 auf 90 nach einem Zwischenhoch von 103 in 2023 deutlich höher.

⁴⁹ vgl.: www.ndr.de

⁵⁰ Niedersächsisches Ministerium für Inneres 2025a: 98

⁵¹ vgl.: <https://t1p.de/emx9w>

⁵² vgl.: Amadeo Antonio Stiftung: <https://t1p.de/7rboj>

*Straftaten gegen Amts- und/oder Mandatsträger*innen*

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Links motiviert	44	24	38	23	59	55
Rechts motiviert	66	95	97	81	103	90
Ausländische Ideologie	0	0	1	2	14	2
Religiöse Ideologie	1	0	1	1	4	0
Sonstige Zuordnung	84	144	340	455	486	342
Gesamt	195	263	477	562	666	489

Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 2025b: 13

Für den Landkreis Gifhorn selbst werden Übergriffe auf kommunale Mandatsträger*innen insgesamt vergleichsweise selten beschrieben. Abgesehen vom **körperlichen Angriff** auf den Grünen-Politiker Christian Schroeder im Jahr 2024 beschränkten sich Vorfälle überwiegend auf **verbale Attacken**, insbesondere im Rahmen von Ratssitzungen:

„Es gibt mal verbale Attacken in Ratssitzungen weil Bürger mit bestimmten Entscheidungen nicht zufrieden sind. Aber das sind Dinge die man gut lösen kann, solange man die Sachlichkeit bewahrt.“

Die **politisch motivierte Kriminalität im Internet („Hass im Netz“)** hat seit 2019, vor allem von rechts und in ausländischer Ideologie motiviert, stark zugenommen. So haben sich registrierten Straften von rechts seit 2019 (316) bis 2024 mehr als verdoppelt (674). Der Anstieg der Straftaten im Netz, die durch ausländische Ideologie motiviert sind, ist maßgeblich auf den Nahostkonflikt zurückzuführen⁵³. Links motiviert sind 2019 55 und 2025 92 Straftaten verzeichnet worden.

Straftaten „Hass im Netz“ 2019 - 2024

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Links motiviert	55	57	40	40	64	92
Rechts motiviert	316	347	348	217	497	674
Ausländische Ideologie	2	0	4	21	94	95
Religiöse Ideologie	4	9	2	6	21	31
Sonstige Zuordnung	51	85	307	550	494	452
Gesamt	428	498	701	834	1.170	1.344

Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 2025b: 15

⁵³ vgl.: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 2025a: 382

Im Zusammenhang mit dem Phänomen „Hass im Netz“ wurde in der Fokusgruppe „Bündnisse/ Initiativen“ festzuhalten, dass die Bündnisse für Demokratie im Landkreis Gifhorn nach eigenen Aussagen in den sozialen Medien ebenfalls „extrem angegriffen“ werden⁵⁴. Außerdem wurde zugleich auf fehlende Solidaritätsstrukturen hingewiesen, wenn einzelne Akteur*innen öffentlich angegriffen werden.

Zusammenfassend zeigt sich, dass demokratiefeindliche und extremistische Tendenzen – insbesondere im rechtsextremen Spektrum – im Landkreis Gifhorn an Bedeutung gewinnen. Auch wenn es bislang überwiegend Einzelpersonen sind, die von außen versuchen, Anschluss zu finden oder Strukturen aufzubauen, sind entsprechende Ideologien zunehmend sichtbar. Die AfD, die durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung als „Beobachtungsobjekt von erheblicher Bedeutung“⁵⁵ eingestuft wird, verfügt auch im Landkreis über Strukturen und gesellschaftlichen Rückhalt.

Gleichzeitig bleibt festzuhalten, dass schwere Übergriffe auf kommunale Mandatsträger*innen bislang die Ausnahme darstellen und rechtsextreme Vorfälle wie der Angriff auf das queere Jugendzentrum „Spektrum“ eine breite Solidarisierung der demokratischen Akteurslandschaft ausgelöst haben.

Besonders herausfordernd bleibt der digitale Raum, in dem Hass, Bedrohungen und Einschüchterungen deutlich zunehmen. Für die weitere Arbeit im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie ergibt sich daraus die Notwendigkeit, extremistische Entwicklungen kontinuierlich zu beobachten, demokratische Akteur*innen gezielt zu stärken und Solidaritäts- sowie Unterstützungsstrukturen weiter auszubauen.

⁵⁴ Fokusgruppe „Bündnisse/ Initiativen“

⁵⁵ Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung (2026): Landesverband der Alternative für Deutschland (AfD) in Niedersachsen als „Beobachtungsobjekt von erheblicher Bedeutung“ eingestuft, Pressemitteilung vom 17.02.2026, https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/startseite/aktuelles_service/aktuelle_meldungen/landesverband-der-afd-niedersachsen-ist-beobachtungsobjekt-von-erheblicher-bedeutung-248730.html

4. Ressourcenanalyse

Im Folgenden wird dargestellt, welche Strukturen, Akteur*innen und Engagementformen im Landkreis Gifhorn bereits vorhanden sind, die zur Stärkung von Demokratie, Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt beitragen können. Die Ressourcenanalyse nimmt sowohl institutionelle als auch zivilgesellschaftliche Potenziale in den Blick und zeigt auf, in welchen Bereichen bereits tragfähige Ansätze bestehen und wo weitere Vernetzung, Unterstützung oder Weiterentwicklung sinnvoll erscheint.

4.1 Präventions- und Sicherheitsnetzwerke

Ein zentrales Netzwerk ist das **Präventionsbündnis für ein friedfertiges Gifhorn**.

„Das Präventionsbündnis für ein friedfertiges Gifhorn ist ein offenes Bündnis aus der Stadt Gifhorn, dem Landkreis Gifhorn, der BBS2 Gifhorn, der Freiherr-vom-Stein-Schule Gifhorn und der Polizeiinspektion Gifhorn sowie vielen weiteren Institutionen in beratender und unterstützender Funktion. Der Zusammenschluss ist ein offenes Bündnis, welches sich zum Ziel gesetzt hat ein friedliches Miteinander in Gifhorn und Umgebung zu fördern.“⁵⁶

In diesem Netzwerk arbeiten bereits eine Vielzahl von lokaler Akteur*innen mit, die im Bereich der Gewalt- und Extremismusprävention eine zentrale Rolle spielen. Von Seiten der Expert*innen wurde diesem Bündnis bereits ein guter Zugang zu den Migrantenorganisationen und freikirchlichen Gemeinden attestiert.

Darüber hinaus sind im Landespräventionsrat Niedersachsen weitere Präventionsstrukturen aus dem Landkreis vertreten, darunter der Präventionsrat Hankensbüttel und das „Netzwerk Prävention im Papenteich“ sowie ein Präventionsrat in Isenbüttel. Darüber hinaus gibt es in Isenbüttel ebenfalls einen Präventionsrat. Diese Strukturen bilden eine wichtige Grundlage für präventive Arbeit im Landkreis.

4.2 Lokale Demokratiebündnisse

Im Landkreis Gifhorn engagieren sich derzeit acht Bündnisse in für einen konstruktiven Dialog und Demokratiebewusstsein:

- Bündnis für Demokratie
- Bunt statt braun Gifhorn
- Bündnis für Demokratie und Vielfalt
- Faireint
- Klare Kante
- Unsere Dörfer sind bunt
- Bündnis Buntess Sassenburg
- Initiative Lebenswerte Demokratie



Quelle: <https://t1p.de/1ooqq>

⁵⁶ vgl. <https://t1p.de/ex5xv>

Aus Expert*innensicht stellen sie eine zentrale Ressource für die Demokratieförderung dar. In den letzten Jahren haben sich die Bündnisse institutionell verfestigt. Sie haben jeweils spezifische Ausrichtungen und Schwerpunkte und sind überwiegend nicht als Vereine organisiert. Inzwischen wurde jedoch ein Verein als Dachverband auf Kreisebene gegründet.

Außerdem arbeitet das queere Netzwerk Gifhorn eng mit den Demokratieinitiativen zusammen. Hier zeigt sich ein hoher Grad der Vernetzung auf lokaler Ebene, der allerdings weiter ausbaufähig ist.

Zudem wurde die Herausforderung benannt, insbesondere jüngere Menschen stärker einzubinden und generationenübergreifende Zugänge zu schaffen:

„Wir müssen einen intergenerationalen Konsens schaffen und die jungen Menschen besser ansprechen.“

Insgesamt bilden die lokalen Demokratiebündnisse damit ein tragfähiges Fundament für die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie, auf dem weiter aufgebaut und das gezielt unterstützt werden kann.

4.3 Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen

Innerhalb der Kreisverwaltung stellen insbesondere die **Stabsstelle Integration** sowie die **Gleichstellungsbeauftragte** wichtige institutionelle Ressourcen für die Partnerschaft für Demokratie dar.

Darüber hinaus existieren im Landkreis mehrere Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen, die als Kooperationspartner und Ressourcen für die Demokratieförderung wichtig sind. Beispielhaft ist hier das Gifhorer Integrationsprojekt (GIP) zu nennen, das vielfältige Unterstützung gerade für Jugendliche anbietet:

*„Das Gifhorer Integrationsprojekt (GIP) übt eine aufsuchende Jugendsozialarbeit aus. Dazu werden Treffpunkte von Jugendlichen in den Abendstunden angefahren. Durch Gespräche wird versucht, ein belastbares Verhältnis zu den Jugendlichen aufzubauen, um auf eventuell später eintretendes delinquentes Verhalten einwirken zu können.“*⁵⁷

Ein weiterer zentraler Akteur und Kooperationspartner des Landkreises Gifhorn ist die **Denkzeit Gesellschaft e.V.**, die insbesondere im schulischen Kontext Angebote zur Identitätsbildung, sozialen Kompetenz und Demokratieförderung durchführen.

Für spezifische Beratungsbedarfe gibt es zudem **Extremismusberatungsstellen** in Braunschweig und Wolfsburg sowie die **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und Gewalt**, die im Landkreis tätig ist.

Aus Expert*innensicht bestehen zugleich strukturelle Lücken, insbesondere im Bereich der aufsuchenden Jugendarbeit, der Betroffenenberatung an Schulen sowie in Bezug auf das Fehlen einer zentralen Antidiskriminierungsstelle im Landkreis.

⁵⁷ vgl. <https://t1p.de/ex5xv>

4.4 Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten

Demokratie lebt von Teilhabe. Hier sind Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Zielgruppen wichtig. Zentral ist der Grad der Selbstwirksamkeit, der in den einzelnen Beteiligungsmöglichkeiten erreicht werden kann. Folgende Kriterien lassen sich für gelingende Beteiligung identifizieren:

- a) Der Grad der Teilhabe ist klar definiert und bekannt (Information, Beteiligung-Vorschlag/Beteiligung-Entscheidung, Engagement)
- b) Der Grad der Mitbestimmung in der Umsetzung ist so hoch wie möglich (mögliche Formen der Mitbestimmung: eigenes Budget, eigenes Engagement gefordert/ gewünscht, Steuerungsgruppe)
- c) Der Zeitaufwand ist so gering wie möglich (viele Engagementangebote mit geringem Zeitaufwand, einige Angebote zur Mitwirkung mit längerfristiger Bindung)
- d) Die Schaffung der notwendigen Grundlagen für eine Beteiligung ist sichergestellt
- e) Möglichst viele Zielgruppen sind angesprochen und eine Teilnahme/ Mitwirkung barrierefrei möglich⁵⁸

Die vorhandenen Mitwirkungsmöglichkeiten sollen nach diesen Kriterien geprüft werden, um sie so optimal wie möglich für die Demokratiestärkung nutzen zu können.

„Ziel sollte immer die Beteiligung der Menschen sein. Wir müssen an die Menschen rankommen. Wir sind da aber auf einem guten Weg durch Beteiligungsformate.“⁵⁹

Beteiligung bedeutet dabei nicht, „dass bei jeder Beteiligung Bürgerentscheidungen stattfinden“. Vielmehr komme es darauf an, Entscheidungsprozesse nachvollziehbar zu gestalten und Rückkopplung ernsthaft zu ermöglichen, so die Expert*innensicht.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Unter Jugendlichen wird insgesamt eine eher geringe Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung beobachtet. Gleichzeitig wird betont, dass es gezielter Impulse bedarf (vgl. Fokusgruppe "Zielgruppe Jugendliche"), um Beteiligung zu ermöglichen und Selbstwirksamkeit erfahrbar zu machen. Hier kommt der Jugendarbeit eine zentrale Rolle zu.

Die Jugendkonferenzen, die im Kreisgebiet durchgeführt wurden, bieten hierfür eine gute Grundlage, sollten aber nach Ansicht der Teilnehmenden der Fokusgruppe "Zielgruppe Jugendliche" breiter angelegt werden, um mehr Jugendliche zu erreichen.

Auf Samtgemeindeebene gibt es zudem viele Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche, die den meisten der obigen Kriterien genügen – so z.B. ein Jugendtreff mit eigenem Budget, eine Skateplaza unter Leitung des Kinderschutzbundes oder auch eine Jugendmesse des Kreisjugendringes, auf der sich zahlreiche Vereine und Institutionen vorstellen konnten.

Als gute Praxis wird von Seiten der Expert*innen das Konzept „Kinderfreundliche Kommune“ z.B. in Wittingen benannt. Diese konzeptionelle Herangehensweise ermögliche eine breitere Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen an den Entscheidungsfindungsprozessen in der Kommune.

⁵⁸ vgl. Ibis Institut

⁵⁹ Expert*inneninterviews

Arbeitskreise, Bürgerräte und projektbezogene Beteiligung

Im Landkreis gibt es diverse Arbeitsgruppen und -kreise, die themenbezogene Beteiligung ermöglichen. Im Zusammenhang mit der Demokratiebildung ist vor allen die „Arbeitsgruppe Stolpersteine“ in Gifhorn hervorzuheben, die die Verlegung der Stolpersteine und die Aufarbeitung des Nationalsozialismus begleitet.⁶⁰

Arbeitskreise sind in der Regel eine Beteiligungsform, die eine mittelfristige Bindung erfordern. Eine Möglichkeit zur temporären Beteiligung ist der Bürgerrat. In der Samtgemeinde Meinersen wurde ein solcher, eintägiger Bürgerrat zum Thema Bürgerservice als Pilot umgesetzt.⁶¹

Beteiligung bei Bau- und Ortsentwicklungsprojekten

Bau- und Ortsentwicklungsprojekte betreffen viele Menschen unmittelbar und bieten daher besondere Anknüpfungspunkte für demokratische Beteiligung. Als gute Praxis wurde hier von Seiten der Expert*innen die Umgestaltung eines Kreisverkehrs in Wesendorf mit „enormer Bürgerbeteiligung“ und die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie für die Nachnutzung des landwirtschaftlichen Wegmeyer-Anwesens im Ortskern Wesendorfs benannt. Hier wurde ein großer Beteiligungsprozess durchgeführt⁶².

4.5 Kirchen, Vereine und Ehrenamt

Kirchengemeinden, Vereine und ehrenamtliche Strukturen stellen eine tragende Säule des sozialen Zusammenhalts im Landkreis Gifhorn dar.

Im Landkreis gibt es neben evangelisch-lutherischen und katholischen Gemeinden, den Zeugen Jehovas auch neuapostolische sowie evangelisch freikirchliche Gemeinden. Zu letzteren Gemeinden zählen auch die Bewegungen der Adventist*innen und Pfingstler*innen. Viele Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion sind Angehörige dieser Gemeinschaften. Zudem gibt es auch eine russisch-orthodoxe und griechisch-orthodoxe Gemeinde in Gifhorn.

Wie aus den Gesprächen hervorging, sind die Kirchengemeinden ein „großer Faktor im Kontext der lokalen Entwicklung“, weshalb sie für das Thema Demokratiebildung noch stärker sensibilisiert werden sollten.

Wie weiter oben bereits festgestellt wurde, funktioniert das Vereinsleben – gerade in den dörflichen Strukturen:

„Das Vereins- und Gemeinschaftsleben findet im Landkreis Gifhorn vor allem auf der lokalen Ebene statt. Zahlreiche Vereine wie z.B. die freiwillige Feuerwehr, Sportvereine, Schützenvereine, DRK-Ortsvereine, Gesangs- und Musikvereine engagieren sich in ihren Orten. So werden auch zahlreiche kleine und größere Feste (Erntefeste, Heideblütenfeste, Sportfeste, Schützenfeste etc.) organisiert und gefeiert.“⁶³

⁶⁰ vgl. Stadt Gifhorn 2025: Stolpersteine in Gifhorn und Expert*inneninterviews

⁶¹ vgl. <https://t1p.de/zaauo>

⁶² vgl. Expert*inneninterviews

⁶³ LK Gifhorn 2007: 8f

Die Freiwilligen Feuerwehren verfügen über flächendeckende Strukturen (ca. 4.500 aktive Einsatzkräfte in über 100 Freiwilligen Feuerwehren).⁶⁴ Zudem ist fast jede*r zweite Bewohner*in des Landkreises Gifhorn Mitglied in einem Sportverein⁶⁵. Damit sind die Sportvereine eine besondere Ressource auch für die PfD.

Als Anregung wurde von Seiten der Expert*innen formuliert, dass Vereine ihre Haltung gegenüber demokratiefeindlichen Positionen stärker institutionell absichern könnten, beispielsweise durch eine explizite Verankerung des Ausschlusses von Rechtsextremismus in ihren Satzungen.

4.6 Migrantenorganisationen

Die muslimischen Religionsgemeinschaften werden im Rahmen dieser Analyse unter Migrantenorganisationen gefasst. Es gibt vier **Moscheen** in Gifhorn und darüber hinaus noch zwei weitere im Südkreis. In Moscheevereinen findet immer auch Sozialarbeit für alle Altersgruppen statt, daher stellen sie gute Ressourcen für die Demokratiebildung, Diskriminierungs- und Radikalisierungsprävention dar.

Der **interkulturelle Verein „Kalem“** mit Sitz in Gifhorn ist bereits Kooperationspartner. Hier finden verschiedene Angebote für Menschen aus Gifhorn statt⁶⁶.

„Unser Ziel ist es, die Bildung, den multikulturellen Austausch, sowie die Integration zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und Brücken zwischen verschiedenen Kulturen zu bauen. Daher befasst sich unser Verein auch mit unterschiedlichen Herausforderungen in der Gesellschaft, die aufgrund von kulturellen und sprachlichen Gründen entstehen (Schule, Studium, Beruf, Alltag). Die Unterstützung durch allgemeine soziale Beratung und die Förderung der Sprachkenntnisse zählen ebenfalls zu den Zielen. Wir glauben: Bildung ist der Schlüssel - zu persönlichen Wachstum, zu Teilhabe und zu einem respektvollen Miteinander.“⁶⁷

Feste sind Orte der Begegnung sowohl für die Besucher*innen als auch für die Institutionen, die diese organisieren. Sowohl in der Vorbereitung als auch auf dem **Stadtfest „Gifhorn International“** selbst, findet eine Vernetzung und Zusammenarbeit verschiedenster Organisationen – auch von Menschen mit Migrationshintergrund – statt. Die Veranstaltung **„Die Welt tanzt“** wird ebenfalls gemeinsam mit Migrantenorganisationen vorbereitet und umgesetzt.

4.7 Kitas, Schulen und Schulsozialarbeit

Die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sind für die Demokratiebildung, Radikalisierungs- und Gewaltprävention sowie Antidiskriminierungsarbeit zentrale Orte im Kreisgebiet. Hier kommen sehr viele unterschiedliche Kinder, Jugendliche und Eltern aus verschiedenen gesellschaftlichen Grup-

⁶⁴ vgl. Expert*inneninterviews

⁶⁵ vgl. Expert*inneninterviews

⁶⁶ <https://kalem-ev.de/>

⁶⁷ a.a.O.

pen zusammen, so dass hier im Verbund mit weiteren Partner*innen gute Angebote vor Ort mit den Kindern und Schüler*innen durchgeführt werden können.

Der Landkreis Gifhorn verfügt über ein **breites Bildungsangebot** mit 41 Grundschulen, vier Hauptschulen, fünf Realschulen, drei Oberschulen, fünf Gymnasien, drei Gesamtschulen, fünf Förderschulen und fünf berufsbildenden Schulen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Kindertagesstätten.

Demokratiearbeit müsse aus Expert*innensicht in den Schulen durchgeführt werden, damit sich wieder mehr junge Menschen für die Demokratie stark machen. Außerdem können über die Schulen auch Eltern erreicht werden.

An vielen Schulen im Landkreis werden Projekte, z.B. gegen Mobbing, umgesetzt.

Hinzu kommen die Kreisvolkshochschule als Akteur, der auch in den Mitgliedskommunen mit Außenstellen präsent ist. Besonders hervorzugehen ist die **Gifhorner Anti-Gewalt-Akademie** unter der Trägerschaft der Kreisvolkshochschule.

„Die Kreisvolkshochschule hat jeweils Außenstellen in den Mitgliedskommunen. Eine Besonderheit der Kreisvolkshochschule ist die Gifhorner Anti-Gewalt Akademie des Landkreises, die in Zusammenarbeit mit den BBS II Gifhorn und dem „Bunten Dach“ des ev.-luth. Kirchenkreises Wittingen Schulungen für Erziehungsberechtigte, Lehrer/innen, Sozialpädagogen, Freiwillige etc. anbietet.“

Alle diese Einrichtungen sind mögliche Kooperationspartner der Pfd LK Gifhorn und sollten in der Umsetzung einbezogen werden.

4.8 Kommunalpolitik

Die Kommunalpolitik ermöglicht eine unmittelbare Nähe zum Bürger bzw. zur Bürgerin und bietet somit ein besonderes Potenzial, Demokratie als gestaltbar erfahrbar zu machen. In den Ortsvereinen der demokratischen Parteien kann Demokratie unmittelbar erlebt werden. Gleichzeitig wurde in der Online-Befragung teils ein deutlicher Vertrauensverlust in Politik/Institutionen sichtbar. Umso wichtiger ist eine transparente Kommunikation politischer Prozesse:

„Die Personen, die gewählt sind, müssen deutlich machen: Wir machen nicht unser eigenes Ding, sondern wir hören auf das, was ihr als Bürger uns erzählt. Das hat sich auch gebessert - früher wurde viel nach Gutsherrenart an der Bevölkerung vorbei entschieden (nicht transparent). Man muss deutlich machen, welches gute System wir haben.“

Die Aufgabe von (Kommunal-)Politik sei es auch, „auf Kinder und Jugendliche zuzugehen, erklären und aufzuklären“, so die Expert*innensicht. Dieser Herausforderung muss sich auch die Parteienjugend stellen, die allerdings Nachwuchs benötige⁶⁸.

Man müsse außerdem versuchen, die Bürger*innen einzuladen, an diesen Prozessen teilzuhaben, z.B. durch Einwohner*innenversammlungen. Als gutes Praxisprojekt wurden die aktiven Bürgerräte in Meinersen benannt. Hingegen wurde von Seiten der Expert*innen die zu starke Institutionalisierung des Formats der Bürgerräte kritisiert. Wichtig sei, den Bürger*innenräten „neue Energie [zu; Anm. d. A.] verleihen.“

⁶⁸ vgl. Fokusgruppe "Zielgruppe Jugendliche"

4.9 Dorfgemeinschaftshäuser im Landkreis

Dorfgemeinschaftshäuser sind wichtige Infrastruktur für wohnortnahe Begegnung, Vereinsleben und Beteiligung. In den Gifhorner Ortsteilen Gamsen, Kästorf, Neubokel und Wilsche werden Dorfgemeinschaftshäuser und in Winkel der Treffpunkt Bahnerhaus unterhalten. Diese Orte haben jeweils einen Hausmeister und bieten Raum für Veranstaltungen der Vereine und Bürger*innen der jeweiligen Dorfgemeinschaften.⁶⁹

„Die Dorfgemeinschaftshäuser sind die Zentren des kulturellen, sportlichen und Vereinslebens im jeweiligen Ortsteil und dienen in erster Linie für Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Ortsteils.“⁷⁰

Weitere Dorfgemeinschaftshäuser finden sich u.a. in Osloß, Leiferde, Boitzenhagen, Zahrenholz, Calberlah, Grassel, Bechtsbüttel, Wedelheine, Dannenbüttel, Adenbüttel, Wedelheine, Rötgesbüttel, Rothemühle, Vordorf, Eickhorst, Volkse, Seershausen, Päse, Ohof, Flettmar, Ettenbüttel, Dallendorf, Bökelse und Rethen. Diese Vielzahl dezentraler Orte bietet ein hohes Potenzial für wohnortnahe, niedrigschwellige Beteiligungs- und Demokratieförderungsangebote⁷¹.

4.10 Ressourcen in der Bevölkerung

Engagementpotenzial in der Bevölkerung

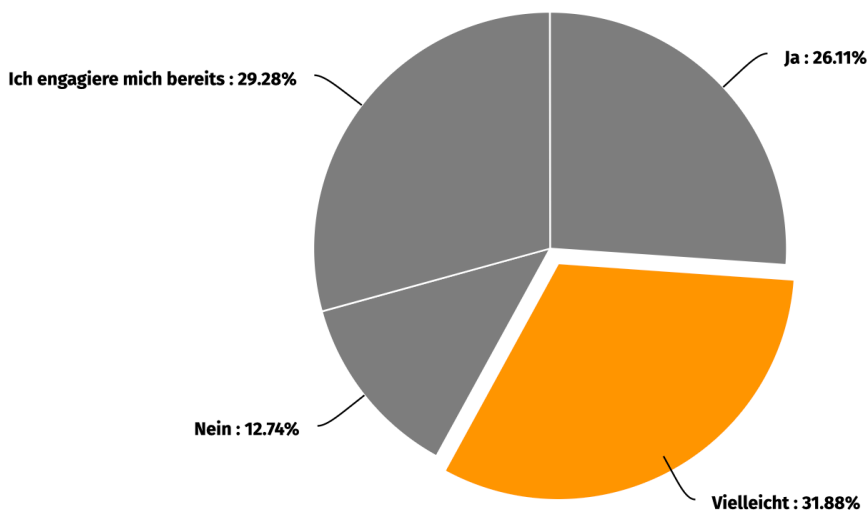
Im Landkreis gibt es viele Menschen, die sich bereits engagieren – z.B. in Vereinen oder Demokratieinitiativen – und weitere, die grundsätzlich offen für Engagement sind. In der Online-Bürger*innenbefragung geben über 26 % an, sich Engagement für ein gutes Zusammenleben vorstellen zu können; weitere knapp 32 % sind „vielleicht“ offen, knapp 30 % engagieren sich bereits. Nur knapp 13 % können sich kein Engagement für ein gutes Zusammenleben vorstellen.

⁶⁹ vgl. <https://t1p.de/uw72n>

⁷⁰ Stadt Gifhorn 2015b: Benutzungsordnung für die Gifhorner Dorfgemeinschaftshäuser

⁷¹ Möglicherweise bietet sich die Möglichkeit, die Dorfgemeinschaftshäuser zu Gemeinschaftszentren weiterzuentwickeln, wie sie in u.a. Zürich (vgl. <https://gz-zh.ch/>) und Mönchengladbach (vgl. <https://t1p.de/8w6zo>) umgesetzt werden.

Könnten Sie sich vorstellen, sich für ein gutes Zusammenleben im Landkreis einzusetzen oder mitzumachen? n=1421



Quelle: Online-Bürger*innenbefragung

Allerdings herrsche auch Angst davor, Anfeindungen für das eigene Engagement zur erfahren, wie sowohl in der Online-Bürger*innenbefragung aber auch in den Expert*inneninterviews benannt wurde:

„Es gibt viele Menschen, die sich eigentlich engagieren würden, aber lieber nicht Gesicht zeigen, weil sie Angst vor Anfeindungen haben.“

Aus Expert*innensicht stellt das ausgeprägte zivilgesellschaftliche Engagement dennoch eine zentrale Ressource für die Partnerschaft für Demokratie dar. Besonders hervorgehoben werden die Freiwilligen Feuerwehren und das Deutsche Rote Kreuz mit ihren flächendeckenden Strukturen im Landkreis. Auch Sport- und Schützenvereine – bereits an anderer Stelle benannt – bieten wichtige Anknüpfungspunkte für Kooperationen. Als weiteres Beispiel wird das Café Aller in Gifhorn genannt, das als niedrigschwelliger Begegnungs- und Unterstützungsort fungiert. Darüber hinaus engagieren sich zahlreiche Einzelpersonen, insbesondere im dörflichen Raum, bei der Unterstützung von Geflüchteten, etwa beim Zugang zum Arbeitsmarkt.

Ansprechende, motivierende Formate und Randbedingungen

Ein zentrales Motiv für die Teilnahme an Veranstaltungen ist für fast 45 % der Online-Befragten die **Wohnortnähe des Angebots**. Bereits zuvor wurde deutlich, dass ein gut ausgebauter ÖPNV eine wichtige Voraussetzung für Engagement in den Zentren des Landkreises darstellt. Die hohe Bedeutung der Wohnortnähe verweist zugleich auf das große Potenzial lokaler Räume in den Dörfern und Quartieren, wie es insbesondere durch die vorhandene Infrastruktur der Dorfgemeinschaftshäuser gegeben ist.

Die zweithäufigste Nennung entfällt mit knapp 44 % auf ein **spannendes Format**, z.B. kreativ, praktisch oder/ und dialogorientiert. Knapp 40 % der Befragten wünschen sich auch **konkrete Mitmachmöglichkeiten**. In Teilen können auch bei den Veranstaltungen die Kriterien der Beteili-

gung (vgl. 4.4) zur Anwendung kommen. In einer Antwort der Online-Bürger*innenbefragung wird es auf den Punkt gebracht:

„Keine Laberrunden, sondern etwas mit ‚Hand & Fuss‘ und Budget zur Umsetzung.“

Fast 31 % motiviert ein unmittelbarer Bezug zum Thema. Knapp 30 % sehen auch eine persönliche Einladung bzw. Empfehlung der Veranstaltung/ des Angebotes als sehr motivierend an. Weitere Motivationsgründe, die in der offenen Antwortmöglichkeit benannt wurden, sind z.B. eine Entfristung der Ehrenamtskarte, familienfreundliche Zeiten und kostenlose Angebote.

Besonders motivierende Faktoren zur Teilnahme an Formate der Demokratiebildung;

Format	Anzahl	In Prozent
Die Veranstaltung ist bei mir vor Ort	624	44,96
Ich finde das Format spannend.	605	43,59
Es gibt konkrete Mitmachmöglichkeiten	543	39,12
Das Thema betrifft mich direkt	430	30,98
Persönliche Einladung oder Empfehlung	412	29,68

Quelle: Online-Bürger*innenbefragung, n = 1.388

4.11. Soziale Netze

Gerade in einem ländlich geprägten Landkreis wie Gifhorn stellen soziale Netzwerke ein bedeutendes Potenzial für Information, Mobilisierung und Beteiligung dar. Insbesondere lokal verankerte digitale Netzwerke, wie z.B. Dorf- oder Stadtteil-WhatsApp-Gruppen, ermöglichen einen niedrigschwelligen Zugang zu unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Der digitale Raum kann damit gezielt genutzt werden, um Menschen im Landkreis anzusprechen und Informationen zu verbreiten.

Aus Expert*innensicht kommt es dabei weniger auf den Aufbau neuer digitaler Strukturen an, sondern auf die Nutzung bereits bestehender, oft stark regional organisierter Netzwerke:

„Wir müssen noch besser verstehen wie die Communities in den Sozialen Medien funktionieren. Oft sind die sehr regional. Es gibt mehrere WhatsApp Gruppen (von Flohmarkt, über Dorffunk). Das findet alles in den sozialen Medien statt.“

Besonders hervorgehoben wird das Potenzial sozialer Medien, digitale Kommunikation in reale Begegnung zu überführen. Entscheidend sei dabei, vorhandene Netzwerke gezielt anzusprechen und niedrigschwellige Übergänge in den analogen Raum zu schaffen, ohne einzelne Engagierte zusätzlich zu belasten:

„Daraus dann ein echtes soziales Treffen zu machen – da steckt Potenzial drin. Aber auch hier wieder: Nicht die Last auf einer Schulter (...) wir bauen auf die, die es schon gibt auf und sprechen genau denen eine Einladung aus zu etwas, was ganz niederschwellig ist. Und dann konkrete Angebote machen: einen Raum und Verpflegung bereitstellen, mit einem Rahmen und Thema“

4.12 Zusammenfassung und Zwischenfazit

Die Ressourcenanalyse verdeutlicht, dass im Landkreis Gifhorn bereits zahlreiche tragfähige Strukturen, Akteur*innen und Engagementformen vorhanden sind, die zur Stärkung von Demokratie, Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt beitragen können. Eine zentrale Rolle kommt den Kitas, Schulen und Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung zu. Sie sind nicht nur Orte der Demokratiebildung und Prävention, sondern ermöglichen auch den Zugang zu Eltern.

Besonders hervorzuheben sind zudem die gut etablierten Präventions- und Demokratiebündnisse, die Religionsgemeinschaften, die vielfältige Vereinslandschaft sowie die flächendeckenden ehrenamtlichen Strukturen, etwa der Freiwilligen Feuerwehren und des Sports. Diese bilden insbesondere im ländlichen Raum große Ressourcen für Demokratieförderung, Präventionsarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement.

Zugleich zeigt sich, dass erfolgreiche Demokratiearbeit im Landkreis stark von wohnortnahen, niedrighschwelligen Zugängen abhängt. Dorfgemeinschaftshäuser, Vereine, Schulen, lokale Feste sowie (digitale) Nachbarschaftsnetzwerke erweisen sich als gute Anknüpfungspunkte, um unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zu erreichen und Beteiligung zu fördern. Die Ergebnisse der Online-Bürger*innenbefragung unterstreichen, dass eine grundsätzliche Bereitschaft zum Engagement vorhanden ist, diese jedoch an bestimmte Rahmenbedingungen geknüpft ist. Besonders relevant sind kurze Wege, transparente Prozesse, ansprechende und praxisnahe Formate sowie konkrete Möglichkeiten zur Mitwirkung und Selbstwirksamkeit.

Gleichzeitig wird deutlich, dass vorhandene Ressourcen nicht automatisch wirksam werden, sondern gezielte Koordination, Vernetzung und Unterstützung benötigen. Insbesondere für ehrenamtlich getragene Strukturen und zivilgesellschaftliche Initiativen ist eine begleitende Unterstützung wichtig, um Überforderung zu vermeiden und nachhaltige Wirkung zu entfalten.

Aus Expert*innensicht stellt dabei die kleinteilige Struktur des Landkreises eine besondere Herausforderung dar: Die Vielzahl an Gemeinden und lokalen Kontexten erfordert es, Ziele und Maßnahmen so zu gestalten und zu operationalisieren, dass sie auch auf Ebene kleiner Gemeinderäte und lokaler Akteur*innen anschlussfähig sind und dort tatsächlich umgesetzt und gelebt werden können. Eine erfolgreiche Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Gifhorn wird daher maßgeblich davon abhängen, wie gut es gelingt, übergeordnete Ziele in realistische, passgenaue und lokal verankerte Maßnahmen zu übersetzen und diese kontinuierlich zu begleiten.

5. Exkurs „Neurechte Argumentationslinien“

Im Rahmen der offenen Antworten der Online-Bürger*innenbefragung lassen sich in rund 30 Fällen Argumentationsmuster identifizieren, die neurechten Diskursen zuzuordnen sind. Nicht in allen Fällen kann ein geschlossen rechtsextremes Weltbild vermutet werden, jedoch wird auch in diesen Fällen deutlich, dass die Diskurse von diesen Argumentationslinien beeinflusst werden. Der Exkurs dient der Einordnung dieser Argumentationslinien und ihrer möglichen Bedeutung für demokratische Aushandlungsprozesse im Landkreis Gifhorn.

Im Folgenden werden zentrale wiederkehrende Argumentationsmuster dargestellt, die in den offenen Antworten beobachtet wurden.

Volksgemeinschaft

Der Bezug auf das „eigene Volk“, das vor den Migrant*innen Zugriff auf die Ressourcen haben sollte, findet sich in vielerlei Antworten in unterschiedlich klarer Form.

„Man sollte erstmal ans eigene Volk denken, dann wollen und können die eigenen Bürger auch helfen.“

Der Volksbegriff wird gerade in der neuen Rechten in der Regel ethnisch verstanden. Er muss vor „Überfremdung“ durch „massenhafte Zuwanderung“ geschützt werden.

„Es findet ein gezielter Austausch der Bevölkerung statt, um gegen gewachsene Strukturen und der deutschen Kultur vorzugehen.“

Der Begriff „Remigration“ der neurechten Bewegung fällt ebenfalls in einigen Antworten.

„Der Begriff Remigration, fälschlicherweise als neutraler Ausdruck für die freiwillige Rückkehr von Migrant:innen präsentiert, entpuppte sich rasch als Standardvokabel im Grundwortschatz der neovölkischen Rechten. Diese prägte den Begriff im Rahmen ihres Vorhabens, mit Hilfe von Massendepортationen eine ethnisch definierte Volksgemeinschaft zu schaffen und deren ‚Reinhaltung‘ durch Segregation von als fremd wahrgenommenen Kulturen oder ‚Rassen‘ zu erreichen. Der Remigrationsbegriff ist untrennbar mit völkisch-rassistischen Deportationsplänen verbunden, die eine ‚ethnopluralistische‘ Weltordnung anstreben, die einer globalen Apartheid ähnelt.“⁷²

Auf dieser Ebene zeigt sich eine Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die Zugehörigkeit und Teilhabe an ethnische Kriterien knüpft.

Links-grün versiffter Mainstream

Ein weiteres Narrativ ist der „links-grün versiffte Mainstream“, der ein Außen konstruieren soll. Dies wird in der Befragung von einigen mit der „Antifa“ und „Vielfalt“ in Verbindung gebracht.

Die vermeintliche Verschiebung des Meinungsspektrums nach links wird ebenfalls als Argumentationsstrategie verwendet, um die Opferrolle zu verdeutlichen.

„Deutsch sein wird schon als rechts betitelt, Antimainstream ist schon rechts, eine gesunde Mitte ist schon rechts, Demokratie und Antidemokratie wird vertauscht (ich bin nicht in Deutschland geboren) es wird oft zu extrem links gehandelt, und jeder gleich als rechter diffamiert, der sich Ungerechtigkeit nicht gefallen lässt.“

Der ‚Mainstream‘ ist in dieser Aussage politisch links verortet. Hier wird deutlich, dass eine Unterdrückung der eigenen, konservativen bis rechten Meinung wahrgenommen wird. Inwieweit der ‚Mainstream‘ hier eine diskursive Mehrheit oder eine faktische Mehrheit umfasst, wird nicht deut-

⁷² Wagner, Florian 2025: Inventar der Migrationsbegriffe: 1

lich. Jedenfalls wird durch das Narrativ eine Ingroup konstruiert, die „gesunde Mitte“, die sich faktisch rechts orientiert und eine eigene Mehrheit suggeriert.

Konstruktion einer neuen „Mitte“

Die „schweigende Masse“ wird hier in einer imaginären Mitte verortet; vom „linken Rand“ wird die Meinung lautstark geäußert, während die meisten Menschen schweigen. Die hier angesprochene große Mehrheit, das vermeintlich ‚Normale‘ bleibt ungehört. Die Verschränkung mit dem Medien-diskurs und der als „tendenziös“ bezeichneten Berichterstattung findet sich ebenfalls in einigen Antworten dieser Befragung:

„Demokratie und freie Meinungsäußerung ist kaum noch möglich! Gefühlt berichten die Medien nur noch aus links-grüner Sichtweise, die Meinung eines großen Teils der Bevölkerung zählt nicht mehr!“

Betonung einer vermeintlichen Opferrolle

Deutlich wird in einigen Antworten die Argumentationsstrategie, dass konservative bis rechte Meinungen nicht mehr geäußert werden dürften. Jegliche - auch berechnete - Kritik an ihnen wird als „diskriminierend“ oder „antidemokratisch“ geframed.

„Wer Kritik an politischen Themen äußert (z.B. Migration, innere Sicherheit, Stadtbild) wird in die rechte Schublade gesteckt (und damit diskriminiert). Die gelebte Diskussion findet nicht mehr statt.“

„Demokratisch gewählte Abgeordnete werden kategorisch von sogenannten Demokraten ausgeschlossen.“

„Antidemokratisch ist das systematische Nichtzulassen anderer Meinungen als der des Mainstreams inkl. Verfolgung, Diffamierung jener Menschen.“

Allerdings argumentieren Neurechte selbst meist ausgrenzend. Eine Kritik an ihren (ausgrenzenden) Positionen und Argumentationsstrategien wird dann als „antidemokratisch“ geframed und sie selbst stellen sich als Opfer dar.

NGO-Begriff

Eine Besonderheit in der Debatte von rechts im Landkreis Gifhorn ist der Bezug auf die „NGOs“, also „Nicht-Regierungsorganisationen“. Gemeint sind vor allem die Bündnisse/ Initiativen für Demokratie, die in mehreren Antworten als „undemokratisch“ wie im oben dargestellten Argumentationsmuster bezeichnet wurden (vgl. 5.4).

„NGOs sind überflüssig und schaden der Demokratie, Vorfeldorganisationen der links-grünen Parteien.“

Zusammenfassung und Zwischenfazit

Nicht alle Argumentationslinien finden sich in allen der etwa 30 Antworten, aber die Argumentationslinien werden zum Teil im politischen Diskurs jenseits neurechter Parteipropaganda und im Altagsdiskurs aufgegriffen. So wird das Ziel, das Sagbarkeitsfeld nach rechts auszudehnen vonseiten der Neurechten, immer wieder erreicht.

„Der Rechtsextremismus braucht, ähnlich wie der Nationalsozialismus, eine alltäglich feindselige Stimmung gegen vermeintliche Randgruppen. Rechtsextreme Kampagnen und Slogans wie ‚Unsere Bürger zuerst‘, ‚Deutschland, aber normal‘, ‚Stolzmonat‘ oder ‚Remigrationspläne‘ verharmlosen die dahinterstehende Menschenfeindlichkeit und öffnen die Mitte für antidemokratische Orientierungen.“⁷³

⁷³ Zick, Andreas, Beate Küppers, Nico Mokros, Marco Eden (Hg.) 2025: 125

6. Handlungsansätze

Auf Grundlage der vorangegangenen Analyse- und Ressourcenkapitel werden im Folgenden zentrale Handlungsansätze für die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Gifhorn formuliert. Sie greifen identifizierte Herausforderungen, Bedarfe und Potenziale auf und zielen darauf ab, bestehende Strukturen zu stärken, Lücken zu schließen und demokratische Teilhabe für unterschiedliche Zielgruppen wirksam zu fördern.

6.1 Partnerschaft für Demokratie in die Fläche bringen

Der Landkreis Gifhorn ist sehr ländlich geprägt. Abgesehen von der Stadt Gifhorn und eingeschränkt von Wittingen bestehen weite Teile des Kreisgebiets aus kleineren Dörfern. Während in Gifhorn bereits sehr viele Angebote zur Demokratiebildung vorhanden sind, sollten auch in den Samtgemeinden und der Stadt Wittingen Angebote durchgeführt werden. Aus Expert*innensicht ist es besonders wichtig, mit der Partnerschaft für Demokratie auch in die Dörfer zu gehen.

„Ich habe das Gefühl dass die Landbevölkerung nicht so richtig abgeholt wird mit dem Thema.“

Hinzu kommen regionale Unterschiede: Der Nordkreis ist sozioökonomisch schwächer aufgestellt als der Südkreis mit seiner Nähe zur Automobilindustrie sowie den Oberzentren Wolfsburg und Braunschweig. In der Analyse wurde deutlich, dass die Herausforderungen im Nordkreis anders gelagert sind, als im Südkreis. So zeigen sich im Nordkreis höhere Werte bei Diskriminierungserfahrungen (z.B. aufgrund von Herkunft, Hautfarbe oder Aussehen), während im Südkreis insbesondere eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung und höhere AfD-Wähler*innenanteile auffallen. Diese regionalen Unterschiede bedingen, dass die Angebote der PfD auf die jeweiligen regionalen Zielgruppen zugeschnitten sein sollten.

6.2 Kitas und Schulen als Orte der Demokratiebildung weiterentwickeln

Demokratiebildung fördern

Demokratiebildung sollte bereits in den Kitas beginnen und in den Schulen fortgesetzt werden, da hier die Grundlagen für Respekt und Toleranz gelegt werden. Der Demokratieführerschein ist eine Gute Praxis an Schulen, um Demokratiebildung umzusetzen. Daher sollte dieser flächendeckend an allen Schulen im Landkreis Gifhorn realisiert werden, so die Expert*innenmeinung.

Radikalisierungsprävention stärken

Radikalisierungsprävention sollte insbesondere Jungen und junge Männer adressieren, die in Studien (u. a. Beermann/Lutterbach) als besondere Risikogruppe beschrieben werden⁷⁴. Auch die Ergebnisse der Online-Bürger*innenbefragung im Landkreis Gifhorn deuten darauf hin, dass Männer in höherem Maße durch demokratiefeindliche, polarisierende oder abwertende Einstellungen

⁷⁴ Beermann/ Lutterbach 2014: 31 und 23

auffallen. Zentrale Ansatzpunkte der Präventionsarbeit sind daher Identitätsarbeit, soziale Anerkennung sowie die Erfahrung von Selbstwirksamkeit.

Medienbildung sowie Angebote gegen Mobbing und Diskriminierung ausbauen

Medienbildung sollte im schulischen Kontext deutlich gestärkt und systematisch mit Angeboten gegen Mobbing und Diskriminierung verknüpft werden. Mobbing findet nicht nur im direkten schulischen Alltag, etwa auf dem Schulhof, statt, sondern zunehmend auch in digitalen Räumen. Soziale Medien fungieren dabei sowohl als Verstärker bestehender Konflikte als auch als eigenständiger Ort von Ausgrenzung, Abwertung und Diskriminierung. In den Erhebungen wurde insbesondere auf klassistisch geprägte Mobbing Erfahrungen hingewiesen.

Vor diesem Hintergrund sollte Medienbildung nicht ausschließlich technisch verstanden werden, sondern als präventiver Ansatz, der den reflektierten Umgang mit sozialen Medien, Kommunikationsformen und digitalen Dynamiken in den Mittelpunkt stellt. Dazu gehören Kompetenzen im Erkennen von Grenzverletzungen, Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ebenso wie der Umgang mit Konflikten, Hate Speech und Ausgrenzung im digitalen Raum.

Wie in den Expert*inneninterviews betont wurde, besteht hier ein deutlicher Nachholbedarf:

„In den Schulen gibt es schon sehr früh iPads, aber diese Medienbildung die ja auch dazu gehört, die fehlt komplett.“

Die Ausweitung medienpädagogischer Angebote stellt damit einen zentralen Baustein sowohl der Mobbing- und Diskriminierungsprävention als auch der Radikalisierungsprävention dar.

6.3 Vereine unterstützen und sensibilisieren

In Vereinen sind Menschen unterschiedlicher Altersgruppen und sozialer wie geografischer Herkunft gemeinsam aktiv. Egal ob Sport-, Schützen- oder Kultur- und Heimatvereine – sie alle erreichen sehr viele Menschen und setzen sich für das Gemeinwesen ein.

Gleichzeitig stehen Vereine vor der Herausforderung, Neumitglieder und Nachwuchs für die Vorstandsarbeit zu gewinnen. Denkbar ist die Entwicklung einer kleinen, kreisweiten Öffentlichkeitskampagne, die ehrenamtliches Engagement sichtbar macht und für eine Mitarbeit in Vereinen wirbt. Darüber hinaus könnten Vereine bei der Weiterentwicklung ihrer Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden, etwa durch eine finanzielle Förderung der Homepagegestaltung oder durch die kreisweite Bekanntmachung bestehender Angebote.⁷⁵ Auf diese Weise lassen sich Zugänge erleichtern, Reichweiten erhöhen und die Attraktivität des Ehrenamts insgesamt stärken.

Gerade die interkulturelle bzw. diversitätsorientierte Öffnung ist für viele Vereine jedoch noch mit Unsicherheiten und Herausforderungen verbunden. Damit Öffnungsprozesse gelingen können, bedarf es einer gezielten Sensibilisierung für Diskriminierung sowie einer Auseinandersetzung mit eigenen Strukturen, Routinen und möglichen Ausschlussmechanismen.

Von den Expert*innen wurde vorgeschlagen, Lots*innen oder Botschafter*innen für die Öffnung für neue Zielgruppen zu gewinnen, die dem Verein dabei helfen, die eigene Organisation neu aufzustellen. Darüber hinaus könnten auch Workshops und Fortbildung zu diesem Thema mit den Vereinsvorständen und -mitgliedern durchgeführt werden.

⁷⁵ Der Ansatz der Digitalen Nachbarschaften ist hier zielführend: <https://t1p.de/4a5b1>

Zudem wurde angeregt, den Ausschluss von Rechtsextremismus explizit in Vereinssatzungen zu verankern. Hierdurch kann eine klare Haltung nach innen und außen sichtbar gemacht werden. Zugleich erhalten Vereine damit eine verbindliche Grundlage, um bei demokratiefeindlichem oder rechtsextremem Verhalten konsequent handeln und im Bedarfsfall auch vereinsrechtliche Maßnahmen bis hin zum Ausschluss von Mitgliedern rechtssicher begründen zu können.

6.4 Begegnung und Austausch zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts fördern

Stärkung des intergenerationalen Dialogs

Die politische Polarisierung im Zusammenleben kondensiert an den Punkten wie Flucht/ Migration und Corona besonders. Hier könnte im intergenerationalen Dialog zum Beispiel in Erzählcafés an diesen Themen gearbeitet werden⁷⁶.

Die Begegnung ist hierbei besonders wichtig, wie auch in der Fokusgruppe "Zielgruppe Jugendliche" betont wurde.

„Wenn man einfach mal mit einer geflüchteten Familie in den Austausch kommt, dann merkt man, dass man sehr viel gemeinsam hat.“

Nutzung lokaler digitaler Netzwerke

Lokale WhatsApp- oder Facebook-Gruppen gibt es in vielen Nachbarschaften und Freundeskreisen aber auch von Kirchengemeinden oder Sportvereinen. Ein Handlungsansatz wäre hier, gezielt die Gruppenadministrator*innen dafür zu gewinnen, Informationen, Einladungen und Angebote in ihren Netzwerken zu teilen.

Im Ansatz der digitalen Nachbarschaften werden gezielt digitale Nachbarschaftsnetzwerke gestärkt. Dies könnte im Landkreis Gifhorn durch wohnortnahe Fortbildungen geschehen (z.B.: Wie generiere ich werthaltigen Content, der in den Gruppen geteilt wird? Wie gestalte ich digitale Netzwerkarbeit?)

Aktionen an Orten mit erhöhtem Unsicherheitsempfinden durchführen

Zu den konfliktbehafteten Orten gehören neben dem ÖPNV auch der ZOB, der Bahnhof Gifhorn-Stadt und die Braunschweiger Straße. Neben städtebaulich-kriminalpräventiver Gestaltung können gezielte Aktionen (z. B. Improtheater, Lesungen) an diesen Orten oder in Bussen und Bahnen dazu beitragen, diese Orte zu beleben oder Unsicherheiten durch Begegnungen, z.B. in der Braunschweiger Straße, zu nehmen.

Förderung von Stadt(teil)-/Dorffesten zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts

Stadtteil- oder Dorffeste können direkt vor Ort zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts beitragen. Sie sollten allerdings auch die Themen Begegnung, Respekt und Toleranz in der Ausgestaltung berücksichtigen. Die Umsetzung könnte derart ausgestaltet werden, dass Mikroförderungen nach bestimmten Kriterien (z.B. Intergenerationalität, Barrierefreiheit, kostengünstig) vergeben

⁷⁶ vgl. <https://t1p.de/cgw0o>

werden kann. Außerdem könnte ein Leitfaden erstellt werden, was bei einem Stadtteil- oder Dorffest zu bedenken ist und wie eine Anmeldung erfolgt. So hätten auch weniger erfahrene Veranstalter*innen die Chance, ein solches Fest zu planen und zu realisieren.

6.5 Kreative, wohnortnahe Angebote zur Überwindung der Demokratieskepsis für alle Altersgruppen durchführen

Jugendforen wohnortnah zu verschiedenen Themen organisieren

In der Vergangenheit wurden bereits Jugendforen im Kreisgebiet durchgeführt. Hier gilt es, bei zukünftigen Jugendforen weitere Bevölkerungsgruppen zu erschließen.

Verschiedene Beteiligungsformate bekannt machen und stärken

Beteiligung erzeugt bei Anwendung der weiter oben dargestellten Kriterien dafür, dass die Mitwirkenden Selbstwirksamkeit erfahren und in demokratische Willensbildungsprozesse einbezogen sind. So wird unmittelbar das Vertrauen in die Demokratie gestärkt. Es gibt im Landkreis unterschiedlichste Formen und Formate der Beteiligung. Diese sollten breiter bekannt gemacht und ausgebaut werden.

Es gibt sowohl intergenerationale Beteiligungsformate als auch zielgruppenspezifische Angebote zur Mitwirkung und Mitgestaltung. Beide Formen haben ihre Berechtigung und müssen auf den jeweiligen Beteiligungsgegenstand abgestimmt sein. Die Angebote sollten in jedem Fall digital oder/und wohnortnah sein, da die schlechte Taktung des ÖPNV im Landkreis eine Partizipation deutlich erschwert. Alternativ müsste eine Anfahrt mit Bussen organisiert werden, um so vielen Menschen wie möglich eine Teilhabe zu ermöglichen. Als Ressourcen könnten hier die Dorfgemeinschaftshäuser und andere soziokulturelle Zentren zum Tragen kommen.

Wohnortnahe Zukunftskonferenzen durchführen

Zukunftskonferenzen – zum Beispiel unter dem Titel „Wie wollen wir in 2036 im Landkreis Gifhorn zusammen leben?“ – könnten Menschen zusammenbringen und ihnen die Möglichkeit bieten, sich über das Zusammenleben und ihre Wünsche und Anforderungen an dasselbe auszutauschen. Ein Ziel könnte es sein, gemeinsam ein Verständnis vom bzw. eine Haltung zum Zusammenleben im Landkreis Gifhorn zu entwickeln⁷⁷.

Kreative Aktionen im öffentlichen Raum

In der Online-Bürger*innenbefragung wurden explizit kreative Aktionen gewünscht, die keinen hohen Zeitaufwand in der Mitwirkung mit sich bringen. Daher sollten Kunstaktionen oder andere Aktionen, die dem Zusammenhalt dienen, durchgeführt werden. Ihr Ziel sollte es sein, auf den Wert von Demokratie hinzuweisen und auf Diskriminierung aufmerksam zu machen. Beispielsweise könnten Aktionen zu den einzelnen Facetten von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durchgeführt werden.

⁷⁷ vgl. Gladbecker Erklärung: <https://t1p.de/ko53> oder auch das Rastatter Verständnis vom Zusammenleben: <https://t1p.de/6hp24>

6.6 Ganzheitliche Öffentlichkeitsarbeit umsetzen

Die Öffentlichkeitsarbeit der Partnerschaft für Demokratie sollte über die reine Bekanntmachung einzelner Angebote hinausgehen und als strategisches Instrument zur Stärkung demokratischer Haltungen genutzt werden. So kommt der Öffentlichkeitsarbeit aus Expert*innensicht eine zentrale Rolle bei der Prägung „positiver Narrative“ zu. Neben Informationsarbeit bedarf es daher Formate, die Orientierung geben, Identifikation ermöglichen und positive Gegenbilder zu demokratiefeindlichen Narrativen sichtbar machen.

Ein zentraler Baustein kann eine Kampagne mit lokalen Vorbildern sein, die sich glaubwürdig und alltagsnah für Respekt, Toleranz und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen. Durch persönliche Geschichten und sichtbares Engagement lassen sich demokratische Werte konkret erfahrbar machen und in der Breite der Bevölkerung verankern.

Ergänzend könnte ein regelmäßig ausgelobter Respekt-Preis eingeführt werden, der besonderes Engagement für ein respektvolles Miteinander und den Einsatz gegen Diskriminierung würdigt. Eine solche Anerkennung stärkt nicht nur bestehendes Engagement, sondern wirkt zugleich motivierend und signalisiert gesellschaftliche Wertschätzung.

6.7 Vernetzung relevanter Akteur*innen im Kreisgebiet stärken

Aus Expert*innensicht stellt die Vernetzung der bestehenden Akteur*innen ein zentrales, bislang noch nicht vollständig ausgeschöpftes Potenzial der Partnerschaft für Demokratie dar. Die Partnerschaft könnte über Sport- und Schützenvereine, das DRK und die Freiwilligen Feuerwehren noch viele weitere Zielgruppen erreichen und für die Stärkung der Demokratie gewinnen. Ein Ansatz den ein*e Expert*in formuliert hat, wäre, eine „Karte der Demokratie“ mit allen Akteur*innen zu erstellen, die in diesem Zusammenhang tätig sind.

Die Solidarität der Akteur*innen untereinander bei Übergriffen im Netz oder analog ist gut ausgeprägt, kann aber noch weiter im Rahmen der Vernetzung ausgebaut werden.

Darüber hinaus wurde der Bedarf betont, Wissen systematisch zu teilen. Für die Akteur*innen ist es wichtig, über Entwicklungen im extremistischen Spektrum sowie über neue Dynamiken im Landkreis informiert zu sein, um eigene Beobachtungen besser einordnen und angemessen reagieren zu können. Die Partnerschaft für Demokratie kann hier als koordinierende Schnittstelle fungieren, die Informationen bündelt, einordnet und bedarfsgerecht weitergibt.⁷⁸

6.8 Transparenz der kommunalpolitischen Entscheidungen und Erläuterung des Verwaltungshandelns erhöhen

Den politischen Parteien und der Kommunalpolitik kommt eine zentrale Rolle für die Stärkung demokratischer Prozesse im Landkreis Gifhorn zu. Kommunalpolitik ist für viele Bürger*innen der unmittelbarste Kontaktpunkt mit Demokratie und prägt maßgeblich das Vertrauen in politische Institutionen.

⁷⁸ Dies ist auch Teil eines Sicherheitskonzepts, das jede Pfd für sich und ihre Mitwirkenden erstellen sollte.

Gleichzeitig wurde in den Interviews betont, dass politische Präsenz und Dialogangebote stärker und kontinuierlicher erfolgen sollten – nicht nur im Kontext von Wahlkämpfen:

„Die einzelnen Parteien müssten viel mehr für die Bevölkerung machen und hingehen (...) das bräuchten wir auch abseits der Wahlkämpfe. Auch in den Wahlkampfpausen müsste mehr für die Demokratieentwicklung gemacht werden von den Parteien.“

Dieser Handlungsansatz richtet sich zunächst an die einzelnen Parteien. Möglicherweise können aber auch parteiübergreifende Informations- und Beteiligungsformate entwickelt werden, die niedrigschwellig Einblicke in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse geben und den Austausch mit der Bevölkerung fördern.

Wie transparente Vermittlung von Entscheidungswegen und -gründen am besten an die Bürger*innen vermittelt werden kann, sollte in Fortbildung für Politiker*innen und Verwaltungsmitarbeitende erarbeitet werden.

Ein weiteres zentrales Thema für Politik und Verwaltung ist die Gestaltung von Beteiligung vor Ort. Dabei sollte im Vorfeld transparent geklärt werden, welche Entscheidungskompetenzen bestehen und welche tatsächlichen Mitwirkungs- und Gestaltungsspielräume zur Verfügung stehen. Eine klare Abgrenzung zwischen Information, Beratung und Mitentscheidung ist eine wichtige Voraussetzung, um realistische Erwartungen zu schaffen, Vertrauen aufzubauen und Enttäuschungen im Beteiligungsprozess zu vermeiden.

6.9 Umgang mit stadträumlichen Konfliktorten und subjektivem Sicherheitsempfinden

Das subjektive Sicherheitsempfinden trägt entscheidend dazu bei, ob ein Stadtraum genutzt oder gemieden wird. Wenn Begegnung und Teilhabe zentrale Ziele der Partnerschaft für Demokratie sind, muss gewährleistet sein, dass diese möglichst in allen Teilen des Landkreises angstfrei möglich sind.

Unsicherheitswahrnehmungen entstehen dabei zum einen durch Zuschreibungen gegenüber bestimmten Personengruppen, die sozial abgewertet oder als „fremd“ markiert werden. Zum anderen spielen städtebauliche und infrastrukturelle Faktoren eine wichtige Rolle, etwa unübersichtliche Sichtachsen, enge Gehwegbreiten, mangelhafte Beleuchtung oder sogenannte Incivilities⁷⁹ wie Verschmutzung oder Vandalismus, die das Sicherheitsempfinden negativ beeinflussen können.

Vor diesem Hintergrund bietet es sich an, die Stadträume Bahnhof Gifhorn-Stadt, ZOB und Braunschweiger Straße aufgrund der häufigen Benennung als Konfliktort städtebaulich-kriminalpräventiv zu auditieren und daraus Schlussfolgerungen für die Umgestaltung und soziale Maßnahmen zur Stärkung der Nachbarschaften und der Begegnung gerade in der Braunschweiger Straße zu erarbeiten.

⁷⁹ „Als Incivilities gelten Verfallserscheinungen der sozialen Ordnung oder der materiellen Umwelt in einem städtischen Quartier, die als Zeichen sozialer Desorganisation gedeutet werden.“ (Hohage 2004: 79)

6.10 Besondere Zielgruppen

Aus Expert*innensicht lassen sich für die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Gifhorn insbesondere zwei Zielgruppen als besonders relevant identifizieren:

- Kinder und Jugendliche
- traditionelle, konservative Menschen

Kinder und Jugendliche gelten als zentrale Zielgruppe der Demokratieförderung, da hier frühzeitig demokratische Haltungen, Konfliktfähigkeit und Beteiligungskompetenzen aufgebaut werden können. Kinder lassen sich gut über Kitas erreichen, Jugendliche insbesondere über Schulen sowie über Angebote der offenen Jugendarbeit. Eine besondere Herausforderung besteht jedoch darin, dass Jugendliche laut der Fokusgruppe "Zielgruppe Jugendliche" nur über begrenzte freie Zeit verfügen und sehr bewusst abwägen, für welche Angebote sie diese einsetzen. Beteiligungsformate sollten daher niedrigschwellig, zeitlich begrenzt und möglichst attraktiv gestaltet sein. Als besonders geeignet wird ein Peer-to-Peer-Ansatz eingeschätzt, bei dem Jugendliche selbst an der Konzeption und Umsetzung von Beteiligungsangeboten für andere Jugendliche beteiligt sind.

Als weitere relevante Zielgruppe werden traditionelle, konservative Bevölkerungsgruppen benannt. Diese lassen sich häufig weniger über explizit demokratiepolitische Formate erreichen, sondern eher über bestehende soziale Strukturen wie Kirchengemeinden oder Vereine. Diese Orte bieten niedrigschwellige Zugänge und ermöglichen es, demokratische Themen in einen alltagsnahen Kontext einzubetten.

Nicht zuletzt stellt gerade für Menschen mit Migrationsgeschichte die Sprache häufig eine zusätzliche Hürde für Beteiligung dar. Um Zugänge zu erleichtern und eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen, sollten bei Bedarf unterstützende Maßnahmen wie der Einsatz von Dolmetscher*innen oder mehrsprachige Informationsmaterialien eingeplant werden.

Die vertiefende Auswertung der Online-Bürger*innenbefragung zeigte darüber hinaus einen besonderen Bedarf an demokratie- und dialogfördernden Angeboten für Männer.

7. Fazit und Ausblick

In diesem Fazit und Ausblick werden nicht noch einmal die Ergebnisse der Studie zusammengefasst, dies ist in den einzelnen Kapiteln bereits erfolgt. Außerdem werden die Handlungsansätze nicht wiederholt. An dieser Stelle werden ausgesuchte Facetten der Entwicklung und möglichen Hebel für die Demokratiebildung und Diskriminierungsprävention benannt und der Blick geweitet.

Im Landkreis Gifhorn sind als besondere Herausforderungen der starke Vertrauensverlust in Politik und Behörden sowie die steigende „politische Polarisierung“ zu benennen. Der Vertrauensverlust kann entscheidend durch Mitwirkungsmöglichkeiten und die Kommunikation von Entscheidung(swegen) zurückgedrängt werden. Aber um der „politischen Polarisierung“ und einer sich verändernden Diskussionskultur entgegenzuwirken, ist der Hebel die Stärkung des wertschätzenden Dialogs und der Begegnung sowohl im analogen als auch im digitalen Raum.

Demokratiebildung gegen Vertrauensverlust in Politik und Behörden

Die Demokratiebildung geschieht nicht von selbst, denn wie Oskar Negt formulierte:

„Demokratie ist die einzige Regierungsform, die gelernt werden muss.“⁸⁰

Zentrale Orte der Demokratiebildung sind neben den Schulen, den Vereinen auch die Nachbarschaften. Grundlegend für einen Dialog ist ein guter sozialer Zusammenhalt, den gerade die dörfliche Struktur des Landkreises jenseits von Gifhorn und Wittingen durchaus aufweist. Die Stärkung der Nachbarschaften auch im städtischen Umfeld sind wichtige Anker des Zusammenlebens. Schulen sind Kristallisationspunkte der Demokratiebildung und sollten besonders in den Fokus der Partnerschaft für Demokratie genommen werden.

Dialog und Begegnung gegen Diskriminierung, politische Polarisierung und schwächer werdenden sozialen Zusammenhalt

Wertschätzender Dialog und Begegnung auf Augenhöhe helfen dabei, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und ermöglichen auch durch Präventionsangebote, Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorzubeugen oder diese zu bearbeiten. Die Herausforderungen zeigen sich hier ebenfalls in einer Polarisierung auf dem Schulhof und Mobbing im analogen wie digitalen Raum. Medienbildung ist überregional ein zentrales Instrument, um den Jugendlichen in den verschiedenen digitalen und analogen Lebensräumen Methoden an die Hand zu geben, Fake-News zu erkennen und Diskriminierung entgegenzutreten.

Der Landkreis zeichnet sich durch eine flächendeckende Vereinsstruktur v.a. in den Bereichen Sport, Kultur und Brauchtum sowie zahlreiche Standorte der Freiwilligen Feuerwehr, des Deutschen Roten Kreuzes und weiterer Hilfsdienste aus. Diese gilt es auch für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und die Demokratiebildung zu nutzen und insbesondere die Vereine darin zu stärken, hier ihren Beitrag zu leisten.

Eine große Ressource sind die Dorfgemeinschaftshäuser, die in der Fläche vertreten sind. Sie könnten Orte der Begegnung und des Dialogs sein, an denen auch der Wert der Demokratie und die Notwendigkeit der Teilhabe immer wieder thematisiert werden sollte.

⁸⁰ Negt 2004: 197

Daseinsvorsorgende Infrastruktur als Motor des sozialen Zusammenhalts

Darüber hinaus stellen sich im Flächenkreis Gifhorn auch infrastrukturelle Herausforderungen gerade im Nordkreis, die für den sozialen Zusammenhalt und die Teilhabe an Demokratie wesentlich sind:

„Die daseinsvorsorgenden Infrastrukturen sind nicht lediglich Versorgungs- oder Vorsorgeleistungen, sie sind darüber hinaus entscheidende Motoren der sozialen und territorialen Integration und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.“⁸¹

Der Landkreis nimmt die Herausforderung an, die Verfügbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge auch für ältere Menschen flächendeckend zu gewährleisten, was jedoch aufgrund der geografischen Entfernungen nicht einfach ist. Gelingt die Versorgung nur unzureichend, sinkt die Lebenszufriedenheit, was oft mit Existenzängsten und der Ablehnung von Veränderung einhergeht.

Wahrnehmung von Veränderung

Je ländlicher eine Region ist, desto eher werden die aktuellen Veränderungen als zu schnell und in die falsche Richtung gehend wahrgenommen⁸². Hier könnte auch der Ansatz von Adornos „Provinzialität“ eine Rolle spielen:

*„Provinzialität bezeichnet im Anschluss an Theodor W. Adorno also ein Denken in fixen Kategorien, das Reflexion und damit Ambivalenz ablehnt, mit Autoritarismus und Ungleichheitsideologien kompatibel und entsprechend von der politischen Rechten mobilisierbar ist – und das auf dem Land tendenziell, weil es sozialen Formen und nicht Siedlungsformen entspringt, eher vorzufinden ist als in der Stadt.“*⁸³

Die hier angesprochenen „fixen Kategorien“ „solchen Denkens gehen einher mit Hierarchisierungen, insbesondere zwischen ‚uns‘ und den ‚Fremden‘ (Auswärtigen, Zugezogenen, ‚Ausländern‘ etc.) sowie zwischen Männern und Frauen, Hetero- und Homosexualität, fixen und fluiden sexuellen Identitäten“. Hier findet gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit leichten Nährboden. Umso wichtiger ist es, diese Mechanismen aufzudecken und diesen entgegenzuwirken.⁸⁴

Gesellschaftlicher Wandel sollte anders wahrgenommen und im Sinne einer Ambiguitätstoleranz kommuniziert werden. Vielfalt ist in diesem Zusammenhang ein Begriff, der im Landkreis Gifhorn stark polarisiert und die Veränderung in eine falsche Richtung symbolisiert (wie auch die Regenbogenfahne). Daher könnte die Partnerschaft für Demokratie in der Öffentlichkeitsarbeit und in Einzelprojekten darauf hinwirken, einen gemeinsamen Begriff von Vielfalt zu erarbeiten und die Veränderungen in der Gesellschaft auch im Zusammenhang mit Migration positiv zu konnotieren.

Abschließend

Die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Gifhorn kann keine Lösung für alle diese Herausforderungen anbieten, aber sie stellt personelle und finanzielle Ressourcen für die Demokratiebil-

⁸¹ Zick u.a. 2025: 263

⁸² ebd.: 277

⁸³ Belina 2025: 25

⁸⁴ Die Begleitforschung des Bundesprogramms „Demokratie leben“ unterstreicht den Zusammenhang von Sozialraum und potentieller Deprivation in der Veröffentlichung „Aktivierung für Demokratie in strukturschwachen Räumen. Raumtypologie, Praxis und Gelingensbedingungen der Engagementförderung“ und verdeutlicht deren Relevanz für die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie.

dung und Diskriminierungsprävention im Landkreis zur Verfügung. Somit kann sie einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderungen leisten.

Anhang

Literaturverzeichnis

- Beelmann**, Andreas und Sebastian Lutterbach 2024: Radikalisierungsgefährdungen junger Menschen - Ergebnisse der landesweiten CTC-Jugendbefragung 2021/22 in Niedersachsen Kurzlink: <https://t1p.de/w6uqy>
- Beelmann, Andreas u.a. 2024: Praxisempfehlungen Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention, Kurzlink: <https://t1p.de/fnbwy>
- Beigang, Steffen; Fetz, Karolina; Kalkum, Dorina; Otto, Magdalena (2017): Diskriminierungserfahrungen in Deutschland. Ergebnisse einer Repräsentativ- und einer Betroffenenbefragung. Hg. v. Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Baden-Baden: Nomos.
- Belina, Bernd: „Provinzialität – zur Geografie einer Denkweise“ in: Niendorf, Johanna et al. (Hrsg.): „Antifeminismus und Provinzialität Zur autoritären Abwehr von Emanzipation“. transcript Verlag, 2025
- Elias**, Norbert und John L. Scotson 1993: Etablierte und Außenseiter, Suhrkamp, Frankfurt
- Freiheit**, Manuela u.a. 2024 in Erich Marks, Claudia Heinzemann, Gina Rosa Wollinger (Hrsg.): Krisen & Prävention - Ausgewählte Beiträge des 28. Präventionstages, Forum Verlag, Godesberg
- Greenberg**, Pyszczynski & Solomon 2015: The Worm at the Core. On the Role of Death in Life, Random House, New York
- Hess**, Sabine, Jana Binder, Johannes Moser 2009: No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld. Transcript Verlag
- Hohage, Christoph 2004: "Incivilities" und Kriminalitätsfurcht - Soziale Probleme, 15(1), 77-95, Kurzlink: <https://t1p.de/gktzg>
- Landespräventionsrat Niedersachsen** 2025: Geschäftsbericht 2024: Kurzlink: <https://t1p.de/diowj>
- LK Gifhorn 2022: Sozialbericht 2021, Kurzlink: <https://t1p.de/mss1i>
- LK Gifhorn 2007: Integriertes ländliches Entwicklungskonzept (ILEK) für den Landkreis Gifhorn: Kurzlink: <https://t1p.de/nrsit>
- LK Gifhorn 2024: Altenbericht 2023, Link: https://www.landkreis-gifhorn.de/PDF/Pflegebericht_2023.PDF?ObjSvrID=4083&ObjID=318&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1741593168
- LK Gifhorn 2025: Landkreis Gifhorn - Lokal und international verbunden, Link: <https://t1p.de/xymmc>
- Negt**, Oskar 2004: Politische Bildung ist die Befreiung der Menschen. In: Hufer, Klaus-Peter/Pohl, Kerstin/Scheurich, Imke (Hg.), Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung (S. 196–213). Schwalbach, Ts.: Wochen-schau
- Nexiga GmbH: Kaufkraft in Deutschland 2025, Kaufkraftberechnungen auf Basis von Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), des Statistischen Bundesamtes sowie der Bundesagentur für Arbeit, <https://www.arcgis.com/apps/dashboards/5c4c0c11df974-da3be529424a5cbdd2f>.

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 2025a: Verfassungsschutzbericht 2024, Kurzlink: <https://t1p.de/s4epc>

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 2025b Handout Pressekonferenz „Politisch motivierte Kriminalität Niedersachsen 2024“ am 05.05.2025

Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung 2026: Landesverband der Alternative für Deutschland (AfD) in Niedersachsen als „Beobachtungsobjekt von erheblicher Bedeutung“ eingestuft, Pressemitteilung vom 17.02.2026, https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/startseite/aktuelles_service/aktuelle_meldungen/landesverband-der-afd-niedersachsen-ist-beobachtungsobjekt-von-erheblicher-bedeutung-248730.html

Pries, Ludger 2015: Teilhabe in der Migrationsgesellschaft: Zwischen Assimilation und Abschaffung des Integrationsbegriffs, IMIS-Beiträge, Bochum

Reinhold, Gerd 1997: Lexikon der Soziologie, R. Oldenbourg Verlag, München

Speit, Andreas und Andrea Röpke 2022: Freies Lernen wie in Russland, taz 12.04.2022, Kurzlink: <https://t1p.de/ygqoy>

Stadt Gifhorn 2025: Stolpersteine in Gifhorn: Kurzlink: <https://t1p.de/25i1l>

Stadt Gifhorn 2025b: Benutzungsordnung für die Gifhorner Dorfgemeinschaftshäuser, Kurzlink: <https://t1p.de/yq4ly>

Statista 2024: Entwicklung der Gesamtbevölkerung im Landkreis Gifhorn: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/981636/umfrage/entwicklung-der-gesamtbevoelkerung-im-landkreis-gifhorn/>

Teidelbaum, Lucius 2023: Reaktionäre Sehnsüchte, taz 20.05.2023, Kurzlink: <https://t1p.de/s3uf5>

Teidelbaum, Lucius 2023b: Anastasias Jünger in Baden-Württemberg. Reaktionäre Sehnsüchte, Kontext-Wochenzeitung 633/2023, Kurzlink: <https://t1p.de/sbvgn>

Zick, Andreas, Beate Küppers, Nico Mokros, Marco Eden (Hg.) 2025: Die angespannte Mitte - Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/2025 Kurzlink: <https://t1p.de/st3b2>

Wagner, Florian (2025): “Remigration”, in: Inken Bartels, Isabella Löhr, Christiane Reinecke, Philipp Schäfer, Laura Stielike, Maurice Stierl (Hg.), Inventar der Migrationsbegriffe, 20.02.2025. Kurzlink: <https://t1p.de/l3n57>

Die Kurzlinks werden mit <https://t1p.de/> erstellt und weisen einen Phishing- & Malware-Schutz auf.

Abbildungsverzeichnis

Titel	Seite
Zeitstrahl Situations- und Ressourcenanalyse Pfd LK Gifhorn	5
Prozentuale Verteilung der Bewohner*innen des Landkreises und der Teilnehmenden der Online-Bürger*innenbefragung	6
Prozentuale Altersverteilung der Bewohner*innen des Landkreises und der Teilnehmenden der Online-Bürger*innenbefragung	7
Landkreis Gifhorn und seine Mitgliedsgemeinden	10
Bevölkerungsentwicklung LK Gifhorn 1992 - 2024	10
Ausländische Bevölkerung im Landkreis am 31.12.2024 nach Aufenthaltsdauer in Jahren	11
Anteil der unter 18-Jährigen in SGB II-Bezug in Prozent in den Mitgliedsgemeinden 2021	11
Bundestagswahl 23.02.2025	12
Fünf größten Herausforderungen; n = 1.416	16
Viele Menschen haben das Vertrauen in Politik und Behörden verloren. Auswertung nach Teilgruppen	17
Aussage: Die Regierung trifft viele Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg. N = 1.403	18
Aussage: Die Regierung trifft viele Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg. nach Teilgruppen	18
Es wird immer schwieriger, sachlich miteinander zu reden und sich auf gemeinsame Fakten zu einigen Auswertung nach Teilgruppen	20
Aussage: Ich habe das Gefühl, dass man heute nicht mehr offen sagen kann, was man denkt. N = 1.388	20
Aussage: Ich habe das Gefühl, dass man heute nicht mehr offen sagen kann, was man denkt. nach Teilgruppen	21
Ausgrenzung wegen politischer Meinung. Auswertung nach Teilgruppen	22
Immer mehr Menschen driften in antidemokratische Denkweisen ab. Auswertung nach Teilgruppen	23
Zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft fehlt oft der Kontakt und der Austausch	24
Der Zusammenhalt der Menschen im Landkreis wird schwächer. Auswertung nach Teilgruppen	25
Aussage: Ich finde es gut, dass in Deutschland Menschen mit vielen verschiedenen Hintergründen zusammenleben. n = 1.401	26
Aussage: Ich finde es gut, dass in Deutschland Menschen mit vielen verschiedenen Hintergründen zusammenleben. nach Teilgruppen	26
Aussage: Wer in Deutschland lebt, sollte sich an unsere Kultur und Lebensweise vollständig anpassen. n = 1.405	27
Aussage: Wer in Deutschland lebt, sollte sich an unsere Kultur und Lebensweise vollständig anpassen. nach Teilgruppen	28
Aussage: Ich habe Angst, dass sich Deutschland durch Zuwanderung zu sehr verändert. n = 1.389	28
Aussage: Ich habe Angst, dass sich Deutschland durch Zuwanderung zu sehr verändert. nach Teilgruppen	29
Aussage: Ich finde es wichtig, dass Minderheiten in unserer Gesellschaft gezielt unterstützt werden. N = 1.394	29
Aussage: Ich finde es wichtig, dass Minderheiten in unserer Gesellschaft gezielt unterstützt werden. nach Teilgruppen	30
Aussage: Alle Menschen, die hier leben, sollen die gleichen Chancen und Rechte haben - egal woher sie kommen. N = 1.394	30

75 | Situations- und Ressourcenanalyse PfD LK Gifhorn

Aussage: Alle Menschen, die hier leben, sollen die gleichen Chancen und Rechte haben - egal woher sie kommen. nach Teilgruppen	31
Ausgrenzungsgrund in absoluten Zahlen und Prozentwerten, n = 743	37
Politisch motivierte Kriminalität in Niedersachsen 2015 - 2024 nach Phänomenbereichen	46
Politisch motivierte Gewaltkriminalität 2023 und 2024	47
Straftaten gegen Amts- und/oder Mandatsträger*innen	48
Straftaten „Hass im Netz“ 2019 - 2024	48
Könnten Sie sich vorstellen, sich für ein gutes Zusammenleben im Landkreis einzusetzen oder mitzumachen? n=1421	57
Besonders motivierende Faktoren zur Teilnahme an Formate der Demokratiebildung; Mehrfachnennung möglich	58
Altersverteilung Online-Bürger*innenbefragung, n = 1.395	76
Geschlechterverteilung Online-Bürger*innenbefragung	76
Anzahl Teilnehmende nach Region, n=1.424	77
Bevölkerungsberechnung LK Gifhorn I moderate Wanderungsannahme / EW gesamt nach Alter 2022 und 2042	78
Bevölkerungsberechnung LK Gifhorn I starke Wanderungsannahme / EW gesamt nach Alter 2022 und 2042	78
Was sind Ihrer Meinung nach gerade die wichtigsten Probleme oder Herausforderungen beim Zusammenleben im Landkreis? (Mehrfachauswahl möglich), n = 1.416	79
Wordcloud Konflikt- und Spannungsorte im Landkreis Gifhorn aus n = 459	79

Weiterführende Abbildungen Kapitel 1

*Altersverteilung Online-Bürger*innenbefragung, n = 1.395*

* EW-Zahlen zum Stich- tag 31.12.2024, Lan- desamt für Statistik Niedersachsen	Alters- gruppen gesamt	in % Land- kreis EW	An- zahl TN	In %	Abw.
Unter 18	32.933	18,72	13	0,93	-17,79
18 - 29 18 - 27 in Online-Befragung	18.988	10,79	63	4,52	-6,27
30 - 40	21.709	12,34	340	24,37	12,03
41 - 50	21.703	12,34	300	21,51	9,17
51 - 65	41.436	23,55	471	33,76	10,21
66 - 80	27.797	15,80	195	13,98	-1,82
Über 80	11.377	6,47	13	0,93	-5,54
Summe	175.943	100	1.395	100	-0

Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, Online-Bürger*innenbefragung, eigene Berechnung

*Geschlechterverteilung Online-Bürger*innenbefragung*

* EW-Zahlen zum Stichtag 31.12.2024, Landesamt für Sta- tistik Niedersachsen	Alters- gruppen gesamt	in % Land- kreis EW	An- zahl TN	In %	Abw.
Männlich	87.419	49,69	701	52,67	2,98
Weiblich	88.524	50,31	618	46,43	-3,88
Divers	k.A.	k.A.	12	0,90	0,90
Summe	175.943	100	1.331	100	0

Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, Online-Bürger*innenbefragung, eigene Berechnung

Anzahl Teilnehmende nach Region, n=1.424

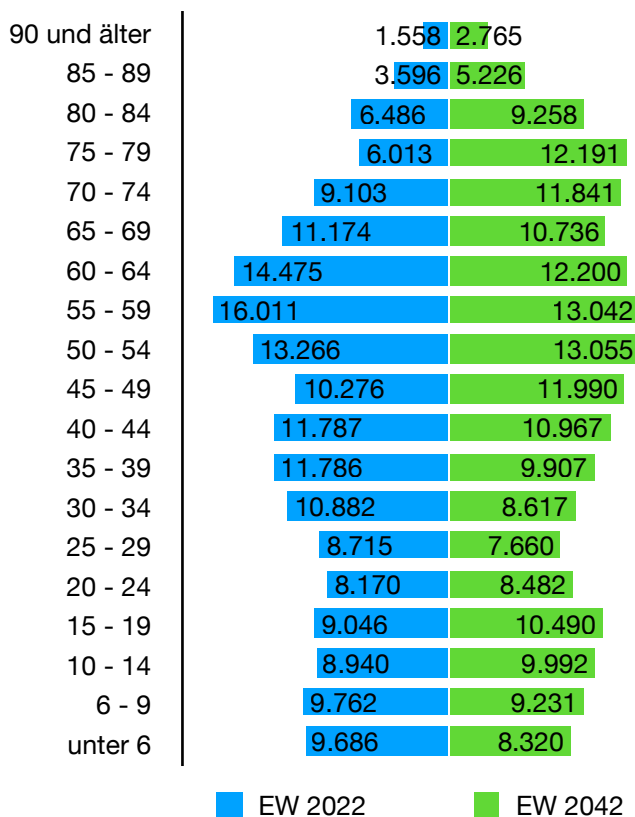
* EW-Zahlen zum Stichtag 30.09.2025, Landesamt für Statistik Niedersachsen	EW ge- samt*	in % Land- kreis EW	Anzahl TN	In %	Abw.
SG Isenbüttel	15.258	8,68	93	6,53	-2,15
SG Meinersen	19.896	11,31	179	12,57	1,26
SG Brome	16.113	9,16	84	5,90	-3,26
SG Papenteich	24.277	13,80	196	13,76	-0,04
SG Hankensbüttel	8.710	4,95	72	5,06	0,11
EG Sassenburg	11.894	6,76	110	7,72	0,96
Stadt Gifhorn	42.860	24,37	475	33,36	8,99
Stadt Wittingen	11.057	6,29	72	5,06	-1,23
SG Wesendorf	14.895	8,47	106	7,44	-1,03
SG Boldecker Land	10.918	6,21	37	2,60	-3,61
Summe	175.878	100	1.424	100	0

Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, Online-Bürger*innenbefragung, eigene Berechnung

Exkurs Bevölkerungsentwicklung nach Alter

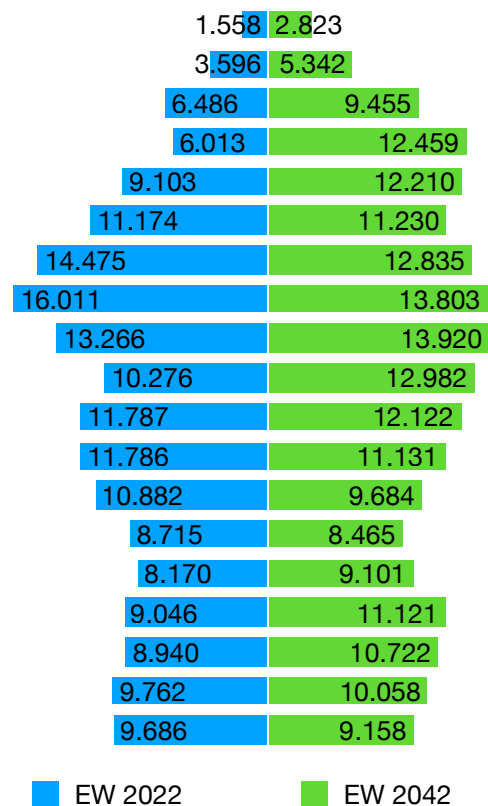
Betrachtet man die Bevölkerungsentwicklung nach Alter so zeigt sich zum Stichtag 31.12.2022 eine hohe Ausprägung bei den 55 - 59 Jährigen (unten jeweils links in blau abgebildet). Insgesamt verschiebt sich sowohl bei der relativ moderaten als auch bei der starken Wanderungsannahme die Altersverteilung zugunsten der 10 - 24 Jährigen und der ab 70Jährigen. Bei der starken Wanderungsannahme gibt es jedoch 2042 schon mehr 65 - 69 Jährige als 2022. Außerdem gibt es 2042 bei der Annahme einer starken Wanderung auch mehr 40 - 54 Jährige. Die Zahl der Hochaltrigen steigt in beiden Szenarien deutlich an.

Bevölkerungsberechnung LK Gifhorn |
moderate Wanderungsannahme / EW
gesamt nach Alter 2022 und 2042



Landesamt für Statistik Niedersachsen
2025

Bevölkerungsberechnung LK Gifhorn |
starke Wanderungsannahme / EW
gesamt nach Alter 2022 und 2042



Landesamt für Statistik Niedersachsen 2025:
<https://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/html/default.asp>

Der Landkreis hat auf die demografische Entwicklung bereits reagiert u.a. mit einem Senioren- und Pflegestützpunkt in Gifhorn⁸⁵.

⁸⁵ vgl.: LK Gifhorn 2024: Altenbericht 2023: 28ff

Weiterführende Abbildungen Kapitel 3

Was sind Ihrer Meinung nach gerade die wichtigsten Probleme oder Herausforderungen beim Zusammenleben im Landkreis? (Mehrfachauswahl möglich), n = 1.416

Antwortmöglichkeit	Auswahl	In Prozent
Viele Menschen haben das Vertrauen in Politik und Behörden verloren	1.122	79,24 %
Es wird immer schwieriger, sachlich miteinander zu reden und sich auf gemeinsame Fakten zu einigen	950	67,09 %
Immer mehr Menschen driften in antidemokratische Denkweisen ab	772	54,52 %
Zwischen Menschen mit unterschiedlicher Herkunft fehlt oft der Kontakt und der Austausch	692	48,87 %
Antidemokratische Gruppen und Organisationen gewinnen an Einfluss	628	44,35 %
Der Zusammenhalt der Menschen im Landkreis wird schwächer	588	41,53 %
Zu wenig Menschen setzen sich für Vielfalt und gegen antidemokratische Haltungen ein	439	31,00 %
Manche Menschen werden unfair behandelt – zum Beispiel wegen ihrer Herkunft, Religion oder Lebensweise	297	20,97 %
Einige Menschen können kaum mitreden oder mitmachen (z.B. in Angeboten, Diskussionen oder Entscheidungen)	295	20,83 %
Menschen, die Ausgrenzung erleben (z.B. wegen ihrer Herkunft, Religion oder Lebensweise), bekommen zu wenig Unterstützung	211	14,90 %
Etwas anderes, und zwar:	194	13,7 %

Quelle: Online-Befragung Bürger*innen LK Gifhorn 2025

Wordcloud: Konflikt- und Spannungsorte im Landkreis Gifhorn aus n = 459



Quelle: Online-Bürger*innenbefragung LK Gifhorn 2025